Antifaschistisches Blatt
info
Nr. 129 | Winter 2020 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR



UNITED STATES ANTIFA

VOM MARGINALISIERTEN NETZWERK ZUR BEWEGUNG VON ZEHNTAUSENDEN

www.antifainfoblatt.de



Foto: Informed Images, BLM Protest Philadelphia (CC BY-NC 2.0)

DIE ANTIFA-BEWEGUNG IN DEN USA VOR UND NACH TRUMP

Die Antifa-Bewegung in den USA hat sich dramatisch verändert. Einst ein winziges Netzwerk von ein paar hundert Aktivist_innen, zählt sie heute tausende von Anhänger_innen und ist Gegenstand nationaler Berichterstattung.



Foto: Presseservice Rathenow

SELBSTERMÄCHTIGUNG, STAATSVERSAGEN UND RADIKALISIERUNG

In Leipzig fand mit mehreren zehntausend Teilnehmenden eine der größten Versammlungen der Corona-Leugner-Szene statt. Dabei offenbarten sich die zunehmende Radikalisierung der Proteste und das Versagen der Behörden.



Foto: Fotomovimiento (CC BY-NC-ND 2.0)

DRECKSARBEIT IN DER ÄGÄIS

Illegale Praxis an der EU-Außengrenze: Boote mit Geflüchteten werden von der griechischen Küstenwache manövrierunfähig gemacht und zurückgeschleppt oder abgetrieben. Die makabren, oft tage- und nächtelangen Manöver werden von Nato- und Frontex-Schiffen beobachtet und unterstützt.



ZWEITEROKTOBER90.DE

Die Wiedervereinigung ging mit einer Welle massiver, teils pogromartiger Angriffe von Neonazis auf Linke und Migranti:innen einher. Dutzende bis Hunderte von Neonazis belagerten über Stunden einzelne Häuser und zündeten sie teilweise sogar an. In den Folgejahren wurde kaum an diese Ereignisse erinnert. Das gesamte Ausmaß blieb unerkannt.

Titelfoto: imago images / ZUMA Wire
8. August 2020, Am Rande einer Black Lives Matter Demonstration in Coos Bay, Oregon

TITEL

NS-SZENE

BRAUNZONE

ANTIFA

GESELLSCHAFT

RASSISMUS

GESCHICHTE

REPRESSION

INTERNATIONAL

RUBRIKEN

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen

Die Anspannung, mit der Beobachter_innen auf die Präsidentschaftswahlen in den USA schauten, war enorm. Die letzten vier Jahre unter Donald Trump waren u.a. geprägt von einem Aufflammen rassistischer Gewalt, mörderischer antisemitischer Anschläge und einer brachialen Rhetorik gegen die antifaschistische Bewegung. Die Ermordung des Schwarzen George Floyd durch einen Polizisten war der Funke, der die angestaute Wut über eine rassistisch geprägte Gesellschaft zum Ausbruch brachte: „We're so sick and tired!". Es formierten sich breite Proteste. Direkte Abwehrstrukturen gegen die Gewalt der Polizei und die sich ausbreitenden rassistischen und chauvinistischen Gruppen entstanden vielerorts neu, häufig verankert in der Nachbarschaft. Das Jahr 2020 war in den USA das Jahr des eskalierten Trumpismus, der „vehicle attacks", der Schüsse; es war aber auch das Jahr der Schwarzen Selbstermächtigung, des „community organizing", der Selbstverteidigung, der Solidarität und der Antifa. In dem vorliegenden Schwerpunkt sehen wir uns diese Situation an. Wir freuen uns, dass wir mit unseren antifaschistischen Verbündeten auch eine Broschüre dazu übersetzen konnten, die mit dem Heft zusammen erscheint. Bestellbar ist sie beim „Disorder Rebel Store" (www.disorder-berlin.de).

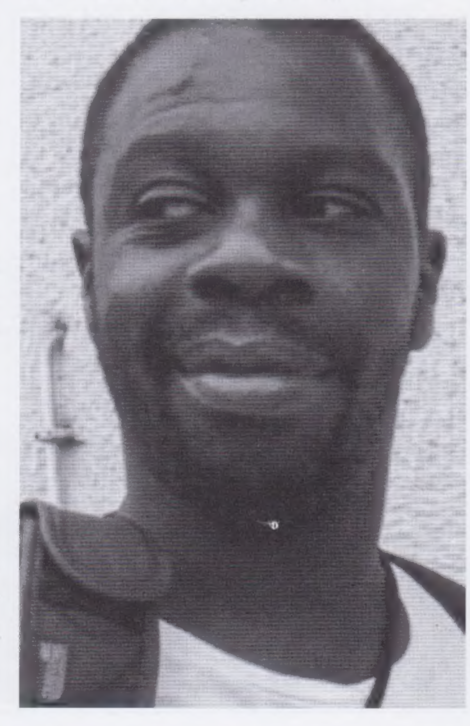
129. Diese Zahl ist leider nicht nur die Nummer der aktuellen Ausgabe. Sie bezeichnet auch einen Paragrafen, der seit vielen Jahre genutzt wird, um linke und antifaschistische Strukturen auszuleuchten, zu kriminalisieren und sich weitreichende Ermittlungsbefugnisse zu verschaffen. In diesem Jahr kam der „Schnüffelparagraf" gleich mehrfach zur Anwendung: Die Leipziger Antifaschistin Lina wurde unter Federführung der Bundesanwaltschaft festgenommen. Ihr wird vorgeworfen „Rädelsführerin" einer „kriminellen Vereinigung" zu sein. Die angebliche „Vereinigung" wird für Angriffe auf Neonazis verantwortlich gemacht (S. 60).

Nicht nur Lina sitzt im Gefängnis: In mehreren baden-württembergischen Städten wurden Wohnungen von Antifaschist_innen durchsucht, DNA wurde entnommen. Der Antifaschist „Jo" sitzt seitdem in Untersuchungshaft, später wurde auch „Dy" in Untersuchungshaft genommmen. Beiden wird die Beteiligung an einem Angriff auf Mitglieder einer AfD-nahen Scheingewerkschaft vorgeworfen (S. 38). Ein weiteres „129-Verfahren", in dem es u.a. um die Proteste gegen den G20-Gipfel geht, läuft derzeit in Berlin. Auch hier gab es aufwändige Überwachungsmaßnahmen und Durchsuchungen. In Frankfurt kam es im Juni diesen Jahres zu Hausdurchsuchungen und nachfolgend zu Zeug_innenvorladungen des BKA, nachdem wegen einer Sachbeschädigung am Gebäude einer Außenstelle des BGH in Leipzig zu Silvester 2018/2019 ein Verfahren nach Paragraf 129a wegen des Verdachts der „Bildung einer terroristischen Vereinigung" eingeleitet worden war. Im Dezember begann in Hamburg mit über 80 Angeklagten im „Rondenbarg-Verfahren" ein Mammutprozess gegen G20-Gegner_innen. Etwa 200 Demonstrant_innen waren in der Straße Rondenbarg von einer Polizeieinheit gestoppt und zum Teil schwer verletzt worden. Wir solidarisieren uns mit den vielen Angeklagten und fordern Freiheit für Lina, Jo und Dy.

Seit Monaten sorgen rechte und verschwörungsideologische Demonstrationen und Kundgebungen für bundesweites Aufsehen. Bei den von u.a. „Querdenken" organisierten Aktionen lässt sich eine zunehmende Radikalisierung der Teilnehmenden feststellen und auch die organisierte extreme Rechte versucht sich innerhalb dieses Protestgeschehens zu positionieren. In zahlreichen „Querdenken" Ortsgruppen wollte man sich nicht abgrenzen und sich als neue Bewegung nicht spalten lassen. So leugnen die einen die Teilnahme von extrem Rechten, während die anderen sich drüber freuen, endlich auf einen schlagkräftigen Arm zurückgreifen zu können – das funktioniert. Schon PEGIDA vollzog den Spagat zwischen Distanzieren und Umarmen erfolgreich. So sind die Proteste ein Tummelplatz für organisierte Neonazis geworden, wie im Beitrag von exif-Recherche aufgezeigt wird.

Am 25. Juli 2020 wurde der Schwarze Schauspieler Bruno Candé in Portugal (Moscavide) auf einer Parkbank von einem Rassisten erschossen. Am 30. August stach ein rechter Jugendlicher auf zwei Gäste einer Technoparty in Dresden ein. Die beiden Verletzten lagen vorübergehend im Koma. Der Täter war in der Vergangenheit mehrfach wegen rechter Delikte in Erscheinung getreten. Er soll etwa 45 Minuten vor der Tat einen Menschen rassistisch beleidigt und den Hitlergruß gezeigt haben, wie die Opferberatung „Support" mitteilte. Am 4. Oktober wurde in Dresden der 55-jährige Thomas L. erstochen und dessen Partner schwer verletzt, offenbar aus islamistischen und homophoben Motiven. Dass der Täter zuvor über Monate (scheinbar erfolglos) durch das „Violence Prevention Network" (Fachstelle der „Extremismusprävention") betreut wurde, ist hierbei offenbar nur eine Fußnote; Leser_innen kennen die Organisation als Jobgeberin für (Ex-) Neonazis (siehe AIB 107). •

Bruno Candé wurde in Portugal ermordet



Seenotrettung im Fokus rechter Hetze

■ Die griechische Polizei ermittelt mal wieder gegen Mitarbeiter_innen von nichtstaatlichen Initiativen der Flüchtlingshilfe. Betroffen davon sind auch deutsche Gruppen die ihren Sitz im alternativen „Mehringhof" in Berlin haben. Die kriminalisierten Helfer_innen waren vor allem auf der Insel Lesbos aktiv. Als eine Art öffentliche „Kronzeugin" – etwa für das rechte Medienprojekt „Tichys Einblick" – war hier offenbar die „Reporterin Rebecca Sommer" im Spiel gewesen. Nach dem Brand in Moria gab sie kund, vor Ort gehört zu haben: „Antifa-Leute hoch Fünf" hätten Anweisungen gegeben Feuer zu legen, würden in Griechenland illegal Pässe verteilen und im Drogenhandel involviert sein.[1] Sommer war vor einigen Jahren noch in der antirassistischen Zivilgesellschaft in Berlin Treptow-Köpenick aktiv. Im Jahr 2018 hat sie sich zur „Islamgegnerin" gewandelt und sich extrem rechten Strukturen angenähert. Dort genoss sie Aufmerksamkeit, da sie als „Kronzeugin" des gescheiterten „Gutmenschentum" aufwarten konnte. Sommers Kehrtwende ist dabei nicht überraschend: Schon während ihrer Zeit in der antirassistischen Zivilgesellschaft war ihre Arbeit von Paternalismus und kulturalisierenden Bildern geprägt. Kommunikation auf Augenhöhe, Solidarität und antirassistische Haltung gehörten offenbar nicht dazu.[2] Zeitgleich zu den Angriffen griechischer Behörden gegen Seenotrettungsinitiativen vor Ort, begann auch in Deutschland in rechten Medien die Diffamierung von NGOs der Seenotrettung. In einem auf dem YouTube-Kanal der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin veröffentlichen Video agitieren AfD-Abgeordnete gegen Seenotrettungsinitiativen, die gegenwärtig im Mittelmeer bei der Rettung von Geflüchteten aktiv sind. Besonders hervorgetan hat sich der AfD-Politiker Petr Bystron. Der AfD-Obmann im Auswärtigen Ausschuss hatte bereits 2018 zusammen mit 40 AfD-MdBs Strafanzeige gegen sieben deutschen NGOs gestellt. Nun wirkte er an einem Videoclip mit, der für den US-amerikanischen Online-Kanal von Alex Jones produziert wurde. Auf diesem Kanal wird genau jenes Gemisch von Verschwörungsideologien, White Supremacy und Waffenfetischismus zusammengebraut, das kennzeichnend für die amerikanische Neonaziszene ist. Im Video präsentiert er sich in der Hofdurchfahrt zum Mehringhof, bezeichnet das Projekt als Drecksloch, bezichtigt die dort ansässigen Projekte des steuerfinanzierten Menschenschmuggels und kündigt an: „Wir werden das unterbinden." Im November 2020 wird Sommer zur „Twitterberühmtheit", da sie offenbar auf Einladung eines AfD-Politikers mit anderen rechten YouTubern im Bundestag unterwegs ist als ein Infektionsschutzgesetz beraten wird und Politikern vor laufenden Kameras vorwirft, dass sie „kein Gewissen" hätten. •

1 Tichys Einblick: Telefonat mit Lesbos: „Eine koordinierte Aktion mit dem Ziel, dieses ganze Camp in Brand zu setzen", 10. September 2020
2 antifa-berlin.info: Rebecca Sommer – von der „Antirassistin" zur Islamgegnerin, 3. April 2019





(Alt-)Nazitreffen in Bad Münder gestört

■ Die „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger e.V." (OdR) vertritt seit Jahrzehnten die Interessen von militärischen Größen des NS, die mit einem von Adolf Hitler verliehenen „Ritterkreuz" ausgezeichnet wurden. Vom 23. bis zum 25. Oktober 2020 fand im Hotel Kastanienhof in Bad Münder ein OdR-Kongress statt. Die ehemaligen Wehrmachts- und SS-Angehörigen sowie ihre extrem rechte Gefolgschaft werden von Regine Halm (Bad Münder), der Ehefrau des verstorbenen Ritterkreuzträgers Günther Halm, vertreten. Der Ritterkreuzträger ist auch Namensgeber einer offiziellen Bundeswehr Reservistenkameradschaft 14 in Berlin.[1] Inzwischen dürfen auch Nicht-Ritterkreuzträger Mitglied des Vereins werden, wenn „Charakter und sittliche Haltung ohne Tadel sind". Unter diesen sind neben etlichen Angehörigen der extremen Rechten auch Polizeibeamte und Bundeswehrangehörige. Vor Ort zu sehen war etwa Peter Hild (AfD) aus Potsdam, ein offenbar kriegsbegeisterter „Historiker", der schon als „wissenschaftlicher Leiter" der geschichtsrevisionistischen und völkischen „Gedächtnisstätte e.V." tätig war.[2] Regine Halm gibt bis heute die OdR-Zeitung „Das Ritterkreuz" heraus, als Schatzmeister war bis vor kurzem noch Dieter Kölle (Bad Münder) tätig. Beide treten im Ort mit einem Potpourri an ehren-



amtlichen Tätigkeiten – Sportverein, Schützenverein, „Kriegsgräberfürsorge" – auf. Eine Kranzniederlegung am 24. Oktober 2020 zu Ehren der an Kriegsverbrechen beteiligten Soldaten wurde dieses Jahr durch die Intervention von circa 50 Antifaschist_innen verhindert und die (Alt-)Nazis von dem Friedhof gedrängt. Danach demonstrierten die Antifaschist_innen als spontane Demonstration durch den Ort. Aus der Demonstration heraus wurden die Anwohner_innen mit Flyern und Redebeiträgen über das Bundestreffen der OdR informiert und das Wirken des Vereins kritisiert. Ihr Unverständnis gilt vor allem dem Bürgermeister der Stadt Bad Münder und mündet in der Forderung: „Schluss mit der ungestörten „Heldenverehrung" in Bad Münder oder sonst wo – NS-Täter sind keine Helden".[3] •

1 reservistenverband.de/berlin/14-guenter-halm
2 twitter.com/antifawb/status/1320833868774150145
3 de.indymedia.org/node/112855



Kulturkampf von rechts

■ Hohe Wellen geschlagen hat im Oktober 2020 die Entscheidung des S. Fischer Verlages sich nach 40 Jahren Zusammenarbeit von der renommierten Autorin Monika Maron zu trennen. Auslöser war die Veröffentlichung von Essays der Schriftstellerin im Verlag „edition buchhaus loschwitz" der Dresdner Buchhändlerin Susanne Dagen. Seit Mai 2018 veranstaltet Dagen zusammen mit Ellen Kubitschek vom extrem rechten Antaios Verlag auf YouTube die Reihe „Aufgeblättert. Zugeschlagen – Mit Rechten lesen". In mittlerweile 12 Folgen nahmen als Gäste u.a. Caroline Sommerfeld, Martin Semlitsch, Erik Lehnert oder Martin Sellner teil. Doch auch außerhalb intellektuell angehauchter Lesekreise ist Dagen aktiv. Ebenfalls im Mai 2018 wurde sie in das Kuratorium der von Erika Steinbach geleiteten AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung berufen. Diesen Posten bekleidete sie bis zum September 2019, als sie für die Freien Wähler in den Dresdner Stadtrat einzog. Diese Wählervereinigung ist als Sammelbecken von Pegida-AktivistInnen zur Wahl angetreten und konnte insgesamt vier Mandate gewinnen.

Für Maron selbst sei Dagen eine „alte Freundin" und keineswegs rechts, sondern eine „Oppositionelle"[1]. Wogegen opponiert werden soll wird in der von Dagen u.a. veröffentlichten Charta 2017 deutlich. Beklagt wird hier eine vermeintliche „Gesinnungsdiktatur", aber auch das unter dem Deckmantel der „Toleranz Intoleranz gelebt" und „zum scheinbaren Schutz der Demokratie die Meinungsfreiheit ausgehöhlt" werde.

Beide sehen sich „einem Klima zunehmender politischer Anfeindung ausgesetzt". Diese Ansichten gepaart mit einer seit Jahren geschürten Islamfeindlichkeit stellen das verbindende Moment zwischen Dagen und Maron dar. Anstatt nun auf die ideologischen Schnittmengen zu fokussieren, beklagten diverse konservative und rechte Feuilletons in der Entscheidung des S. Fischer Verlages eine „Kontaktschuld" (FAZ), „Doppelmoral" (Welt) oder gleich „eine Anleitung zum gebeugten Gang." (Junge Freiheit)

Damit ist die Auseinandersetzung um Maron ein weiteres Beispiel geworden für die in jüngster Zeit vermehrt auftauchende Debatte um „Cancel Culture" und Meinungsfreiheit. Im Aufgreifen dieser Narrative bleibt die inhaltliche Auseinandersetzung meist auf der Strecke. Die politische Rechte bemüht sich seit Jahren darum eine Einschränkung der Meinungsfreiheit oder gar die Etablierung von Zensur im gesellschaftlichen Diskurs zu beklagen und ist damit immer erfolgreicher. In dieser Strategie wird jede Kritik als Angriff auf die eigenen Rechte interpretiert. Denjenigen die Kritik an bestimmten Äußerungen tätigen, wird ein Angriff auf demokratische Prinzipien unterstellt. Es geht dann nicht mehr „um das konkret Gesagte, sondern um die Regeln des Sagbaren."[2] Durch solcherlei Tricks kann jede rechte, rassistische oder antifeministische Argumentation zu einem „Befreiungsschlag gegen die herbeiphantasierte Unterdrückung"[3] gesellschaftlicher Diskurse und demokratischer Rechte dargestellt werden. So steht die Berufung auf das hohe Gut der Meinungsfreiheit und eine gleichzeitig vorgenommene Täter-Opfer-Umkehr exemplarisch für die Logik eines solchen (neu-) rechten Diskurses. Auch Maron bedient sich seit Jahren ähnlich durchschaubarer rhetorischer Kniffe wenn sie etwa behauptet „nicht ich habe die Seiten gewechselt", sondern jemand anders habe „am Meinungskompass gedreht". Diese inszenierte Naivität soll nahelegen, dass wenn nun ihre Ansichten als rechts wahrgenommen werden, dies nicht an ihr, sondern der Wahrnehmung der anderen liege. Das sie zuletzt am 5. November an einer vom rechten Historiker David Engels im Polnischen Institut in Berlin organisierten Lesung auftrat, zeigt jedoch deutlich, dass sie bereit ist immer weiter nach rechts zu gehen. •

1 www.tagesspiegel.de/kultur/monika-maron-susanne-dagen-und-die-antidemokraten-die-rechte-liebe-zur-literatur/26310010.html 2 www.der-rechte-rand.de/archive/5925/meinungsfreiheit 3 Ebd.

TITEL

BLM, Trumpismus, Portland & QAnon

MAX BÖHNEL

Nach dem Wahlsieg von Biden wandte sich die Black Lives-Matter-Mitgründerin Patrisse Cullors mit einem offenen Brief an das Team Biden/Harris. Sie bat um ein Treffen mit der neuen Regierung, um „gehört zu werden und damit unserer Agenda Priorität eingeräumt wird". Die Gründe: Schwarze seien nicht nur die beständigsten und zuverlässigsten Wähler der Demokraten. „Diese Bewegung gewann diese Wahlen, ganz eindeutig", so McCullors. Vor allem aber lebten Schwarze Menschen „in einer Krise in einer Nation, die auf unserer Unterwerfung aufgebaut ist. Bis heute weigern sich die USA, sich direkt mit der Tatsache auseinanderzusetzen, dass sie Schwarze Menschen herabwürdigt und unser Leben zerstört. Das darf nicht so weitergehen."

Das „Movement for Black Lives" (M4BL) schlug in einem Entwurf namens „Breathe Act" Polizei- und Strafrechtsreformen vor. Damit wird die Forderung „Defund the Police" konkretisiert. So sollen u.a. Bundesmittel, die bisher ins Knast- und Polizeisystem gehen, in Community-Projekte umgeleitet werden. Der auf über 700 Milliarden Dollar angeschwollene Pentagon-Haushalt soll eine „drastische Reduzierung" erfahren. Weitere Vorschläge sind die Abschaffung von Überwachungsmaßnahmen und -technologien, die überproportional gegen Nicht-Weiße eingesetzt werden, wie elektronische Fußfesseln, Tracking-Apps oder Drohnen. M4BL will Bundesknäste und Abschiebezentren auflösen und nicht zuletzt Drogen entkriminalisieren.

Die Reaktionen des designierten neuen Weißen Hauses lassen auf sich warten. Unterdessen organisieren BLM, M4BL und weitere Gruppierungen Aktivitäten auf lokaler und einzelstaatlicher Ebene. In Kalifornien fordern die Netzwerke beispielsweise ihre Unterstützer auf, mit Anrufen beim Gouverneur dafür zu sorgen, dass Kamala Harris' frei gewordener Senatssitz mit einer Schwarzen Frau besetzt wird.

Rechtsaußen, Trumpismus und Bidenismus

Außer der Befürchtung, Trump würde Bidens Sieg nicht anerkennen, traf keine der düsteren Prophezeiungen vor den Wahlen ein. Weder gelang es dem Trump-nahen Chef der Bundespost, Briefwahlunterlagen verschwinden zu lassen, noch wurden die Massen an Menschen, die zum Wählen an den Wahllokalen anstanden, flächendeckend von trumpistischen Horden belästigt. Es marschierten keine extrem rechten Milizen in mehrheitlich von Nicht-Weißen bewohnten innerstädtischen Bezirken auf, um sie einzuschüchtern oder anzugreifen. Am Wahltag selbst kam es weder zu Auseinandersetzungen noch zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen, wie es für die Nachwahltage - unabhängig vom Sieger - vorausgesagt worden war. An einigen Orten versuchten „Proud Boys" oder bewaffnete Milizionäre, Pro-Biden-Kundgebungen zu stören. Doch die regionalen Behörden unterbanden Angriffe. Offenbar war auch das FBI gut informiert und einsatzwillig. In Michigan wurde eine Gruppe von extrem Rechten festgenommen, die die Entführung und Ermordung der Gouverneurin geplant hatten. Die Bundespolizei sackte außerdem zwei Mitglieder der „Boogaloo-Bewegung" sowie zwei Mitglieder der rechtsterroristischen „The Base" ein.

Als einen Grund für die relativ ruhig verlaufenen Wahlen sehen Antifa-Gruppen die Implosion einiger gewaltbereiter extrem rechter Zusammenschlüsse, insbesondere des Teils der „Alt Right", der sich dem weißen Nationalismus verschrieben hat. Richard Spencer, der vor vier Jahren noch „Heil Trump, heil unserem Volk" verkündet hatte, versagte Trump die Unterstützung.

Das „American Identity Movement" (früher „Identity Evropa") erklärte einen Tag vor den Wahlen seine komplette Auflösung. Auch die „Patriot Front", die letzte größere Neonazi-Gruppe sieht in Trump keine Hoffnung mehr. Laut Antifa-Beobachtern in Pittsburgh im Staat Pennsylvania, wo die „Patriot Front" nach den Wahlen eine Kundgebung abhielt, beschränkte sie sich auf die Verdammung des Zweiparteiensystems. Der New Yorker Aktivist Spencer Sunshine hält Löschungen von extrem rechten Organisierungs- und Rekrutierungsversuchen in sozialen Netzwerken für einen weiteren Grund. Nicht zuletzt lässt auch der rechte Sender Fox Distanz zu Trump erkennen. Gleichwohl ist die Szene nicht geschlagen. Einige rechte Milizen hatten vor den Wahlen angekündigt, sich erst danach wieder melden zu wollen.

Trump ist abwählbar aber der Trumpismus nicht. 74 Millionen Amerikaner wählten ihn. Die nach weit rechts gerückten



4. Juni 2020: Den siebten Tag in Folge gingen tausende Menschen in Portland aus Protest gegen den Mord durch Polizisten an George Floyd, Breonna Taylor, Ahmaud Arbery und vielen anderen auf die Straße. Die Forderung nach „Defund the Police" wird wird wohl auch nach dem Wahlsieg von Biden nicht konkret.

Republikaner – Trumps Partei – hielten ihre Mehrheit im Senat. Der von den Demokraten erhoffte Erdrutschsieg im Repräsentantenhaus blieb ganz aus. Ihre Mehrheit schrumpfte gar, weil etliche Parteizentristen verloren. In den meisten Landesparlamenten dominiert die Trump-Partei weiterhin die dortige Politik.

Kritiker aus den Reihen der Demokraten gaben sich angesichts dessen offen erschüttert. Der stellvertretende Gouverneur von Wisconsin Mandela Barnes sagte auf CNN, „diese Scheiße hat mit den Wahlen sogar noch zugenommen... Es wird einen Trumpisten geben, der smarter ist als der im Weißen Haus. Eine kompetentere Person mit derselben Politik hätte diese Wahlen nicht verloren."

Dass Biden und mit ihm die Zentristen keinesfalls kraftvolle Reformen, etwa ökonomischer Natur in Gang setzen werden, die einem Teil der Trump-Protestwähler das Wasser abgraben könnte, hatte sich schon im Vorwahlkampf gezeigt. Damals stellten sich die Zentristen hinter Biden und gegen den sozialdemokratischen Reformer Sanders. Nach den Wahlen kündigten die Parteizentristen das Wahlbündnis mit den Parteiprogressiven auf: statt BLM, Bernie Sanders oder Elizabeth Warren positive Signale zu senden, erfolgte freundliches Handschütteln mit Never-Trump-Republikanern. Ins Übergangsteam wurden Wall-Street- und Pentagon-freundliche Insider gebeten. Zu befürchten sind eine Politik der kleinen Schritte, das Zugehen auf die Republikaner und der Versuch, die Parteilinke ganz an den Rand zu drängen.

Portland

Der 48-jährige Antifaschist Michael Forest Reinoehl hatte in einem Vice-Interview eingeräumt, das „Patriot-Prayer"-Mitglied Aaron Danielson während eines rechten Protests gegen BLM-Demonstranten in Portland erschossen zu haben. „Ich hatte keine Wahl". Reinoehl beschrieb sich selbst in sozialen Medien als „100prozentig Antifa durch und durch". Er hatte mehrmals als „Security" bei BLM-Protesten fungiert. In Lacey (Washington) kam es am 3. September zu dem „Zwischenfall": US-Marshalls, eine Polizeiabteilung des Washingtoner Justizministeriums, gaben mehr als 30 Schüsse auf ihn ab und ließen in verbluten. Laut Justizminister William Barr und Polizei habe Reinoehl die Beamten vor seiner Festnahme mit einer Waffe bedroht. Seine Tötung sei ein „wichtiger Erfolg bei der Herstellung von Recht und Gesetz in Portland" gewesen, so Barr. „Genauso muss es sein", sagte Trump. Mehrere Menschen waren Augenzeugen. Niemand von ihnen konnte bestätigen, dass Reinoehl eine Waffe in der Hand hatte. Die US-Marshalls hätten ohne auch nur den Versuch einer Festnahme oder Warnung sofort auf Reinoehl gefeuert. Von der Szene gebe es keinerlei Video- oder andere Aufnahmen, hieß es.

QAnon

QAnon-Anhänger haben es schwer. Wie gehen sie mit der Abwahl Trumps um, den sie für den Retter vor allem Bösen hielten und der nun doch nicht, wie ursprünglich von Eingeweihten versprochen den „deep state" zerschlagen wird? Es handelt sich um die Sorte rechter Verschwörungsgläubiger, deren Social-Media-Accounts keine Hakenkreuze zeigen, sondern rot durchgestrichene Covid-Masken, „Blue Lives Matter"-Smileys und SaveOurChildren-Hashtags. Quälende neun Tage nach der Wahl meldete sich ihre ominöse Insider-Quelle „Mister Q" überhaupt nicht. Dann kam nur gänzlich Kryptisches. Inmitten der Verwirrung entschlossen sich offenbar Tausende von Anons, der Mär von den gestohlenen Wahlen zu folgen. Am 5. November nahm die Polizei in Philadelphia zwei bewaffnete QAnon-Anhänger fest, die auf dem Weg zu einem Stimmenauszählungslokal waren. „Zwischen Verzweiflung und Realitätsverleugnung" lautete der Befund, den die NYT der Szene attestiert. Doch sie kann durchaus auf Erfolge verweisen. Mehrere Volksvertreter, die QAnon verbunden sind, sind in die Parlamente gewählt worden. Das bekannteste Gesicht ist Marjorie Taylor Greene aus dem Nordwesten Georgias. Noch in der Wahlnacht behauptete sie per Twitter, Trump habe alle nötigen Stimmen zusammen und forderte „Stop the Steal!" Sie wurde in ihrem Wahlbezirk mit 74,8 Prozent der Stimmen (227,863) gewählt. Verbindungen zu QAnon hat außerdem die ebenfalls frisch gewählte Abgeordnete Lauren Boebert aus dem westlichen Colorado. Boebert trat mehrmals mit den „Proud Boys" und den „Three Percenters" auf. Darüber hinaus ist sie eine Vertreterin des Waffenkults. Sie betreibt ein Restaurant, in dem die Bedienungen mit offen getragenen Colts arbeiten müssen. •

TITEL

Die Antifa-Bewegung in den USA vor und nach Trump:

Entwicklung in Warp-Geschwindigkeit

SPENCER SUNSHINE

Die antifaschistische Bewegung in den USA hat sich seit der Amtsernennung von Trump dramatisch verändert. Einst ein winziges Netzwerk von ein paar hundert Aktivist_innen, die selbst in radikalen Kreisen ignoriert wurden, zählt die Antifa-Bewegung heute tausende von Anhänger_innen und ist seitdem Gegenstand nationaler Berichterstattung durch die Medien. Von der Rechten als Teil einer politischen Verschwörung umgedeutet, nutzte Trump während seines Präsidentschaftswahlkampfes Angriffe auf die Antifa als Wahlkampfmittel.

Obwohl es in den USA schon immer eine militante Opposition gegen organisierte (neo)faschistische Gruppen gab, war der unmittelbare Vorläufer der Antifa-Bewegung die „Anti-Racist Action (ARA)", die in den 1980er und 1990er Jahren aus der Punk- und Skinhead-Szene entstand. Die ARA, die um 1997 mit etwa 200 Gruppen ihren damaligen Höchststand erreichte, verschwand mit dem Rückgang der Neonaziwelle von der Bildfläche. Viele verbliebene Aktivist_innen schlossen sich daraufhin dem militanten Flügel der Antiglobalisierungsbewegung an. Bis 2015 blieb der Antifaschismus ein winziger Randbereich der radikalen Linken. Er besaß nicht die Qualität einer Massenbewegung und fokussierte sich auf direkte Aktionen in Kleingruppen. Dabei haftete dem Antifaschismus der Ruf an, aus wütenden Männern zu bestehen, die sich gerne prügeln. In den späten '00er und frühen '10er Jahren begannen Teile der Szene den Begriff „Antifa" (statt ARA) zu verwenden. Auf der Grundlage dezentralisierter aufständisch-anarchistischer Organisationsstrukturen arbeiteten sie daran, den antifaschistischen Ansatz zu verändern: Sie öffneten ihn geschlechtsspezifisch, holten ihn aus der subkulturellen Isolation heraus und brachten ihn in Einklang mit der Antira-Bewegung, in dem sie sich auf Themen wie Immigrantenrechte und Black Lives Matter bezogen. Sie konzentrierten sich mehr auf Bildungs- und Forschungsarbeit, verschoben die Betonung der Gewalt in Richtung Theorie und setzten ihren Schwerpunkt mehr auf internationale Verbindungen und die Unterstützung von Gefangenen. Einige der neuen Strukturen, die unter anderem in New York City und Portland entstanden, arbeiteten an der Vertreibung antisemitischer Positionen in der Linken und beschäftigten sich mit kryptofaschistischen Cross-Recruiting-Aktivitäten.[1] Viele Themen in den USA wurden direkt von den Diskussionen der linken Szene in Deutschland beeinflusst. Auch die Spaltung des Anti-Deutsch/Anti-Imp-Flügel war in den Köpfen der Menschen präsent, aber es gab den starken Willen, sie nicht zu wiederholen.

Der Wechsel zwischen ARA und Antifa wurde 2013 symbolisch vollzogen, als das ARA-Netzwerk zusammenfiel und durch das Antifa-Netzwerk TORCH abgelöst wurde. Jedoch gab es bis 2015 auf nationaler Ebene nur etwa zwanzig antifaschistische Gruppierungen unterschiedlicher Ausprägung. Die organisierte weiß-nationalistische Bewegung war seit Mitte der 1990er Jahre weitestgehend in der Versenkung verschwunden, doch mit der Wahl Barack Obamas 2008 explodierte eine neue Welle des Rechtspopulismus und Gruppen wie die „Tea Party" sowie eine Vielzahl von Milizen entstanden. Diese „moderatere" Far Right wuchs weiter, weitestgehend unbeachtet von der Linken. In den '00er Jahren keimte ein neuer Typus eines intellektuelleren weißen Nationalismus auf, zu dem auch der 2010 gestartete Blog „Alternative Right" von Richard Spencer gehört. Unterstützt durch den frauenfeindlichen Online-Content, der auf „4chan" verbreitet wurde, wurde die „Alt Right" zu einem facettenreichen Spektrum von Neonazis, organisierten Rassisten und anderen extrem rechten AkteurInnen, die durch eine gemeinsame Ästhetik und Herangehensweise vereint wurden. Trumps Angriff auf mexikanische Einwanderer, die er 2015 als Kriminelle und Vergewaltiger verunglimpfte, bescherte ihm fast die einhellige Unterstützung der weißen Nationalisten, die schnell zum aggressiven Arm seiner UnterstützerInnen wurden. Daneben entstand ein breites Spektrum neuer extrem rechter Gruppierungen, das von Rechtspopulisten bis zu terroraffinen Neonazis reichte. Als Gegenwehr entstanden bis 2016 neue Antifa-Strukturen.

Ein Wendepunkt für die antifaschistische Bewegung wurden die Black Bloc Proteste bei Trumps Amtseinführung am 20. Januar 2017, die mit über 200 Verhaftungen endeten. Obwohl es sich eigentlich um traditionelle anarchistische Proteste zur Amtsein-





Oben: Der Neonazi Richard Spencer wurde als „punch a nazi"-Meme berühmt.

Rechts: Antifas in den USA wurden von einem Randbereich zu einem Massenphänomen.

führung handelte, wurden die Proteste als „antifaschistisches" Ereignis gelabelt, was zu einem explosionsartigen Zuwachs in der Bewegung führte. Damit begann auch das Auf und Ab des Ansehens der Antifa unter den Liberalen. Es folgten eine Reihe von Zusammenstößen zwischen der radikalen Linken und dem neuen rechten Straßenbündnis aus Neonazis, Rechtspopulisten und Milizen. Die Auseinandersetzungen erreichten am 12. August 2017 ihren Höhepunkt bei der „Unite the Right-Rally" in Charlottesville, Virginia, dem größten (neo) faschistischen Aufmarsch in den USA in den letzten Jahrzehnten. Das sorgte dafür, dass die Antifa für die nächsten vier Jahre in den Schlagzeilen stand. Als sich die neue antifaschistische Bewegung als Massenbewegung etablierte, verfestigte sie einige der früheren Positionen, verlor andere und fügte weitere hinzu: Anders als die ARA war die antifaschistische Bewegung dezentralisiert; in vielen Städten existierten weniger organisierte Gruppen als eine Vernetzung durch Doxxing-Knotenpunkte und Sozial Media Accounts. Daneben blieb die Black-Bloc-Taktik ein Mittel der Bewegung. Im Gegensatz zur ARA gab es nun eine weitaus größere Beteiligung von CIS-Frauen sowie von queeren, transsexuellen und nichtbinären Aktivist_innen und Recherche und Doxxing gewannen an Bedeutung. Allerdings verlor die Antifa ihren kritischen Blick auf Antisemitismus in der Linken sowie ihre internationale Ausrichtung und fokussierte sich zunehmend auf innenpolitische Themen. Die Strukturen konzentrierten sich wieder mehr auf Formen militanter Politik, fügten aber Perspektiven aus anderen radikalen Gruppen hinzu. Dazu gehörte die „Entkolonialisierung", die auf den rückwirkenden Ansprüchen der amerikanischen Ureinwohner auf früheres Territorium unter ihrer Kontrolle bestand (eine Perspektive, die eindeutig mit der früheren anti-nationalistischen Einstellung kollidiert).

Die Straßenschlachten gingen weiter. 2019 fanden vor allem in Portland größere Zusammenstöße statt. Dort hatte sich die Antifa-Bewegung zu einem Massenphänomen mit militanten und gemäßigten Fraktionen entwickelt. Interessant ist, dass sich trotz des massiven Wachstums der extremen Rechten keine nationale NGO an der nachhaltigen Organisierung von Basisinitiativen dagegen beteiligt hat, sodass die radikale Antifa-Bewegung die einzige Vor-Ort-Struktur dafür ist. Leider erleichtert das den Ausschluss der Antifa-Bewegung von der öffentlichen Meinung. In einem Land, in dem es keine bedeutende parteiförmige Linke und keine zivilgesellschaftlichen Strukturen gibt, die eine Brücke zwischen radikaler und gemäßigter Politik schlagen und in dem eine überwiegend negative Meinung über Konfrontationen auf der Straße herrscht, fand die Antifa außerhalb radikaler Kreise kaum Unterstützung. Dennoch war sie durch ihre umfangreiche Recherchearbeit in der Lage mit Journalist_innen und NGO-Gruppen, die die extreme Rechte überwachen, zusammenzukommen.

Zuletzt ist ein neues Segment eingeführt worden: die „Anti-Antifa"-Bewegung. Dieses Denkkonzept, das zuvor auf hartgesottene Neonazis beschränkt war, wurde selbst unter den Mainstream-Konservativen populär. Bestehende Slogans und Bilder wurden überarbeitet und mit älteren, antikommunistischen Anfeindungen, die ihrerseits aus dem Antisemitismus schöpften, kombiniert. Die Suche nach „der Antifa" hat ihren Weg in die Strafverfolgungsbehörden des Bundes und die Republikanische Partei gefunden. Trump berief sich wiederholt auf das Konstrukt und hat es zum Inhalt seines Wahlprogramms 2020 gemacht. Es gab wiederholt verbale Ausfälle von Trump und anderen Bundesbehörden, die die Antifa als terroristische Organisation klassifizieren wollten, bis jetzt jedoch ohne Erfolg.

Die Antifa-Bewegung hat sich seit Trumps Amtsantritt stark gewandelt. Ihre Zukunft hängt davon ab, ob Trump im Januar 2021 aus dem Amt scheidet – und wenn, in welche Richtung sich die bürgerliche Rechte entwickelt. Selbst wenn letztere verschwindet, wird sich die Antifa-Bewegung hoffentlich nicht zurückziehen. 70 Millionen Menschen, die im Jahr 2020 für Trump gestimmt haben, zeigen, wie weit verbreitet Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und versteckter Antisemitismus in den USA ist. •

1 Anwerbeprozess mithilfe von crossmedialem Recruiting bedeutet herauszufinden, für welche Gruppe welche Medien die passenden sind und wie die verschiedenen Gruppen am besten erreicht werden.

TITEL

Trumpismus

Geschichte einer Radikalisierung

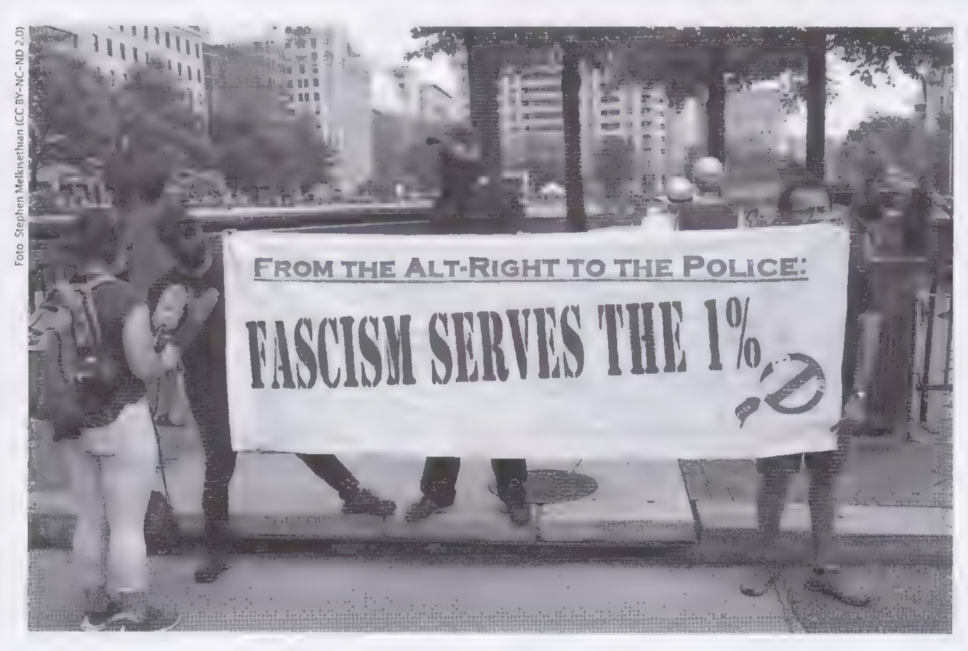
ALEXANDER REID ROSS

Zunächst ist es wichtig, die in diesem Text verwendeten Begriffe zu definieren. Ich identifiziere rechte Politik mit einer generellen Ablehnung von Gleichheit, sei es in wirtschaftlicher, biologischer, kultureller, spiritueller oder politischer Hinsicht. Ich benutze den Begriff „radical right", um eine rechte Tendenz zu beschreiben, die der Demokratie feindlich gegenübersteht, aber dennoch den Nutzen von Wahlpolitik behauptet. Mit „extreme right" bezeichne ich den Teil der Rechten, der sich ausdrücklich gegen die Demokratie ausspricht. Ich gruppiere die radikale und die extreme Rechte unter Verwendung des Begriffs „far right" nach dem analytischen Rahmenwerk von Cas Mudde.[1] Faschismus und weißer Nationalismus können zwischen radikalen und extremen Kräften existieren, die auf ihrem Wunsch beruhen, durch Wahlen die Macht zu übernehmen und anschließend die Mechanismen der Demokratie zu zerstören. Extremismus ist daher eine Position relativ zum Zentrum der liberalen Demokratie, und wenn sich das Zentrum nach „radical right" bewegt, kann die faschistische Ideologie normalisiert werden. Auf diese Weise bleibt der Faschismus extremistisch, kann sich aber aufgrund komplexer ideologischer Affinitäten und Loyalitätsbindungen mit der „radical right" überschneiden.[2] In diesem Beitrag wird dargelegt, dass sich der Trumpismus inmitten des komplexen politischen Raums der „far right" bildete und dass „radical right"-Tendenzen im Allgemeinen die Hegemonie über die „extrem-right"-Tendenzen aufrechterhielten. Der Aufschwung, den der Trumpismus von der „extreme right" erhielt, begann nach seiner Amtseinführung zu schwinden und zerbrach schließlich nach dem Debakel der „Unite the Right"-Demonstration. Als seine extremsten Anhänger in eine Phase entropischer Dissidenz eintraten, konsolidierte sich der Trumpismus zu einem eher autoritär-konservativen politischen Kult, der von der QAnon-Bewegung definiert wurde. Letzten Endes schmälerte jedoch eine Massenopposition Trumps Herrschaft, bis seine Bewegung nach seinem Verlust bei den Wahlen von 2020 von AnhängerInnen übernommen wurde, die gegen das demokratische System kämpften. Während also der Trumpismus mit extremistischer Unterstützung in eine „radical right" Richtung aufstieg, entwickelte sich seine Koalition zu einem politischen Kult und einer endgültigen Hinwendung zum antidemokratischen Nationalismus und verlagerte die Hegemonie auf die Extreme in seiner Koalition. Dieser Prozess wird in der Fachliteratur so beschrieben, dass Faschisten ihre erklärten Ziele nicht unmittelbar zum Ausdruck bringen, sondern sich stattdessen in Machtsystemen verwurzeln, bevor sie schließlich versuchen, sie zu überwältigen.[3] Während Faschisten sich zwar bemühen, die Menschen in ihr Vertrauen zu ziehen, bleibt ihre Ideologie jedoch beständig: ein ultranationalistischer und quasi-populistischer Versuch, die dauerhafte, patriarchalische Souveränität einer „natürlichen Elite" auf der Grundlage synkretistischer, palingenetischer Wiedergeburtsmythen zu etablieren.[4]

Historischer Kontext

Es ist wichtig, den Faschismus in den USA durch die Linse der Bewegungsgeschichte zu sehen, da sich der traditionelle Amerikanismus, der auf einer angelsächsischen Vorherrschaft beruht, mit einer neuen „weißen Vorherrschaft" überschneidet, die mit faschistischen Sympathisanten in deutschen und italienischen Einwanderergemeinschaften aufgebaut wurde.[5] US-Faschisten drangen bei älteren konservativen Gruppen und linken Pazifisten durch das populäre „America First Committee" unter der Leitung von Charles Lindbergh ein, das sich dem anti-interventionistischen Nationalismus verschrieben hatte.[6] Nach dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg und dem Aufstieg der Bürgerrechtsbewegung wurden die Faschisten zunehmend desillusionierter über die US-Regierung.[7] Durch die Posse-Comitatus-Bewegung und ihre Nachfahren der Milizbewegung arbeiteten die Faschisten daran, eine populistische Rechtsextremistenbewegung zu rekonstruieren, die an ihr Engagement bei American First erinnert.[8] Die US-amerikanische „far right" mobilisierte sich nach der Wahl von Barak Obama im Jahr 2008 auf beispiellose Weise. Die „Tea Party", die sich nach dem Finanzcrash 2007 angeblich in Opposition zu den wirtschaftlichen Rettungspaketen erhob, versammelte eine Vielzahl von extrem rechten Akteuren, um die republikanischen Gemä-

ßigten unter Druck zu setzen und sich Obama mit oft offen Weißer-Überlegenheits-Rhetorik entgegenzustellen. Die „Birther"-Verschwörungstheorie, die Obama beschuldigte, seinen vermeintlichen Geburtsort Kenia zu verheimlichen, stand an erster Stelle der rassistischen Beschuldigungen gegen den neuen Präsidenten, und Donald Trump wurde zu seinem lautstärksten Vertreter.[9] Während sich die Tea Party gegen Liberale und Gemäßigte stellte, vertrat sie auch eine traditionelle liberal-rechte Politik, die oft vom expliziten Autoritarismus abrückte.[10] Die „Tea Party" bot jedoch auch eine Startrampe für extrem rechte Milizen wie die „Oath Keepers" und „III%er", während sie sich gegen die „große Regierung" zugunsten des ländlichen und vorstädtischen „Mittelamerikas" stellte.[11] Bis 2014, dem Jahr der angespannten Pattsituation zwischen Familie und Freunden von Cliven Bundy und der Bundesregierung, hatte die US-amerikanische „far right" eine mächtige Bewegung bewaffneter, regierungsfeindlicher Milizen aufgebaut, die sich auf die Ablehnung der Umweltschutzgesetzgebung und der „Verteidigung des Privateigentums" konzentrierte.[12] Als Trump während der Vorwahlen der Republikanischen Partei im Jahr 2015 die politische Bühne stürmte, sah er sich einer großen Gruppe potenzieller Kandidaten gegenüber, die alle ihre eigenen radikalen und gemäßigten Tendenzen hatten. Als politischer Außenseiter, der die populäre Frustration über jahrzehntelange Kompromisse mit dem „Establishment" repräsentierte, rührte sein unaufhörliches Sperrfeuer gegen das Parteizentrum von seinem eigenen autoritären Hass auf den Liberalismus und die institutionellen Machtbeschränkungen her.[13] Regierungsfeindliche Milizen schlossen sich nun Trump an, um eine konspirative „Deep State"-Kabale ins Visier zu nehmen.[14]



Demonstration „Defend DC Against Facism" am 6. Juli 2019

Aufbau einer Koalition

Jenseits einer politischen Operation wurde die „Trump Campaign" zu einem Organisationsmittel für eine „far right"-Politik. Trumps Koalition stützte sich auf republikanische Traditionen und wandte sich durch emotionale Appelle an die wirtschaftlichen Nöte der weißen Arbeiterklasse an der Basis und lehnte die Neokonservativen der Partei ab.[15] Mit seinem inneren Kreis von hartgesottenen „far right"-Akteuren versammelte die „Trump Campaign" eine Koalition von Aktivisten, die von den „Paläokonservativen" bis zur jüngeren „Alt-Right" reichte und die Unterstützung der Milizbewegung und schließlich der „far-right-Evangelikalen" gewann. Zu Trumps einflussreicheren frühen Unterstützern zählten die „Paläokonservativen", eine selbst beschriebene Gruppe „populistischer Aufständischer", die inmitten des Niedergangs der Nixon-Regierung in der Republikanischen Partei in Ungnade fielen und die Außen- und Innenpolitik der Neokonservativen beklagten, die an ihrer Stelle die Hegemonie erlangten. Zu diesen „far-right"-Führern gehörten Pat Buchanan, Paul Gottfried und Taki Theodoracopulos, die in den 1990er Jahren eine Art weißen-nationalistischen Appell an die „Radikalen Mittelamerikas" formulierten – Menschen, die Nixon in einer von Buchanan verfassten Rede als „schweigende Mehrheit" bezeichnet hatte.[16] Diese „far right"-Gruppe setzte die Tradition von „America First" fort und griff den US-Interventionismus als Produkt einer „zionistischen Kontrolle" über das Land an. Gleichzeitig versuchten die „Paläokonservativen" vorsichtig in den Raum zu navigieren, den Daniel Hosang und Joseph Lowndes als einen Grenzbereich beschreiben, in dem weiße Vorherrschaft und Multikulturalismus interagieren und der Bedeutung und Macht für die „far right" erzeugt.[17] Die jüngere Generation der „far right"-Radikalen, die von den Paläokonservativen gepflegt wird, ist weniger vorsichtig. Als graduierter Student bewegte sich Richard Spencer durch rechtsliberale und paläokonservative Kreise und gründete auf eigene Faust die „Alternative Rechte", von der er hoffte, sie würde rechte Libertäre mit Paläokonservativen, frauenfeindlichen Gamern und Elementen der „antiimperialistischen" Linken vereinen, um eine kulturelle Opposition zum „Mainstreamzentrum" der Republikanischen Partei zu entwickeln, indem er „sich weigerte, nach rechts zu schlagen".[18] In der „Trump Campaign" fanden Spencer und die mit ihm verbundenen Kreise einen nützlichen Träger für die Bewegung. In offener Verbindung mit der transnationalen „far right" wurde die „Alt-Right" zu einer faschistischen kulturellen Strömung, die durch die Trump Campaign verstärkt wurde.

„Trumpist Inertia"

Als Trump an die Macht kam, begann sich seine Koalition in einen Zweig zu spalten, der weiterhin für offen weiß-nationalistische Ziele kämpfte, und einen anderen, der

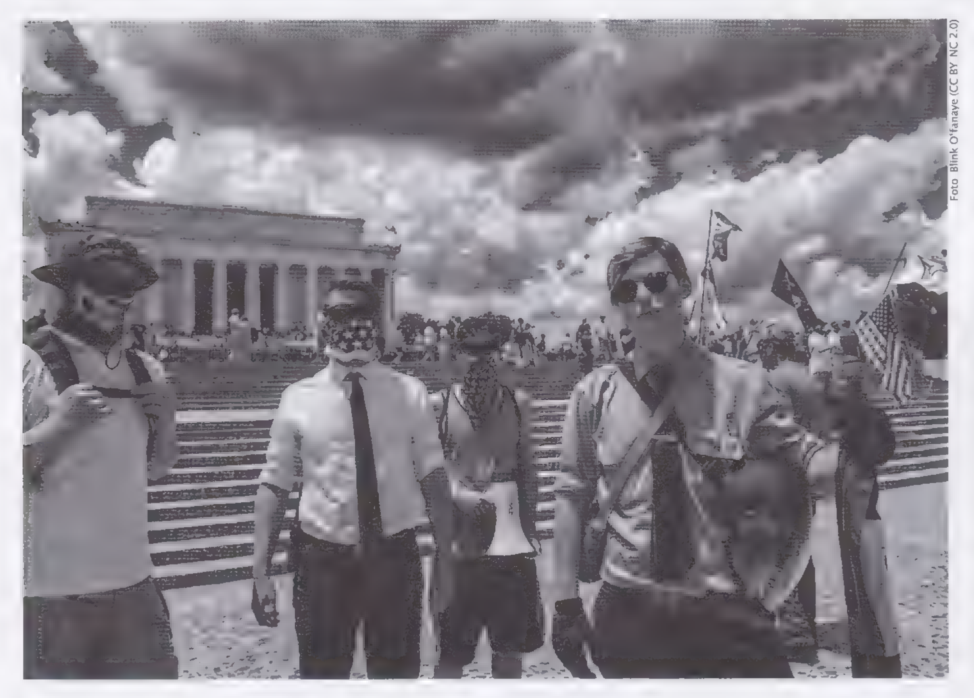


Foto Blink O'fanaye (CC BY NC 2.0)

sich trotz seiner rassistischen Verbindungen um eine breitere Attraktivität in der Bevölkerung bemühte. Während die Debatten über die Zugehörigkeit der „Alt-Right" zum weißen Nationalismus tobten, stimmte die überwältigende Mehrheit der Bewegung der Behauptung zu, die „Alt-Right" ist weißer Nationalist oder sie ist nichts".[19] Trump-Anhänger, die einen eher vorsichtigen, amerikanistisch-weißen Rassismus der „Paläokonservativen" propagieren, lösten sich von der „Alt-Right" ab und erhielten bei Trumps Amtsantritt als Präsident einen neuen Namen. Diese abtrünnige Gruppe wurde als „Alt Lite" bezeichnet, vertrat einen bürgerlichen Nationalismus und blieb weiterhin äußerst gefährlich.[20] Die eher diskreten Elemente innerhalb der „far right", die die offensichtlichen faschistischen Affinitäten der „Alt-Right" vermieden, bewegten sich in zwei Richtungen – auf die Straße oder in die Trump Administration und damit verbundene Gruppen. Radikale wie Stephen Miller, ein College-Bekannter Spencers und überzeugter Anhänger politischer Positionen der „far-right" zur Einwanderung, fanden ihren Weg in die Trump-Administration, während Propagandisten und Verschwörungstheoretiker wie Jack Posobiec Zugang zum Weißen Haus erhielten.[21] Unterdessen verbündeten sich brutale Straßenkämpfer mit Trump und der „Alt-Lite" in Straßenbanden und paramilitärischen Gruppen wie den „Proud Boys" und „Patriot Prayer". Die Stellung der „Alt-Right" innerhalb des Trumpismus wurde jedoch erst im August 2017 ernsthaft auf die Probe gestellt, als die „Alt-Right"-Demonstration „Unite the Right" in Charlottesville damit endete, dass der Neonazi James Alex Fields mit seinem Auto in einen Demonstrationszug antifaschistischer Aktivist_innen fuhr und Heather Heyer tötete. Trotz der Verharmlosung des neofaschistischen Terrors in den Straßen bildeten sich Risse in Trumps Verbindung mit der „Alt-Right". Spencers Bemühungen, die „Optik" der faschistischen Bewegung in den USA zu verbessern, lagen in Trümmern. Zudem begann Trumps ursprüngliche Koalition in Unordnung zu geraten, da Trump damit scheiterte eine umfassende nationalistische Politik der Weißen durchzusetzen.[22] In den Jahren 2018 und 2019 gaben neonazistische Mörder, Massenschützen und angehende Bombenleger den Populismus auf, während die rechten Botschaften des Präsidenten unvermindert weiterliefen.[23] Einen Monat nach Charlottesville veröffentlichte ein anonymer Account eine seltsame Nachricht auf dem mit „Alt-Right" verbundenen Online-Messageboard „4chan" unter dem Kürzel „Q". Als er auf das Spinoff Messageboard „8chan" wechselte, prophezeite Q ein Jahrtausendereignis namens „Der Sturm", bei dem Trump die Führer des Tiefen Staates vor Militärgerichte bringen und sie alle hinrichten würde, was ein großes Erwachen von Frieden und Harmonie auf der Erde einleiten würde.[24] Die QAnon-Bewegung verwandelte sich in eine synkretistische politische Religion voller messianischer Versprechen, die einem Trump-Regime eine ewige Existenz versprach.[25] Der Niedergang der „Alt-Right" und die Entstehung des „QAnon" festigten den Trumpismus von einer losen, „far-right"-Koalition aus einer Vielzahl von Strömungen zu einer autoritär-konservativen Herrschaft. Im Verlauf des Präsidentschaftswahlkampfs im Jahr 2020 waren Trumpisten in den gesamten USA in Hunderte von Vorfällen politischer Einschüchterung gegen antirassistische Aktivist_innen verwickelt.[26] Die Zunahme der „far-right"-Militanz und die sich entwickelnden Verschwörungstheorien mobilisierte außerhalb der Republikanischen Partei jedoch mehr Menschen als je zuvor in ihrer Gegnerschaft zum Trumpismus.[27] Trump verlor, weil mehr gegen ihn waren, nicht weil weniger ihn unterstützten.

Der Fall

Trumps Wahlkollegiumsniederlage mit dem gleichen Vorsprung wie sein Sieg 2016 deutete auf eine symmetrische Ablehnung

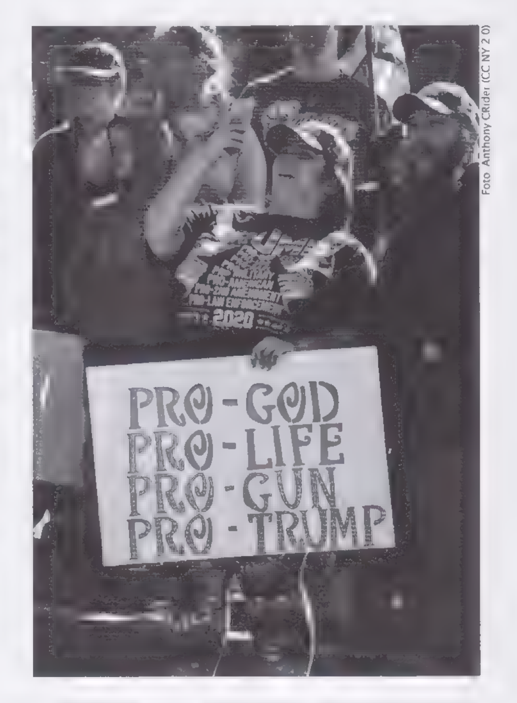


Foto Anthony Crider (CC NY 2.0)

„Alt-Right"-Aufmarsch in DC (oben) und „Proud Boys" in Raleigh im November 2020 (rechts)

seiner Regierung hin. Doch in der Niederlage behaupteten Trump und seine Anhänger unbeirrt ihren Anspruch auf den Sieg. Unter seinen Anhängern bestanden die „Proud Boys“ auf einer Revolution – wenn sie den Sieg an der Wahlurne nicht erringen könnten, würden sie ihn durch eine Revolution erringen.[28] Damit trat die Transformation des Trumpismus als eine explizit antidemokratisch-nationalistische Formulierung extrem rechter Politik in ein beunruhigendes Stadium. Nachdem Trumps Bemühungen, Staaten von der Auszählung der Stimmzettel von Abwesenden (Briefwahl) abzuhalten, ins Stocken gerieten und seine juristische Kampagne, die Stimmzettel in Swing-Staaten nachzählen oder bereinigen zu lassen, zu scheitern begann, wandte er sich an seine Unterstützer, die sich auf der Straße versammelten.[29] Am 14. November 2020 organisierten die von weißen Nationalisten angeführten Trumpisten – die mit der von den „4chan“ abstammenden, weiß-nationalistischen „Groyper“-Bewegung und den „Proud Boys“ zusammenarbeiten – einen „Millionen-MAGA-Marsch“.[30] „Es ist herzerwärmend, all die enorme Unterstützung da draußen zu sehen, insbesondere die Demonstrationen, die im ganzen Land aus dem Boden schießen, einschließlich einer großen am Samstag in D.C.“, twitterte Trump. „Vielleicht werde ich sogar versuchen, vorbeizuschauen und Hallo zu sagen.“[31] Führende Trumpisten veranstalteten eine Kundgebung mit etwa sieben- bis zehntausend treuen Anhängern. Trump selbst nahm daran teil, indem er aus seiner Wagenkolonne den DemonstrantInnen zuwinkte. Nach jahrelangen Kämpfen mit antifaschistischen Demonstrant_innen hatten sich die „Proud Boys“ der Milizenbewegung angeschlossen, die sich von einer eher „regierungsfeindlichen“ und „freiheitsliebenden“ Bewegung zu einer „regimebegünstigten“ paramilitärischen Kraft entwickelten.[32] Ein brutaler Abend mit Angriffen auf Antifaschist_innen hinterließ eine Person mit Stichverletzungen in kritischem Zustand. Trump antwortete, indem er seine eingefleischten Feinde mit Hohn belegte – „ANTIFA SCUM“.[33] Der „Million MAGA March“ war das zweite Abschlusskapitel der Periode, die mit „Unite the Right“ begann. Während „Unite the Right“ den Rückgang des politischen Einflusses der offenen faschistischen Bewegung markierte, erlebte der „Million MAGA March“ seine Wiedergeburt. Mit den Worten des „Groyper“ und „American First“ Anführers Nick Fuentes: „Letztes Jahr sagte ich, die Groyper-Kriege seien der Anfang vom Anfang ... und jetzt sind wir endlich in der Trump-Fraktion angekommen“.[34] Mit dem Verlust ihrer Legitimität trat die von Trump aufgebaute Bewegung in eine neue Phase der Entropie ein. Infolgedessen sind die Aussichten für terroristische Aktivitäten, die sich auch gegen die Presse und politische Führer sowie gegen Stadtzentren und Bundesgebäude richten, heute vielleicht größer als seit Jahrzehnten.[35] •



Foto: State Archives of Florida

„America First“ und „Amerika für Weiße“ fordern RassistInnen auf einer Klan-Demonstration in den 1970er-Jahren in Florida.

1 Cas Mudde. 2018. The Far Right in America. **2** Alexander Reid Ross. 2017. Against the Fascist Creep. **3** z.B.: Julie Thorpe. 2013. Pan-Germanism and the Austrofascist State 1933-38. Robert O. Paxton. 2007. The Anatomy of Fascism: António Costa-Pinto. Aristotle Kallis, Eds. 2014. Rethinking Fascism and Dictatorship in Europe. **4** Diese Definition stützt sich weitgehend auf den von Roger Griffin beschriebenen Ansatz des „new consens[illegible] 1991. The Nature of Fascism. **5** Shane Burley and Alexander Reid Ross. 2019. Oregon Historical Quarterly Vol. 120, No. 4, White Supremacy & Resistance. **6** Siehe: Chip Berlet, Matthew Lyons. 2000. Right-Wing Populism in America: Too Close for Comfort. **7** Leonard Zeskind. 2009. Blood and Politics: The History of the White Nationalist Movement from the Margins to the Mainstream. **8** Kathleen Belew. 2018. Bring the War Home: The White Power Movement and Paramilitary America. **9** David Neiwert. 2017. Alt America: The Rise of the Radical Right in the Age of Trump. **10** Anthony Brunello. 2014. Politics, Populism and the Democratic Ideal. the Tea Party and Neo-Libertarianism Forty Years in the Making. **11** Theda Skocpol, Vanessa Williamson. 2016. The Tea Party and the Remaking of Republican Conservatism. **12** Spencer Sunshine with Rural Organizing Project and Political Research Associates. 2016. Up in Arms: A Guide to Oregon's Patriot Movement. **13** Amanda Taub. 2016. The rise of American authoritarianism **14** Rebecca Gordon. 2020. What the American ‚deep state' actually is, and why Trump gets it wrong. **15** Jacob Heilbrun. 2016. The Neocons vs. Donald Trump. **16** Berlet and Lyons. 2000. S. 244 **17** Daniel Hosang and Joseph Lowndes. 2019. Producers, Parasites, Patriots: Race and the New Right-Wing Politics of Precarity. **18** Shane Burley. 2018. Fascism: What It Is and How to End It. **19** George Hawley. 2017. Making Sense of the Alt-Right. **20** Burley 2018. **21** Michael Edison Hayden. 2019. Stephen Miller's Affinity for White Nationalism Revealed in Leaked Emails. Michael Edison Hayden. 2020. SPLC Investigation: Far-right OANN Anchor Jack Posobiec's Rise Tied to White Supremacist Movement. **22** Tess Owen. 2019. The Alt-Right's Love Affair with Trump Is Over. Here' Why. **23** Michael Balsamo. 2020. Hate crimes in US reach highest level in more than a decade. **24** Adrienne LaFrance. 2020. The Prophecies of Q: American conspiracy theories are entering a dangerous new phase. **25** Alexander Reid Ross. 2019. Apocalypse in America: The Smell of Fascism in the pro-Trump QAnon Conspiracy **26** Amnesty International. 2020. Losing the Peace: USA Police Failures to Protect Protesters from Violence. **27** Claudia Deane and John Gramlich. 2020. 2020 election reveals two broad voting coalitions fundamentally at odds. **28** @TheProudBoys. 2020. Parler **29** Nomaan Merchant and Tim Sullivan. 2020. Election officials worried by threats and protesters. **30** Anti-Defamation League. 2020. Extremists and Mainstream Trump Supporters Gather for 'Million MAGA March'. **31** @realDonaldTrump. 2020. Twitter. **32** Kathleen Belew. 2020. "An Expert on Right-Wing Extremist Groups Warns 'The Threat Is Escalating'". **33** ABC. 2020. "Trump says ‚ANTIFA SCUM' attacked supporters at DC rallies,". **34** @BenLorber8. 2020. Twitter. **35** unicornriot. 2020 "'It's Time to Start Killing the News Media Live on Air': Oath Keepers Private Chats Show Increased Desire for Post-Election Violence,"

TITEL

Gelegte Waldbrände, marodierende Antifa-Busse, „Flaggenschändung“ – ein wahnhaftes Antifazerrbild mit tödlichen Folgen

Tödliche Vergeltung

Während es wissenschaftlich unstrittig ist, dass rechte Gewalt die vorherrschende inländische Bedrohung für die USA ist, wird die Rhetorik gegen „die Antifa“ immer grotesker. Ex-Präsident Trump und seine Verbündeten versuchten, die antifaschistische Bewegung als „inländische Terrororganisation“ zu brandmarken. Im Juni forderte der Kongressabgeordnete Matt Gaetz (Florida) die US-Regierung auf, „die [Antifa] zu jagen, wie wir es mit denen im Nahen Osten machen“. Rechte PolitikerInnen und Liberale sehen „die Antifa“ als Strippenzieher_innen der Black Lives Matter-Proteste. Seit Jahren wird behauptet, der Milliardär George Soros, ein jüdischer Holocaust-Überlebender, habe die antifaschistische Bewegung, Black Lives Matter und andere finanziert. Als im September 2020 in Molalla Waldbrände ausbrachen, die in weiten Teilen von Oregon und Kalifornien wüteten, wurden Gerüchte über Brandstiftungen schnell zu „Insiderberichten“, die sich in den sozialen Medien verbreiteten und auf (rechte) Nachrichtenseiten überschwappten: „Die Antifa“ hätte die Brände gelegt, um die Häuser der Evakuierten plündern zu können. Die Webseite „InfoWars“ beschuldigte „demokratische Terroristen“, die Webseite „Gateway Pundit“ wusste zu berichten, ein „Antifa-Radikaler“ sei verhaftet worden. Die „Fox News“-Moderatorin Laura Ingraham erklärte in einem Interview, der demokratische Präsidentschaftskandidat Joe Biden habe es versäumt, „die Antifa“ zu verurteilen, welche „absichtlich“ Brände in Kalifornien gelegt habe. Am Ende musste die Polizei von Molalla öffentlich versichern, dass es „keine Antifa in der Stadt gegeben hat“ und appellierte „(...) bleibt ruhig und handelt mit gesundem Menschenverstand.“ Vergeblich: Der „antifa-hoax“ war nicht aufzuhalten. In Douglas County kapitulierte die Notrufzentrale nach einem Twitter-Post des republikanischen Senatskandidaten Paul Romero, wonach sechs „Antifa“ in Polizeigewahrsam seien, welche die Brände gelegt hätten. „Das ist nicht wahr“, dementierte das Büro des Sheriffs und sogar das FBI twitterte ein Dementi. Bereits im Sommer 2020 sorgten mystische Busse mit „Antifa-Demonstrant_innen“ in ländlichen Gemeinden der USA für Panik – obwohl ihre Existenz nie festzustellen war. Die „Associated Press“ zählte mindestens fünf Fälle, in denen Einheimische vor vermeintlich bevorstehenden Angriffen warnten. „NBC News“ berichtete über eine FakeNews-Welle, die oft von rechten Gruppen wie „Identity Evropa“ als „Antifa-Berichte“ getarnt wurden. Dass all diese Berichte als Gerüchte entlarvt wurden, verhinderte nicht, dass es zu Gewalttaten kam. In Forks (Washington) wurde eine vierköpfige Familie von bewaffneten Einheimischen belästigt, die glaubten, es würde sich um einen Einmarsch der „Antifa“ handeln. Die Familie war auf einem Campingausflug in die Stadt gekommen und reiste in einem Schulbus. Nach Angaben der örtlichen Polizei sahen sie sich mit „sieben oder acht Wagenladungen“ von Personen konfrontiert, die sie aggressiv zu ihren Antifa-Verbindungen befragten. Als die Familie versuchte wegzufahren, wurden Bäume quer über die Fahrbahn gelegt, um sie an der Fahrt zu hindern. In anderen Fällen wurden Bus-Unternehmen bis zum Beweis des Gegenteils als mutmaßliche Antifa-Truppenkonvois behandelt. Manchmal kamen die Fehlinformationen von den Sheriffs selbst. In Curry County (Oregon) wusste Sheriff John Ward auf Facebook Anfang Juni 2020 zu berichten: „Ich habe Informationen, dass drei Busse mit Antifa-Demonstranten in den Bezirk fahren“ und fügte hinzu: „Ich weiß nicht, ob die Gerüchte wahr sind oder nicht“. Sowohl die Polizei von Medford als auch die lokale Abteilung für öffentliche Sicherheit von Grants Pass teilten mit, dass sie die Meldung für unbegründet hielten. Bewaffnete Einwohner_innen tauchten dennoch auf, um ihre Stadt zu „schützen“. Ein Mann wurde festgenommen, weil er seine Waffe auf Andere gerichtet hatte und „all lives matter“ skandierte. Häufig zielen diese „Social-Media-Hoaxes“ mit Erfolg darauf ab, eine Konfrontation zwischen antirassistischen Gruppen und rechten Milizgruppen oder „Blue Lives Matter“ (Pro-Polizei-Bewegung) zu forcieren. Diese Gerüchte können von Menschen, Social-Media-Bots und Personen in öffentlichen Ämtern verstärkt werden. Trump behauptete in einem Interview mit der „Fox-News“, dass „Schläger“ in „dunklen Uniformen“ per Flugzeug geschickt worden seien, um den Nationalkonvent der Republikaner zu stören. Eine mysteriöse Figur verkündete in den sozialen Medien seine Pläne, als „Antifa“ am „Independence Day“ im Juli 2020 amerikanische Flaggen verbrennen zu wollen. Rechte Milizen, Biker und Neonazis verkündeten sodann ebenfalls nach Gettysburg zu kommen, um die Bürgerkriegsdenkmäler und die „Flagge der Nation“ vor Schändungen zu schützen. Zu Hunderten strömten sie schwer bewaffnet herbei, ohne zu realisieren, dass sie einem unglaubwürdigen Internetphantom hinterherjagten. Im Jahr 2017 führten bereits ähnliche Gerüchte dazu, dass eine große Gruppe bewaffneter Milizionäre auftauchte. Sie trafen niemanden von der Antifa, aber einer der Milizionäre schoss



sich vor Aufregung mit seinem Revolver ins Bein.

„Roter Schrecken" in Wiederholung?

Die antikommunistische Hysterie hat in den USA eine Geschichte seit dem frühen 20. Jahrhundert, erinnerte Patrick Strickland Ende September 2020 in einer Aljazeera-Reportage („Antifa and America's revamped Red Scare"). So wurden bereits im Dezember 1919 aus dem New Yorker Hafen 249 Einwanderer, die für Kommunisten und Anarchisten gehalten wurden, in die neu gegründete Sowjetunion abgeschoben. Fast 200 waren am 7. November im Rahmen von Razzien verhaftet worden. Bis zum Ende dieser Razzien wurden fast 3.000 Menschen verhaftet und 549 von ihnen deportiert. Die Razzien markierten den Höhepunkt des „First Red Scare" (1917–1920), einer Zeit, in der die US-Regierung den Patriotismus des Ersten Weltkriegs nutzte, um die Angst vor einer angeblich bevorstehenden kommunistischen oder anarchistischen Revolution zu schärfen und gegen Kommunist_innen, Anarchist_innen, Immigrant_innen, streikende Arbeiter_innen und schwarze Amerikaner_innen vorzugehen. Mehr als 20 Jahre später, am Ende des Zweiten Weltkrieges, erlebte der „Rote Schrecken" seine Wiederholung in der Angst vor einer kommunistischen Unterwanderung der amerikanischen Gesellschaft und der US-Regierung. Unter Politikern wie Joseph McCarthy und dem FBI-Direktor J. Edgar Hoover wurden Hunderte verhaftet und Tausende verloren ihren Arbeitsplatz dank „Schwarzer Listen", die mutmaßliche Linke brandmarkte. Joseph McCarthy, ein republikanischer Senator, wurde bekannt für die Leitung von Ermittlungen, die darauf abzielten, angebliche Kommunisten in der US-Regierung, der Filmindustrie und an Universitäten bloßzustellen. Der Auftritt von US-Generalstaatsanwalt William Barr vor dem Justizausschuss des Repräsentantenhauses Ende Juli 2020 erinnerte bereits an diese Manöver. Im September 2020 soll er die Staatsanwaltschaft angewiesen haben, die Möglichkeit zu prüfen, Protestierende wegen „Aufruhr" anzuklagen. Eine selten angewandte Anklage, die normalerweise nur gegen diejenigen erhoben wird, die eine ernsthafte, unmittelbare Bedrohung für die Regierung darstellen.

„Direkt zum Schuss"

Als Sondereinsatzkommandos der US-Marshals am 3. September den Antifa-Aktivisten Michael Reinoehl töteten, lobte der damalige Präsident Trump die Tat als „Vergeltung". Reinoehl war auf der Flucht. Nachdem ein Konvoi von Trump-AnhängerInnen am 29. August 2020 in Portland einfiel und mit antirassistischen Demonstrant_innen zusammenstieß, zeigte eine Sicherheitskamera, dass Reinoehl einen der Aggressoren im Auge behielt – Aaron J. Danielson, einen Anhänger der neonazistischen Gruppe „Patriot Prayer", der mit einem Reizgas zur Bärenabwehr und einem ausziehbaren Schlagstock unterwegs war. In seinem letzten Interview mit „Vice News" sagte Reinoehl, er habe in Notwehr auf den „Patriotic Prayer" geschossen. Die „Washington Post" und die „New York Times" recherchierten, dass die Beamten offenbar ohne Vorwarnung und sofort auf Reinoehl geschossen hatten. Generalstaatsanwalt William P. Barr nannte die Tötung eine „bedeutende Errungenschaft", die einen „gewalttätigen Agitator" beseitigte. Auch Trump konnte seine Begeisterung kaum verbergen: „Dieser Typ war ein Gewaltverbrecher, und die US-Marshals haben ihn getötet", äußerte er gegenüber „Fox News". „Und ich werde Ihnen etwas sagen, so muss es sein. Es muss Vergeltung geben, wenn es Verbrechen wie dieses gibt." Auf einer Wahlkampfrede in Greenville (North Carolina) im Oktober räumte Trump die Tötungsabsicht – mit Liveübertragung auf „Fox News" – ein: „We sent in the US Marshals, took 15 minutes and it was over (...) – Jubelschreie aus Menge – (...) They knew who he was, they didn't want to arrest him and 15 minutes that ended". •

TITEL

Rhythmus und Ritual

Die Komposition der Bewegung in Portland

**TEXT: ANONYM / ILLWILLEDITIONS.COM,
ÜBERSETZUNG: SCHWARZER PFEIL, REDIGIERT UND GEKÜRZT: AIB**

Obwohl der Aufstand in Portland ein Teil der US-amerikanischen „Black Lives Matter" (BLM) Bewegung war, war er auch in vielerlei Hinsicht einzigartig. Zu seinen besonderen Merkmalen gehören sein fortwährendes Engagement für nächtliche Aktionen, der hohe Grad der Unterstützung durch die Bevölkerung Portlands, das reichhaltige neue Ökosystem von verschiedenen Strömungen der Bewegung und das Aufkommen einer populären, konfrontativen - aber auch begrenzten- Reihe von Taktiken. Diese verschiedenen Merkmale könnten über die taktischen Routinen hinaus zu einer nachhaltigen politischen Zusammenarbeit führen, welche in der Lage ist, die vielen Unterschiede zu vereinen.

Wochenschau von Portlands Aufstand

In den ersten Tagen nach der Ermordung von George Floyd verwandeln sich kleine Proteste zu einem massiven Marsch in die Innenstadt. Beim Justizministerium werden Türen aufgebrochen und ein kleines Feuer im Inneren entzündet, gefolgt von einer Nacht voller Ausschreitungen. Die Beamten der Stadt reagieren empört und verhängen Ausgangssperren. Dies führt zu einer Art Selbstverpflichtung, ihnen jede Nacht aufs Neue zu Tausenden zu trotzen. Schließlich geben die Amtsträger nach, aber die exzessive Gewalt der Polizei hat einen großen Teil der Protestierenden bereits radikalisiert. Viele von ihnen erleben diese Polizeigewalt zum ersten Mal. Die Radikalisierung führt zu einer wachsenden Bereitschaft, sich auf der Straße zu versammeln. In der ganzen Stadt finden in den kommenden Wochen täglich vielfältige Aktionen statt. Es zeichnet sich ein Muster ab: auf der Ostseite gibt es große Kundgebungen und Märsche, die von Menschen angeführt werden, die das Mikrophon als Protestform nutzen; auf der Westseite, in der Innenstadt, versammeln sich eher aktionsorientiertere Menschen. Beide Kundgebungen werden von Schwarzen angeführt, wenn auch auf ganz unterschiedliche Weise. Das Katz-und-Maus-Spiel mit der Polizei durch die Innenstadt wird zur vertrauten Routine. Trumps öffentliche Verlautbarungen zu einem Einmarsch von US-Bundestruppen verstärken den Widerstand. Tausende Menschen sind wütend über den Anblick von Undercover-Van-Entführungen und den gezielten Schüssen auf Menschen. Eine neue Ausdrucksform entsteht im Stadtzentrum: Der gemeinsame „Tanz" der verschiedenen Protestveranstaltungen. Das „Portland Protest Bureau" versammelt eine Menschenmenge vor dem Justizministerium mit Hochleistungsmikrophonen, während eine andere Gruppe nebenan am „Hatfield Federal Courthouse" auf den Beginn ihrer Aktion wartet: Feuerwerke werden gezündet, Zäune eingerissen und Barrikaden aus Müll angezündet. Der Gegenangriff aus Munition und Tränengas soll mit Laubbläsern und Schilden aufgehalten werden. Rückzüge und Vorstöße. Am Ende gewinnt die Bevölkerung Portlands: Die „Feds" (Bundespolizei des „United States Marshals Service" bzw. „federal marshals") ziehen sich zurück. In nur einer Woche ist die Infrastruktur des Aufstands sprunghaft gewachsen: Neue Gruppen stellen Ressourcen zur Verfügung, neue „Identitätsblöcke" entstehen in der Menge, darunter die „Wall of Moms", die „Wall of Dads", die der Veteranen, der Geistlichen, der Lehrer_innen und viele andere. Das Muster wird zu einem Zyklus von Aktionen, die jede Nacht in einem anderen Teil der Stadt stattfinden: dem nördlichen Bezirk, der Polizeiwache von Multnomah County (die auch von der Polizei in Portland genutzt wird), dem Gewerkschaftsbüro der Polizei und anderen Orten. Da Portland gleichzeitig ein nationales Meme für die Rechte wird, kommt es immer häufiger zu Schikanen und Übergriffen von sog. „Chuds", die aus dem ganzen Land nach Portland reisen und mit ihren Autos durch Demonstrationen fahren, Rohrbomben und Feuerwerkskörper werfen oder Demonstrierende angreifen. Kugelsichere Westen tauchen auf. Straßenmediziner_innen spezialisieren sich darauf, Blutverluste zu stillen. Bei einer der Invasionen einer „Trump-Rallye" wird ein rechter Angreifer in Selbstverteidigung getötet. Die Anspannung und die Angst sind groß. Das Jubiläum des 100. Aktionstages rückt näher. Tagsüber nehmen hunderte Menschen an drei erfolgreichen Veranstaltungen in öffentlichen Parks teil, wobei Scouts die Peripherie kontrollieren. Nachts, und trotz der starken Polizeipräsenz, die von der Staatspatrouille verstärkt wird, sind tausend Menschen auf den Straßen von Ost-Portland unterwegs.



Die exzessive Gewalt der Polizei radikalisierte einen großen Teil der Menschen in Portland. Dies führte zu einer wachsenden Bereitschaft, auf der Straße zu bleiben. In den kommenden Tagen und Wochen fanden täglich zahlreiche Aktionen in der ganzen Stadt statt.

Dann überrollen die Hitze und der Rauch der Waldfeuer die Stadt. Ein bizarres Bild entsteht. Zehntausende Menschen müssen evakuiert werden. Der Aufstand, der seine Wurzeln im Kampf um Gerechtigkeit für schwarze Opfer von Polizeigewalt hat, schwenkt seine Infrastruktur um, um die Evakuierten und die Wohnungslosen zu versorgen.

Black Lives in Portland

Da bei der Gründung von Oregon die Einwanderung von Schwarzen in den Bundesstaat per Gesetz verboten war, macht der Anteil der in Portland lebenden Schwarzen Bevölkerung auch heute noch lediglich sechs Prozent aus. Erst der Zweite Weltkrieg brachte eine große Anzahl von Industriearbeiter_innen in die Vanport-Werft, wodurch eine blühende Schwarze Gemeinschaft entstand. Diese Gemeinschaft wurde wieder und wieder durch die Veränderungen in der Stadtplanung gestört, durch den Bau von Autobahnen, Stadien, Kongresszentren und der damit einhergehenden Verdrängung der Schwarzen Community. Auch war diese schon immer im besonderen Maße der Polizeigewalt ausgesetzt. Bereits seit den 1960er-Jahren gibt es eine kontinuierliche Geschichte des Kampfes der Schwarzen Bevölkerung Portlands gegen rassistische Polizeigewalt.

Die ehemalige Bürgermeisterkandidatin Teressa Raiford ist nicht nur die Gründerin einer Straßenaktivisten-Organisation, sie ist auch die Enkelin der Rassendiskriminierung in den 1970er und 1980er Jahren und des Widerstandes gegen rassistische Polizeigewalt. Als Reaktion darauf, dass ihr Neffe im September 2010 von der Polizei erschossen wurde, gründete sie die Organisation „Don't Shoot Portland" (Don't Shoot PDX), die sich der Polizeigewalt entgegenstellt. Durch Sammelklagen gegen die Stadt Portland versuchen sie gerichtlich feststellen zu lassen, dass die Polizei kein Tränengas mehr einsetzen darf und dass die Stationierung von Bundestruppen in Portland rechtswidrig sei. Auch Kent Ford, Mitbegründer des Ortsverbandes Portland der Black Panther Party im US-Bundesstaat Oregon im Jahr 1969, nahm an den Protesten in Portland teil. Ein anderer Black Panther-Aktivist namens Lorenzo startete das Projekt „Riot Ribs", eine von Freiwilligen betriebene Außenküche für Protestierende und Anwohner_innen, die vollständig aus Spenden der Gemeinde finanziert wurde und zeitweise bis zu tausend Menschen 24 Stunden am Tag mit kostenlosem Essen versorgen konnte.

Auf der anderen Seite ist das etablierte Schwarze Mittelklasse-Establishment in Portland im Vergleich zu anderen Städten ziemlich konservativ. Das bedeutet, dass Organisationen, die jahrzehntelang schrittweise Polizeireformbemühungen durchgeführt haben, durch den Aufstand ins Abseits gedrängt wurden. In der „Washington Post" wurden die Proteste als „weißes Spektakel" angeprangert. Der Artikel wurde landesweit von der extremen Rechten aufgegriffen, blieb aber auf lokaler Ebene bedeutungslos. Die Protestierenden sind sicherlich mehrheitlich nicht Schwarz (wahrscheinlich mehr oder weniger im Verhältnis zur Bevölkerung der Stadt) und „Spektakel" trifft den Umgang der nationalen Medien mit Portland ganz gut. Aber Portland ist klein genug, und die Bewegung ist groß genug, sodass ein großer Teil der Einwohner_innen entweder selbst Erfahrungen bei den Protesten gemacht hat oder zumindest jemanden kennt, die_der sie gemacht hat. Und die Aktionen auf der Straße zeigen eine komplexe und unvollkommene, aber sehr greifbare Erfahrung von „Black Leadership". Praktisch alle wichtigen straßenrelevanten schwarzen Organisationsteams sind in Portland nach dem

Mord an George Floyd entstanden. Bei den aktionsorientierten Versammlungen, die ohne sichtbare Führungsteams auskommen, ist die Beteiligung Schwarzer Menschen ähnlich neu, mindestens genauso stark und immer sichtbarer geworden. Andere Städte berichten von einem raschen und erfolgreichen Durchgreifen gegen konfrontative Taktiken, bei denen etablierte und gut ausgestattete liberale, bürgerliche Schwarze Organisationen der Mittelschicht in den Anfangsphasen in die Entwicklung der Proteste eingegriffen und diese zweckentfremdet haben. Wahrscheinlich ist Portland dieser Vereinnahmung entgangen, weil die Proteste dort von Anfang an weniger organisiert waren. Als das sog. „Swooping" (d.h. sich vor einer radikal aktionsorientierten Veranstaltung zu zeigen, ihre Leitung mit Megaphonen zu übernehmen, die direkten Aktionen anzuprangern und von ihnen abzulenken) zu einer verbreiteten Taktik wurde, hatte ein großer Kern der Protestierenden bereits ein starkes Gefühl der Solidarität untereinander im praktischen Widerstand gegen die Gewalt der Polizei entwickelt. Zweifellos sah man anfangs viele nicht-schwarze Protestierende auf den Straßen mit mehr „Black Lives Matter"-Schildern als die Schwarzen Freund_innen und vertrauter mit ihrer Anti-Unterdrückungssprache im College-Stil als mit der radikalen Schwarzen Tradition. Und natürlich wurden Fehler gemacht. Dennoch haben die Menschen auf den Versammlungen mit der Zeit eine engagierte Praxis entwickelt, „Black Voices" und die Botschaft von „Black Liberation" in den Vordergrund zu stellen. Das bedeutet, dass viele weiße Portlander_innen ganz praktisch gelernt haben, dass es auch mit dem Willen zum „Following Black Leadership" notwendig ist, eigene Entscheidungen zu treffen. Auch Schwarze Perspektiven sind zutiefst verschieden. Diejenigen, die in den Medien und von Podien aus am lautesten sprechen, werden im Allgemeinen durch die Zusammenarbeit mit etablierten Interessen verstärkt. In den Aktionen auf der Straße kann man eine tiefe Schwarze Wut finden. Wie entscheiden diejenigen, die solidarisch handeln wollen, was zu tun ist? Durch den Aufstand haben nicht-schwarze Portlander_innen gelernt, dass sie zwar eigene Entscheidungen treffen müssen, aber gemeinsam mit den Indigenen, den Latinx und People of Color als Mitverschwörenden. Während struktureller Rassismus bewirkt, dass vieles untereinander unterschiedlich bleibt und weiterhin Fehler gemacht werden, vertieft die gemeinsame Erfahrung von wiederholter Brutalität seitens der Polizei Nacht für Nacht die kollektiven Beziehungen. Wohin solche Verbindungen führen, bleibt abzuwarten. Für die Entwicklung einer robusten, widerstandsfähigen Komplizenschaft gegen Rassismus braucht es natürlich noch viel mehr Zeit und gemeinsame Kämpfe. Aber der Aufstand in Portland hat viele Menschen mit ganz unterschiedlichen Geschichten und Motivationen zusammengebracht, um gemeinsam mit Schwarzen Radikalen die direkte Konfrontation mit den staatlichen Repressionsbehörden einzugehen. Das ist zumindest ein Anfang.

Wir haben uns!

Die gemeinsame Erfahrung von über einhundert Tagen intensiver Aktionen ist erschreckend und anstrengend, dennoch bleiben viele Menschen engagiert. Warum ist das so? Wir sehen zwei Gründe dafür. Einerseits sind die meisten Beteiligten, Gruppen und Kollektive, die sich an direkten Aktion auf der Straße beteiligen, noch relativ neu. Andererseits ist die praktische Fürsorge untereinander auf eine besonders tiefe Weise präsent. Die Neuartigkeit des sich Organisierens bedeutet, dass die Menschen sehr viel weniger mit dem Ballast der politischen Misserfolge oder den Debatten bestehender radikaler politischer Zusammenhänge der letzten Jahre belastet sind. Dies ermöglicht es, offener füreinander sowie für neue Ideen und Praktiken zu sein. Auf diese Weise haben durch die Dynamik und Intensität eines ausgedehnten Augenblicks des Bruchs ideologische oder Identitätsunterschiede weniger Antagonismus verursacht als in anderen Subkulturen. Die tiefe Verbindung durch die traumatischen und aufregenden Erfahrungen auf der Straße wird durch eine organisierte Fürsorge ergänzt. Ein Teil stammt noch aus früheren Kämpfen der radikalen Bewegung in Portland, wie z.B. die Infrastruktur der Straßenmediziner_innen. Andere Teams, die etwa Snacks oder Schutzausrüstung zur Verfügung stellen, sind erst im Laufe der aktuellen Auseinandersetzungen entstanden. Aber wie überall haben auch wir Probleme mit patriarchalen und rassistischen Verhaltensweisen, die angegangen werden müssen. Und auch wir haben keine erfolgreichen politischen Modelle, aus denen wir schöpfen können. Unvermeidliche Infiltration schürt immer Feindschaft, während Erschöpfung, Angst und Verlust auch auf verletzende Weise zum Vorschein kommen. Schließlich stehen wir unter dem Druck massiver rassistischer Übergriffe und einer erschütternden Last staatlicher Repression. Wir wissen, dass wir alle Fehler machen werden, und dass diejenigen, die am ehesten stolpern werden, auch diejenigen sind, die neu hinzugekommen sind und die wir deshalb besonders unterstützen müssen.

Da die Staats- (und jetzt auch die Stadtpolizei) vor kurzem langfristig auf Bundesebene abgeordnet wurde, erhält der US-Staatsanwalt von Trump freie Hand, um die dutzenden Aktivist_innen, die jede Nacht verhaftet werden, mit Anschuldigungen zu überhäufen. Die Abschaffung der Polizei ist in den letzten sechs Monaten von einem Randthema in den Mittelpunkt der Debatte gerückt. Verschiedene Stadtverwaltungen (u.a. Minneapolis) haben ihre Absicht erklärt, ihre lokale Polizei aufzulösen. Doch unabhängig davon, ob es dazu kommt, müssen „wir" als Bewegung oder als Communities in der Lage sein, für die Sicherheit unserer Gemeinschaft zu sorgen, auch mit Hilfe direkter Aktionen. Michael Reinoehl erschoss einen rechten Trumpisten und wurde fünf Tage später von einem Bundeseinsatzkommando getötet. Wir alle wussten, dass es die Rechten auf uns abgesehen hatten und nur auf einen Vorwand warteten, um uns angreifen oder töten zu können. Aber wir hatten noch keine klare, kollektiv geteilte Antwort auf die Bedrohungslage ausgearbeitet. Stattdessen entstand ein Ad-hoc-Mix aus Selbstschutzmaßnahmen. Nach eigenen Angaben befand sich Michael allein in einer Bedrohungssituation mit wenig Informationen und ohne Unterstützung durch eine breitere Sicherheitsinfrastruktur. Offensichtlich fühlte er, dass der Druck der „Sicherheit" auf ihm



„Black-Lives-Matter"-Proteste in Portland am 23. August 2020.

lastete, und traf eine Entscheidung, die die Situation nicht nur für ihn selbst, sondern für uns alle eskalierte. Was passierte, war tragisch – nicht zuletzt, weil unsere Verwirrung darüber, wie wir mit der Situation umgehen sollten, unsere Fähigkeit untergrub, um ihn zu trauern und auf seine Ermordung durch die Polizei zu reagieren. Er war Teil unserer Bewegung, und wie wir alle war auch er ein Mensch mit Fehlern, der Aktionen unternahm, die von den Fehlern unserer Bewegung beeinflusst waren. Seine Handlungen lagen außerhalb der Parameter, in denen die meisten Menschen innerhalb der Bewegung handeln würden; aber wir hatten auch keinen gemeinsamen Weg, um zu wissen, was sie sind, keinen kollektiven Weg, sie zu praktizieren. Wenn wir uns an Michael erinnern, bleiben wir mit einer Lücke zurück, einem fehlenden Stück, einem Unbehagen. Denn auch wenn wir uns nicht mit seinen Handlungen identifizieren können, so teilen wir doch seine Angst vor einer sich anbahnenden Bedrohung von rechts. Wir müssen lernen, uns selbst zu verteidigen, unsere Communities und unsere Bewegungen. Dabei können wir uns nicht auf die Polizei verlassen, wir sollten aber nicht selbst zur Polizei werden. Es muss ein anderer Weg gefunden werden. Wie kann unser Engagement für die Autonomie und die Sicherheit der Gemeinschaft miteinander verwoben werden? Unser Weg wird schwer, voller Widersprüche und voller Fehler sein. Wir werden aus Fehlern lernen und dann wieder Fehler machen. Aber das ist es uns wert. Unsere Idee ist: Wenn es uns gelingt, weiter zu wachsen und Beziehungsgeflechte in der breiteren Gesellschaft zu verankern, während wir gleichzeitig stärkere Praktiken entwickeln, um koordinierter zu handeln, dann werden wir Erfolg haben! Wenn wir uns über Taktiken, Prioritäten und Bündnisse streiten, müssen wir uns auf das konzentrieren, was in einer ganz bestimmten Situation unsere Handlungskraft am meisten wachsen lässt. Trotz der Medienhetze scheinen die meisten Bewohner_innen Portlands auf unserer Seite zu sein und die nächtlichen Demonstrationen nicht als illegitim zu betrachten. Die Frage ist nicht: „Wie erhalten wir einen kollektiven Konsens in der gesamten Bewegung aufrecht?", sondern: „Wie kultivieren wir die Strukturen, Einstellungen, Fähigkeiten und Beziehungen, die unsere Fähigkeiten zu koordiniertem Handeln vertiefen, auch wenn wir dies aus unterschiedlichen Gründen tun?" Wo der Konsens uns sonst misslingen würde, können Rhythmus und Rituale helfen, die Beständigkeit zu festigen. Dies ist etwas, das wir in den letzten Monaten des Kampfes in Portland erforscht haben. Wir haben neue Wege gefunden, miteinander verbunden zu sein, nicht einheitlich, sondern unterschiedlich aber miteinander verbunden. Dies ist eine Quelle unserer Kraft gewesen. „Stay together. Stay tight. We do this every night." Bald wird der Rauch fortgespült sein. Proud Boys werden wieder in der Stadt sein. Portlands Einwohner_innen werden Entscheidungen darüber treffen müssen, wie sie unsere Schwarzen Freund_innen und Nachbar_innen weiterhin unterstützen, die gemeinsamen Projekte pflegen und wie entschlossen sie sein können. Die historischen Bedingungen entwickeln sich weiter. They will be asking themselves, asking each other, asking us: what can it look like to contest control of the streets, and win? Let's see. Let's see, together. •

TITEL

Donald Trump kündigte an, die Briefwahlergebnisse bei den US-Wahlen möglicherweise nicht anzuerkennen. Seither ist erneut die Debatte entbrannt, ob die USA in den Faschismus rutschen kann. Doch ist dieser Begriff wirklich anwendbar?

Trumps Amerika: Vorbote eines neuen Faschismus?

JAN REHMANN

Ob sich die gegenwärtige Lage in den USA als Faschismus beschreiben lässt, ist nicht so leicht zu beantworten. Den Begriff inflationär zu verwenden, um reaktionäre Gegner zu kennzeichnen, verharmlost die faschistische Gefahr. Dennoch sollte der Begriff nicht auf die spezifischen Umstände der faschistischen Regime in Europa und Japan beschränkt werden, denn das birgt die Gefahr, die (neo-)faschistischen Tendenzen des 21. Jahrhunderts nicht identifizieren zu können. Da sich die Trump-Regierung nach den klassischen Definitionen wohl nicht als faschistisch bezeichnen lässt, ist es doch umso wichtiger, die Tendenzen der Faschisierung zu identifizieren. Die Frage ist daher weniger, ob es sich beim Trumpismus „noch" um Rechtspopulismus oder „schon" um (Neo-)Faschismus oder Proto-Faschismus handelt, sondern vielmehr, ob sich in Amerika gegenwärtig eine Faschisierung beobachten lässt. Der Vorteil des Begriffs der „Faschisierung" liegt darin, dass er die Aufmerksamkeit auf Prozesse und Dynamiken innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft richtet.

Der „starke Mann"

Seit der Wirtschaftskrise 2007 bis 2008 ist das US-Imperium in Bedrängnis geraten: Global haben die USA in der Hochtechnologiekonkurrenz mit China merklich an Status eingebüßt, und im Inneren durchleben sie eine Repräsentationskrise, in der sich große Teile der Bevölkerung politisch nicht mehr vertreten fühlen. Dies kann grundsätzlich auch linken Bewegungen neue Spielräume eröffnen, aber bisher profitiert vor allem der Politikertyp des „starken Mannes", der abseits der etablierten Partei- und Kommunikationsstrukturen das „Volk" gegen die „Elite" mobilisiert - zu der er in der Regel selber gehört. Von Beginn trat Donald Trump als Anwärter auf die Reorganisation des bürgerlichen Lagers an. In Gestalt des brutal-rücksichtslosen Bau-Moguls verkörpert er die kapitalistische Logik der Herrschaft des Stärkeren und stellt sich gegen die traditionellen (neo-)liberalen Politiker. Wie die durch Covid-19 hervorgerufene Massenarbeitslosigkeit, Wohnungs- und Gesundheitskrise diese populistische Dynamik beeinflussen wird, ist noch nicht absehbar. Aber auch wenn Trump jetzt gescheitert ist, wird das politische Begehren nach einem charismatischen Krisenretter andauern und sich spätestens bei den Wahlen 2024 zurückmelden.

Weißer Rassismus

Gleichzeitig lässt sich eine Intensivierung eines weißen Rassismus beobachten. Aufgrund der durch die Sklaverei geprägten US-Geschichte richtet sich dieser - anders als beim (prä-)faschistischen Antisemitismus in Europa - in erster Linie gegen die afroamerikanische Bevölkerung. Dieser Rassismus ist bekanntlich nicht nur ein Bewusstseinsphänomen, sondern „struktureller" Natur: Er organisiert die gesellschaftliche Arbeitsteilung so, dass Afro-Amerikaner_innen die am meisten Prekarisierten innerhalb der Arbeiterklasse sind und den relativ höchsten Anteil der Opfer polizeilicher Gewalt und der Gefängnispopulation darstellen. Eine zweite Achse der White Supremacy ist die gegen Immigrierende gerichtete Fremdenfeindlichkeit, deren rassistische Stoßrichtung von Trump akzentuiert wird, wenn er z.B. verkündet, er hätte lieber mehr Zuwanderung aus Norwegen und weniger aus „Dreckslöchern" wie Haiti und Afrika. Eine dritte Komponente bildet eine seit 9/11 dramatisierte Islamophobie, mit der die Bedrohungsängste der Bevölkerung gebündelt werden. Keiner dieser Stränge ist neu, aber neuartig ist die Intensität, mit der sie verknüpft, verallgemeinert und verschwörungs-mythologisch aufgeladen werden, wie etwa durch die „digitale Trump-Armee" QAnon. Aktuelles Beispiel ist die Denunziations-Kampagne gegen die nichtweißen demokratischen SozialistInnen des „Squad", und hier besonders gegen die Muslimin Ilhan Omar - bei einer Wahlkampfveranstaltung skandierte Trumps-Anhängerschaft: „Send her back" (to Somalia).

Verschiebungen im Staat

Vergleichbar mit dem historischen Faschismus verbreiten sich rassistische und autoritäre Einstellungen zunehmend in Teilen des repressiven Staatsapparats wie z.B. der Homeland Security, der Einwanderungsbehörde (ICE) und in der stark militarisierten Polizei. Die Polizeigewalt gegenüber Afro-Amerikaner_innen hat sich im Verlauf der Black-Lives-Matter-Proteste nach dem Polizeimord an George Floyd noch



„Alt-Right"-Aufmarsch mit Trump-Fahne und Hitlergruß in Washingston DC.

gesteigert, mit zahlreichen Verletzten und Verhaftungen (darunter auch mehr als 50 Journalistinnen und Journalisten).

Neu ist auch die von Trump gegen den Willen der demokratischen GouverneurInnen und Bürgermeister angeordnete Entsendung der Nationalgarde und die groß inszenierte Androhung des „Law-and-Order-Präsidenten", gegen die „Aufstände" das Kriegsrecht (Insurrection Act) einzusetzen. Zwischen und innerhalb der verschiedenen Staatsapparate verschieben sich die Kräfteverhältnisse von rechtsstaatlichem zu gewaltmäßigem Vorgehen. Das zeigt sich etwa in den Entführungen von Demonstrierenden in nicht gekennzeichneten Fahrzeugen der Nationalgarde sowie im jüngsten Skandal, um die Zwangssterilisationen, die in US-amerikanischen Auffanglagern an migrantischen Frauen vollführt wurden.

Paramilitärs

Die unter anderem von Nicos Poulantzas für den historischen Präfaschismus festgestellte Verlagerung von Parteien zu paramilitärischen Milizen ist ebenfalls in den USA zu beobachten. Kürzlich marschierten sie schwer bewaffnet gegen Black-Lives-Matter-Demonstrierende und Linke auf. Dabei kommt es immer wieder auch zur Zusammenarbeit mit der Polizei. Die Weigerung des Präsidenten, sich vom Terror neofaschistischer Gruppen zu distanzieren („Fine people on both sides", also etwa „Es gibt in beiden Lagern gute Leute") und seine Aufforderung an die Miliz der „Proud Boys", sich für den Kampf gegen die Antifa „bereitzuhalten" („Stand back and stand by"), markieren eine nun auch öffentlich zur Schau gestellte Verzahnung zwischen Regierung und neofaschistischen Stoßtrupps. Kurz nachdem Trump die Teilnehmenden einer Demonstration gegen den Covid-19-Lockdown über Twitter dazu aufrief, die demokratisch regierten Staaten Michigan, Minnesota und Virginia zu „befreien", drangen Schwerbewaffnete in das Regierungsgebäude von Minnesota ein. Den Plan einer rechtsradikalen Terrorgruppe, die demokratische Gouverneurin Gretchen Whitmer zu entführen und in der Mitte des Lake Michigan auszusetzen, konnte das FBI noch frühzeitig aufdecken. Die Lage ist auch wegen der hohen Waffendichte in der Bevölkerung brandgefährlich.

Aushebelung des Wahlsystems?

Die Faschisierungstendenzen erfuhren eine Verallgemeinerung durch die Ankündigung Trumps, die Briefwahl bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen wegen angeblicher Fälschungen nicht anzuerkennen. Damit stellte er den Wahlausgang selbst und das Prinzip des demokratisch legitimierten Amtswechsels infrage. Parallel wurden seit einigen Jahren verstärkt Wahllokale in armen und afro-amerikanischen Gemeinden geschlossen. Trumps Appell an seine Wählerschaft, mehrfach abzustimmen, war eine Aufforderung zu einer kriminellen Handlung. Die Ankündigung, seine Anhänger würden sich als Wahlbeobachter betätigen, klang wie ein Einschüchterungsversuch. Ziel war offensichtlich, ein Chaos zu erzeugen, um die Wahlen zu torpedieren und zu erwirken, dass die Briefwahl-Auszählung nach dem 3. November durch die dann noch eindeutigere konservative Mehrheit des Obersten Gerichts gestoppt wird.

Keine Parallelen zum Faschismus?

Die Argumentation, man könne den Trumpismus wegen fehlender „Gleichschaltung" und anderer Merkmale nicht als Teil einer Faschisierung kennzeichnen, ist in mehrfacher Hinsicht irreführend. Diese Ansicht legt einen unangemessenen „totalitären" Maßstab an, der auch den Unterschieden zwischen dem italienischen und deutschen Faschismus sowie ihren verschiedenen Phasen nicht gerecht wird. Dabei wird außerdem übersehen, dass Trump bei einer zweiten Amtsperiode aller Voraussicht nach die autoritäre Umformung noch weiter getrieben hätte. Und dies wäre auch von einem anderen, vielleicht geschickteren Rechts-Politiker 2024 zu erwarten. Es sollte nicht vergessen werden, dass auch im italienischen Faschismus zwischen Mussolinis Regierungsantritt 1922 nach dem „Marsch auf Rom" und dem Mord am sozialistischen Politiker Giacomo Matteotti im Juni 1924 das parlamentarische System noch nicht abgeschafft worden war. Erst nach der durch den Mord ausgelösten Staatskrise ließ Mussolini sich zum Duce ganz Italiens ausrufen und die Oppositionsparteien verbieten. Auch wenn die konkreten Formen sich ändern: solche und andere historische Parallelen auszuschließen, wäre voreilig. Jetzt kommt es darauf an, die drohende Faschisierung durch breite antifaschistische Bündnisse zu verhindern. •

Gekürzte Fassung. Der ungekürzte Text ist erscheinen bei ‚Jacobin': www.jacobin.de/artikel/donald-trump-prasidentschaftswahl-us-wahl-faschismus

TITEL

Die „White Power"-Bewegung in den USA

Schlaglichter der letzten 60 Jahre

Die „White Power"-Bewegung[1] in den USA ist nicht ohne den Vietnam-Krieg zu verstehen. Nach den Kampfhandlungen durch Bodentruppen der USA von 1965 bis 1973 waren die Soldaten nicht als Sieger, sondern als Verlierer in die USA zurückgekehrt. Während sich viele anschließend der Friedensbewegung anschlossen, gingen andere den genau entgegengesetzten Weg: Der Krieg sei ihrer Ansicht nach nicht radikal genug geführt worden. Schuld daran: eine korrupte Regierung, welche die Soldaten nicht ausreichend im Krieg unterstützt habe. Für die „White Power"-AktivistInnen, die aus dem Krieg zurückkamen, war der Krieg daher nicht vorbei - er fing gerade erst an. Statt Kommunisten im Ausland sollten nun Kommunisten und Verräter in den USA bekämpft werden. Zahlreiche „White Power"-Aktivisten waren Veteranen des Vietnamkriegs und prägten und formten dadurch die neu entstehende Bewegung. Der Vietnamkrieg war ein so starkes Symbol, dass einige Aktivisten behaupteten, in Vietnam gekämpft zu haben, obwohl das tatsächlich nicht der Fall war. Der Krieg lieferte so das „Framing" für das Selbstverständnis der „White Power"-Bewegung. Die Verwendung von Uniformen, militärischen Wörtern, Strategien, Trainingsmethoden und Militärwaffen basierten alle auf der Erfahrung von Vietnam.

KKK

Der „Ku-Klux-Klan" kann als die älteste Terrororganisation in den USA gelten. 1865 von sechs ehemaligen Offizieren der Südstaaten-Armee gegründet, verbreitete er sich schnell in den Südstaaten der USA und verübte Pogrome und Lynchmorde aus rassistischen Motiven. Während der erste Klan bereits in den 1870ern bedeutungslos wurde, da seine Ziele im Süden fast vollständig umgesetzt wurden, entstand er nach 1915 neu. Der Film „The Birth of a Nation" von 1915, aufwändig inszeniert und ein erster Blockbuster, feierte den Klan als Verteidiger gegen Schwarze, die als Bestien und Schänder von weißen Frauen dargestellt werden. In dem Film trugen die Klan-Mitglieder einheitliche weiße Roben. Der daraufhin neugegründete KKK benutzte die weißen Roben fortan als sein neues Markenzeichen. Bis weit in die 1920er Jahre hinein konnte der Klan eine breite Massenbasis aufweisen. 1925 hatte er um die vier Millionen Mitglieder und war damit eine der größten gesellschaftlichen Bewegungen in den USA. Präsidenten der USA gingen unter anderem deswegen nicht gegen ihn vor, weil ihre Wählerbasis im Süden lag. Im Juni 1927 wurde der Vater des letzten amtierenden Präsidenten der USA, Frederick Trump, bei einer KKK-Kundgebung in Queens verhaftet, nachdem aus dieser Polizisten angegriffen worden waren. In den dreißiger Jahren sanken der Einfluss und die Mitgliederzahlen des Klans erneut. In den Südstaaten der USA blieb er jedoch weiterhin präsent (Invisible Empire) und in einigen Regionen sehr einflussreich. Teilweise konnten Sheriff- und Richterposten nur nach vorheriger Absprache mit dem KKK besetzt werden. In den 1950er Jahren entstanden neue Klan-



Gruppen, die gegen die Bürgerrechtsbewegung vorgingen. FBI Chef Hoover hatte wenig Interesse daran den Klan zu verfolgen, während er gleichzeitig hart gegen die Schwarze Bewegung vorging und Martin Luther King überwachen lies. Morde an mehreren Menschen 1964 in Mississippi machten deutlich, wie stark der Einfluss des Klans im Süden teilweise noch war. So gehörte die örtliche Polizei dem Klan an und deckte die Täter. Zu einer Verurteilung der Mörder kam es erst im Jahr 2006. Obwohl die Mitgliederzahlen des Klans seit den 1960er Jahren lediglich zwischen 3.000 und 6.000 schwankten, stellte der KKK wichtige Infrastruktur auch für andere Aktivisten der „White Power"-Bewegung. In den 1970er Jahren organsierte der KKK

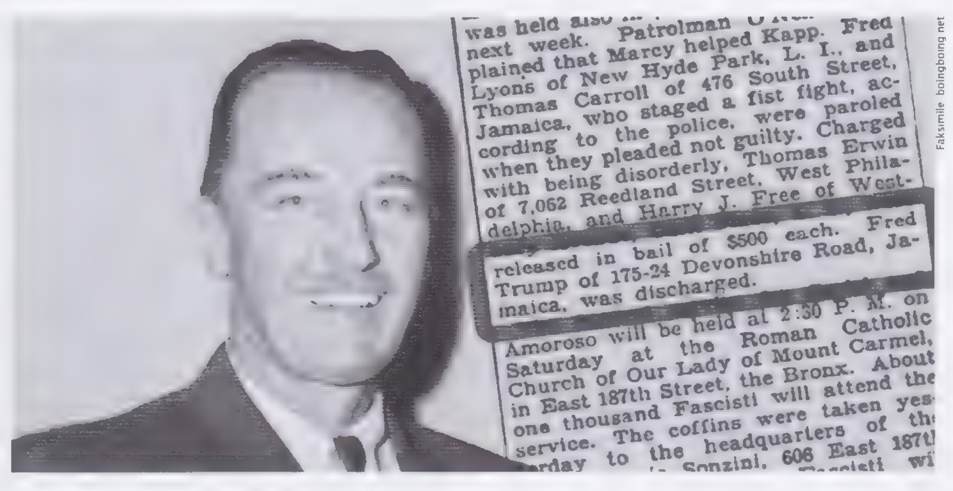
dutzende militärische Trainingslager, wo nach dem Vorbild Vietnams an Militärwaffen trainiert werden konnte. Bis heute übt der KKK als älteste und traditionsreichste rassistische Vereinigung der USA eine Faszination auf White Supremacisten aus. Viele der Aktivisten anderer White Power-Organisationen in den letzten Jahrzehnten waren zumindest einige Zeit in KKK-Gruppierungen aktiv, bevor sie sich anderen Organisationen zuwandten.

Greensboro-Massaker

Als Kulminationspunkt dieser Entwicklung, die den Vietnamkrieg auf dem Boden der USA weiterführen wollte und den zahlreichen Paramilitärischen Camps der extremen Rechten kann das Greensboro-Massaker gelten. Am 3. November 1979 protestierten Mitglieder einer kommunistischen Splittergruppe in Greensboro, North-Carolina gegen den KKK. Mitglieder des KKK reisten mit einem Auto voller Waffen an und erschossen fünf der Protestierenden. In dem anschließenden Gerichtsverfahren wurden die Täter in mehreren Instanzen freigesprochen. Sowohl die Richter wie auch die Jury teilten den Antikommunismus der Angeklagten und sahen diese hauptsächlich als Patrioten. Die Schüsse seien Notwehr gewesen – obwohl es zuvor keine Schüsse auf die Klan-Mitglieder gegeben hatte. Greensboro wurde damit zum Fanal für die „White-Power"-Bewegung. Auf rechten Demonstrationen in Detroit wurden Schilder mit: „Smash Communisms. Greensboro AGAIN!" getragen. „White-Power"-AktivistInnen konnten sich durch das Urteil bestärkt fühlen, auch zukünftig gegen kommunistische Demonstranten mit Waffengewalt vorzugehen, da ein rassistischer und antikommunistischer Grundkonsens der weißen Bevölkerung besonders im Süden der USA die Täter dieser Gewalttaten vor Strafverfolgung schützte.

Terrorismus und Revolution

1978 veröffentlichte William L. Pierce das Buch „The Turner Diaries" – bis heute die Bibel eines in Zellen organisierten Rechtsterrorismus. Auch Timothy McVeigh, der Attentäter von Oklahoma 1995, war so von diesem Werk begeistert, dass er Kopien davon herstellte und bei passenden Gelegenheiten verteilte. Selbst der NSU in Deutschland handelte so, als habe er die Turner-Diaries gelesen und 1:1 in die Praxis umgesetzt. Die Wirkmächtigkeit der Turner Diaries ist nach wie vor stark: Im November 2020 wurde in den USA ein Mann festgenommen, der die „Turner Diaries" zitierte und androhte, linke Demonstranten zu ermorden und ein Gebäude des FBIs zu sprengen. Auch in Chats der „Proud Boys" im gleichen Monat wurden die „Turner Diaries" zitiert und ein „Day of the Rope" angekündigt, eine Mordfantasie gegenüber Antifaschist_innen. Kernelement der „Turner-Diaries": Unabhängige rassistische Terrorzellen bekämpfen den Staat für die Vorherrschaft der „weißen Rasse". Diese Zellen werden nicht durch feste Strukturen zusammengehalten, sondern durch ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Ideologie, ohne dass sich die Zellen untereinander direkt kennen oder absprechen. Dadurch werden die rechten Terror-Zellen von außen nicht als ein zusammenhängendes Ganzes erkennbar und staatliche Repression kann diese schwerer treffen. Eine neue Phase nach dem Vorbild der „Turner-Diaries" begann ab 1983: die Phase des bewaffneten terroristischen Kampfes durch „White Power"-AktivistInnen gegen den Staat. Anders als bei früheren rassistischen Bewegungen in den USA wie z.B. dem KKK, war es nun nicht mehr das Ziel, sich z.B. für die Rassentrennung innerhalb des bestehenden politischen Rahmens einzusetzen. Stattdessen traf eine apokalyptische christliche Endzeitstimmung auf rassistische Fantasien und die Überzeugung, ZOG („Zionist Occupational Government") bzw. „New World Order" würden daran arbeiten, die weiße Rasse zu vernichten und nur ein rücksichtsloser Kampf dagegen könne noch helfen. Die Zeit für Kompromisse sei vorbei, es sei jetzt die Zeit des Schwertes, schrieb Louis Beam, langjährige Führungsfigur der „White-Power"-Bewegung und des texanischen KKK, und propagierte den „leaderless resistance". Als Höhepunkt dieser Entwicklung gilt ein Treffen hunderter „White Power"-Protagonisten auf dem Grundstück der „Aryan Nations", eine der zentralen christlich-rassistischen Gruppierungen in den 1970er und 1980er Jahren in Hayden Lake, Idaho im Jahr 1983. Das Grundstück der „Aryan Nations" war als Kirche angemeldet und seit den 1970er Jahren ein wichtiger Knotenpunkt der Bewegung. Auf diesem Kongress wurde der Krieg gegen den Staat und ein revolutionärer Rassekrieg erklärt, der von vielen Teilnehmern dann in die Tat umgesetzt wurde. Bekannteste Gruppe dieser neuen Strategie: „The Order". Ab 1983 überfiel diese Gruppe zur Finanzierung Banken und Geldtransporter, fälschte Geldscheine, legte Feindeslisten an, lieferte sich Schusswechsel mit der Polizei und ermordete den jüdischen Radiomoderator Alan Berg (Vgl. AIB 105). Ihr Ziel: Befreiung von der „Herrschaft der Juden" und Sieg der „arischen Rasse". Eine weitere Neuerung, die aus dem Treffen in Hayden Lake hervorging, war die starke Schaffung und Nutzung von Computer-Netzwerken. Die „White Power"-Organisationen waren damit early adopter



Linke Seite: 1915 feiert der Film „The Birth of a Nation" – ein erster Blockbuster – den „Ku-Klux-Klan".
Oben: 1927 wurde der Vater des Ex-Präsidenten der USA, Frederick Trump, bei einer KKK-Kundgebung in Queens verhaftet.

Ein Bagger gräbt am 23. Mai 2001 eine verfallene Kochhütte auf dem Gelände der Aryan Nations in der Nähe des Hayden Lake aus.



Foto Screenshot Idaho Statesman

dieser neuen Technologie. Schon im Frühling 1984 erschuf Louis Beam das „Aryan Nations Liberty Net". Ein Jahr später gründete Tom Metzger, Grand Wizard des KKK, die Plattform „White Aryan Resistance" (W.A.R.) mit 300 bit Modems und einem C64. Diese frühen Netzwerke unterstützten die zentrale Leitidee des „leaderless resistance": Unabhängige Zellen konnten miteinander in Verbindung treten, Propaganda teilen und sich koordinieren - und blieben gleichzeitig anonym. Auch „The Order" unterstützte mit einem Teil des geraubten Geldes das „Liberty Net".

Separatisten

Innerhalb der USA versuchten Teile der „White Power"-Bewegung ein eigenes territoriales Gebilde im Nord-Westen der USA zu erschaffen, in dem nur Weiße leben sollten. Nicht zufällig war auch das Hauptquartier der „Aryan Nations" direkt in diesem Territorium gelegen. Die Staaten Idaho, Washington, Oregon und Western Montana sollten zu dieser „White Aryan Republic" gehören. Auch David Lane, Mitglied von „The Order" und Urheber der bis heute in der Neonaziszene weltweit zitierten „Fourteen Words", unterstützte die Idee der Schaffung eines rein weißen Staates auf einer Fläche von 10 Prozent der USA. Das Gebiet wurde gewählt, weil dort vergleichsweise wenig Schwarze und Menschen aus Lateinamerika lebten, es am weitesten weg von Washington lag und durch eine sehr spärliche Besiedlung bei den weißen Separatisten die Fantasie weckte, dort weitgehend ungestört von staatlichen Eingriffen nach eigenen Gesetzen leben zu können. In den 1970er und 1980er Jahren zogen zahlreiche „White Power"-AktivistInnen mit ihren Familien in die Region. Zwischen den Jahren 1980 und 1984 stieg die Hass-Kriminalität allein in Idaho um mehr als 500 Prozent- ein deutliches Zeichen für die zunehmende Präsenz von „White Power"-Strukturen vor Ort und dem Einfluss der „Aryan Nations".

Ruby Ridge und Waco

Besonders zwei Ereignisse sind bis heute in das Gedächtnis von „White-Power"-AktivistInnen in den USA eingebrannt: In Ruby Ridge, ebenfalls in Idaho gelegen und ca. zwei Stunden Autofahrt von Hayden Lake entfernt, stürmten 1992 schwer bewaffnete Polizei-Spezialeinheiten nach tagelanger Belagerung ein kleines Anwesen in den Bergen, wo sich Mitglieder der Familie Weaver verschanzt hatten. Vicki Weaver, Frau des vom FBI wegen angeblichem illegalen Waffenhandel gesuchten Randy Weaver, starb durch den Schuss eines Scharfschützen, während sie ihr zehn Monate altes Kind auf dem Arm trug. Die Weavers waren Anhänger der White Power Bewegung und 1983 in der Hoffnung auf die Schaffung eines rein weißen Siedlungsraums nach Idaho gezogen. Mindestens dreimal nahmen die Waevers an „Aryan Nations"-Kongressen teil. Während der Belagerung und Erstürmung des Geländes durch das FBI und ATF (Bureau of Alcohol, Tobacco, Firearms and Explosives) wurden die Weavers durch mehr als 300 Nachbarn und White-Power-AnhängerInnen unterstützt. Diese protestierten außerhalb des Belagerungsringes und versuchten Waffen auf den Berg einzuschmuggeln. Ein Jahr später kam es zu einem vergleichbaren Ereignis: In Waco, Texas, belagerten Bundespolizisten das festungsartig ausgebaute Anwesen der christlichen Sekte „Branch Davidians" und stürmten dieses schließlich mit der Unterstützung von Panzern. 82 Mitglieder der Religionsgemeinschaft starben durch Schüsse und einen ausgelösten Brand, darunter Schwangere und Kinder. Das äußerst brutale Vorgehen des Staates mit militärisch vorrückenden Polizeieinheiten war nichts Neues in den USA. Neu war, dass diese Einheiten nicht mehr nur, wie sonst üblich, in schwarzen Siedlungen eingesetzt wurden, sondern auch gegen weiße. Für die „White Power"-Bewegung waren dies Beweise, dass der Staat einen Krieg gegen die weiße Bevölkerung führte. Auch wenn die Sektenmitglieder von Waco nicht der „White-Power"-Bewegung angehörten, wurden doch beide Ereignisse als biblisches Martyrium von Mitgliedern der weißen Rasse gegen eine übermächtige Armee der „New World Order" gesehen. Wenn Ruby Ridge und Waco möglich waren, war auch jeder andere weiße Patriot in den USA in Gefahr, seine Waffen, sein Haus und sein Leben zu verlieren.



Foto Wikipedia/Defenseimagery.mil

Das Oklahoma Attentat 1995



David Lane von „The Order" und Urheber der in der Neonaziszene weltweit zitierten „Fourteen Words", unterstützte die Idee der Schaffung einer „Aryan Republic" auf .iner Fläche von 10 Prozent der USA.

Oklahoma City

Exakt am zweiten Jahrestag von Waco, am 19. April 1995, übte Timothy Mc Veigh durch eine Autobombe auf das Alfred P. Murrah Regierungsgebäude Rache für Waco. 168 Menschen starben, darunter 19 Kinder des Kindergartens, 500 Menschen wurden verwundet. Der Anschlag folgte fast exakt den Turner Diaries: Auch dort wird mithilfe einer Autobombe das FBI Hauptquartier in Washington DC zerstört. Auch die Uhrzeit der Tat in Oklahoma-City, 9:02, ist fast exakt die Uhrzeit, die in den Turner Diaries genannt wird. Beim Anschlag trug McVeigh ein T-Shirt mit der Aufschrift: „The tree of liberty must be refreshed from time to time with the blood of patriots and tyrants". Eine Parole, die nach Ruby Ridge innerhalb der „White-Power"-Bewegung benutzt wurde. McVeigh wurde bei seinem Gerichtsprozess als Einzeltäter zum Tode verurteilt. Doch er war kein Einzeltäter. Er handelte nach dem Zellenmuster, dass seit den 1980er Jahren in der US-Terrorszene üblich war und hatte ein breites Netz von Helfern, die ihn bei den Vorbereitungen unterstützten: Er war zuvor Mitglied der „Knights of the KKK" (KKKK), stahl mit Mitgliedern einer Miliz Waffen von Militärbasen und verübte Überfälle um Geld zu beschaffen. In Elohim City, einer christlich-rassistisch-separatistischen Siedlung mit ca. 75 Personen, trainierten die Bewohner regelmäßig mit Militärwaffen, Antipersonenminen und Sprengstoff. Elohim hatte eine lange Vorgeschichte als sicherer Hafen von Neonazi-Terroristen auf der Flucht. Schon Mitglieder von „The Order" und der „Aryan Republican Army" hatten sich dort versteckt. Der Leiter der paramilitärischen Verteidigungseinheit von Elohim war der Deutsche Andreas Straßmeir - Sohn des Personalchefs Günter Straßmeier von Bundeskanzler Helmut Kohl. Wenige Wochen vor dem Anschlag telefonierte McVeigh mit Elohim City. Straßmeir kannte er von gemeinsamen Besuchen von Waffenmessen. Eine große Gruppe von Personen und festen Strukturen aus der „White-Power"-Bewegung hatte so von dem bevorstehenden Anschlag gewusst und diesen aktiv unterstützt. McVeigh wollte eine Botschaft an die „New World Order" aussenden: Dass es noch weiße amerikanische Männer gab, die fähig waren Krieg gegen den Staat zu führen. Der Anschlag elektrisierte die „White Power"-Szene: Zahlreiche Nachahmungstaten wurden in den nächsten Monaten geplant, darunter Anschläge auf FBI-Gebäude, Abtreibungskliniken oder das Büro der „Anti Defamation League". Die meisten konnten vorher verhindert werden. Ruby Ridge und Waco sind bis heute wichtiger Orientierungsrahmen für White Supremacisten und rechte Milizen geblieben. Noch 2016 unterstützte die rechte bewaffnete Miliz „Three Percenters" die Besetzung eines Gebäudes in dem Naturschutzgebiet Malheur National Wildlife Refuge in Oregon. Die Begründung: man wolle ein zweites Waco verhindern.

Keine Randerscheinung

Schätzungen gehen von ca. 25.000 „White Power"-Aktivisten in den 1980er Jahren aus, bis zu 175.000 besuchten gemeinsame Veranstaltungen und können als Sympathisanten gelten. Um die 450.000 lasen „White Power"-Literatur. In den neunziger Jahren wird von ca. 50.000 Mitgliedern von bewaffneten staatsfeindlichen Milizen ausgegangen und ca. 5 Millionen Amerikaner sahen sich selbst als Teil einer „Patriotischen Bewegung" - was eine höhere Mobilisierungsfähigkeit bedeutet, als der KKK in seiner Hochphase in den 1920er Jahren hatte. Bis in die jüngste Vergangenheit reißen mörderische Anschläge durch Anhänger von „White Power" in den USA nicht ab: 2012 wurden sechs Personen der Sikh-Minderheit in Wisconsin erschossen, 2015 neun schwarze Gläubige in South Carolina. 2018 starben bei einem Attentat auf eine Synagoge in Pittsburg elf Menschen, 2019 23 Menschen in einem Supermarkt in El Paso - die meisten davon aus Lateinamerika. Alle Täter dieser Anschläge waren Anhänger der „White Power"-Ideologie und mit diversen „White Power"-Organisationen in Verbindung. Dieser kurze Überblick über die „White Power"-Bewegung in den USA macht deutlich, dass es sich nicht um lose verbundene Einzeltäter handelt, sondern um eine soziale Bewegung mit tiefen gesellschaftlichen Wurzeln. Ein gemeinsames ideologisches Band, feste Infrastrukturen und Einzelpersonen, die über Jahrzehnte hinweg aktiv sind, haben diese Bewegung in den letzten Jahren fest zusammengehalten und immer wieder erneuert. Neu hinzugekommen ist eine Verschmelzung mit dem breiten Netz von bewaffneten und staatsfeindlichen Milizen der USA. So kündigte im November 2020 die mit mehreren zehntausend bewaffneten Mitgliedern größte rechte Miliz „The Oath Keepers" an, den neu gewählten Präsidenten der USA, Joe Biden, nicht zu akzeptieren. In Chats der „Oath Keepers" wurden Morde an Journalisten vor laufenden Kameras empfohlen. Wenn sich in den 1980er Jahren eine „White Power"-Terrorszene unter dem republikanischen Präsidenten Ronald Reagan entwickeln konnte, kann man sich vorstellen, wie ungleich brutaler und breiter diese in den nächsten vier Jahren gegen den demokratischen Präsidenten Joe Biden und die Vizepräsidentin Kamala Harris vorgehen wird. Mit zahlreichen bewaffneten Angriffen auf staatliche Institutionen und Repräsentanten ist zu rechnen. •

Literatur:
Kathleen Belew: Bring the war home. The White Power Movement and paramilitary America. 2018.

1 Als „White Power"-Bewegung werden hier alle Bewegungen der USA subsumiert, die für eine Vorherrschaft und Überlegenheit der weißen „Rasse" eintreten. Im Detail unterscheiden sich die Strömungen (KKK, rechte Milizen, Neonazis, Selbstverwalter etc.) beträchtlich, aber Rassismus, Frauenfeindlichkeit, Antikommunismus, Ablehnung von Demokratie und Befürwortung von Gewalt ist, trotz ideologischer Differenzen, das einigende Band.

TITEL

Spencer Sunshine hat zusammen mit der Gruppe PopMob aus Portland die Broschüre „40 Ways to Fight Fascists" veröffentlicht. Über die Beweggründe und ihre antifaschistische Arbeit vor Ort haben wir mit beiden gesprochen.

„Alltags-Antifaschismus"

INTERVIEW MIT SPENCER SUNSHINE UND POBMOB

Wofür steht PopMob?
POPMOB: PopMob steht für Popular Mobilization. Unser Name unterstreicht den Bedarf nach einer breiten und umfassenden Bewegung, um der einzigartigen Bedrohung durch den Faschismus zu begegnen. Wir vertrauen dabei zutiefst auf den Ansatz eines „Alltags-Antifaschismus" in unserer Organisierungsarbeit. Alle sollten stolz darauf sein, sich gegen den Faschismus zu erheben und eines unserer Ziele ist es diese Arbeit so vielen Menschen wie möglich zugänglich zu machen.

Was hat dich dazu motiviert die Broschüre zu machen?
SPENCER: Die Originalversion wurde von der antirassistischen NGO SURJ (Showing Up for Racial Justice) veröffentlicht. Sie erschien 2018 zum ersten Jahrestag der (neo)faschistischen „Unite the Right" Demonstration, die damit endete, dass ein Neonazi mit dem Auto die Antifaschistin Heather Heyer tötete und über 30 weitere Menschen verletzte. Die erste Broschüre hieß „40 Ways to Fight Nazis: Forty Community-Based Actions You Can Take to Resist White Nationalist Organizing". Sie wurde insgesamt gut aufgenommen, hatte aber eine begrenzte Reichweite. 2019 wollte ich eine überarbeitete Version machen und setzte mich mit PopMob in Verbindung, weil ich hörte, dass sie immer noch die Originalversion vertrieben. Da ich in Brooklyn lebe, wurde es ein überregionales Projekt. Wir überarbeiten den Text, ergänzten PopMobs Erfahrungen und bessere Witze, als die mit denen ich ankam. Es gab außerdem ein neues Design und einen neuen Titel.

Wie wird die Broschüre aufgenommen? Werden die Empfehlungen der Broschüre in der politischen Praxis umgesetzt?
SPENCER: Die Resonanz war viel, viel größer als wir erwartet haben. Die Onlineversion wurde bereits zehntausende Male angesehen und wir sind schon fast 4000 gedruckte Broschüren losgeworden. Zusätzlich zur deutschen Ausgabe ist noch eine französische Übersetzung und eine eigene Version für Kanada geplant. Vielee Anfragen, die wir für die Druckversion bekommen, sind von Menschen aus Kleinstädten und eher rechts-geprägten Regionen. Einige wissen, dass sie nicht viel Erfahrung mit „Organizing" haben, aber sie merken, dass jetzt die Zeit zum Handeln gekommen ist.

Wir hoffen natürlich, dass Menschen die Aktionen umsetzen! Über dreiviertel der Taktiken habe ich das eine oder andere mal ausprobiert und der Rest sind Beispiele, die ich bei RASH-Gruppen (Red and Anarchist Skinheads) und den heutigen Antifa-Gruppen aus Deutschland beobachtet habe – und natürlich in verschiedenen Dekaden antifaschistischer Organisierung in den USA von verschiedensten Gruppen. PoMob hat auch Aktionen hinzugefügt, die sie umgesetzt haben. Diese 40 Dinge sind also alle sehr konkrete Aktionen die durchgeführt und erprobt sind und wir hoffen, die Leute setzen sie um.

Warum ist Portland so ein politischer Hotspot geworden? Was hat euch zu der Broschüre motiviert?
POPMOB: In Portland treffen ein paar krasse Widersprüche aufeinander. Während es als progressive und fortschrittliche Bastion angesehen wird, hat es eine zutiefst rassistische Geschichte. Walidah Imarisha hat das in einem kritischen Vortrag mit dem Titel „ Why Aren't There More Black People in Oregon" (Warum es nicht mehr schwarze Menschen in Oregon gibt) dargestellt. Weiße Rassisten haben lange versucht ein „weißes Utopia" im pazifischen Nordwesten aufzubauen. Portland ist aber auch bekannt für seinen engagierten Protest und „Community Organizing". Diese überwältigend linke Organisierungsarbeit hat die Rechten, die diese Region kontrollieren wollen, vor eine klare Herausforderung gestellt. Wir werden White-Supremacists und Faschisten in unseren Communities nicht tolerieren und darum stehen wir im Fokus der rechten Wut.

SPENCER: Nach Charlottesville war ich sehr frustriert über den Grad der Organisierung, um dem Aufkommen von rechten und faschistischen Gruppen in den USA etwas entgegenzusetzen. Die Antifa-Organisierung war zwar in vollem Gange, aber aus verschiedenen Gründen wollten viele Menschen außerhalb von anarchistischen und linksradikalen Zirkeln nicht mit Leuten zusammenarbeiten, die den Begriff verwendeten. NGOs und ähnlich aktivistische Gruppen unternahmen aber auch keine Versuche, Mobilisierung und Organisierung gegen Neonazis und gewalttätige extrem rechte Gruppen wie die „Proud Boys" voranzutreiben. Die Broschüre war ursprünglich ein Versuch genau so ein Engagement zu fördern.

Was versteht ihr konkret unter „Commu-



nity Aktivist" und „Community Organizing" in den USA? Könnt ihr so eine organisierte Nachbarschaft beschreiben?
SPENCER: Allgemein meint „Community Organizing" eine offene und öffentliche Art der Organisierung, die über einzelne Events (wie eine Demonstration) hinausgeht und mehr Menschen einbezieht als nur die, die einem ideologisch nahestehen. Es bedeutet auch, Menschen zu Problemen und Angelegenheiten, die sie direkt betreffen, zu organisieren. Die „Community" kann dabei ein bestimmter geographischer Raum sein (wie eine Nachbarschaft oder eine Stadt), aber es kann auch eine weiter gefasste Community sein, wie spezifische religiöse Gruppen und identitätsbasierte oder kulturelle Milieus.

Die grundlegende Idee der Broschüre war es, Menschen, die nicht unbedingt Erfahrungen mit der Gründung oder Teilnahme an aktivistischen Gruppen haben zu zeigen, wie sie eine eigene Gruppe mit Anderen in ihrer Community aufbauen können. Es ist aber auch ein Guide für Menschen, die schon Erfahrung mit anderen Themen haben, weil diese Arbeit sehr verschieden zu anderem radikalen „Organizing" sein kann. Zu guter Letzt erinnern sich auch erfahrene Antifa- und Antira-Aktivist_innen nicht immer an alle Taktiken und Mittel, die ihnen zur Verfügung stehen – eine Auffrischung schadet nie.

Was sind die politschen Erfolge von dieser Praxis?
SPENCER und POPMOB: Die Taktiken wurden jahrelang angewandt. Ein paar Beispiele, was mit ihnen erreicht wurde, sind: Neofaschisten wurden bekannt und verloren ihre Jobs, wurden aus ihren Wohnungen geworfen und in unseren Communities geouted und ausgeschlossen. Wir haben auch schon gesehen wie weiße Rassisten unehrenhaft aus dem Militär entlassen wurden oder wie zivilrechtliche Prozesse Einzelne und Gruppen ruiniert haben; und wie Institutionen öffentlich ihre hasserfüllten Ideologien verurteilten. Ihren Hass, ihre Bigotterie und Gewalt öffentlich bloßzustellen – und der entschlossene Widerstand gegen ihre Organisierungsbemühungen – hat uns sicherer gemacht und gleichzeitig ihre Bewegung behindert.

Was sind die nächsten Ziele eurer Zusammenarbeit?
SPENCER und POPMOB: Wir werden die Broschüre weiter in den Vereinigten Staaten verbreiten und sind gespannt auf die neuen Übersetzungen. Wir arbeiten daran, Partnerschaften im ganzen Land und über den Globus aufzubauen. Die Darstellung dieser grundlegenden Taktiken hat sowohl bei den Menschen, die täglich kämpfen, als auch bei denen, die nach Wegen suchen sich zum ersten Mal zu engagieren, Anklang gefunden. Wir wollen, dass diese Art von Bildungsmaterial als nützliches Modell dient, sich auf verschiedenste Weisen und verbindlich für eine Welt ohne Faschismus einzusetzen. •

NS-SZENE

Die NSU-Helfer_innen aus Sachsen

Keine Haft und keine Anklagen

NSU-WATCH SACHSEN

Das Ende des ersten, und nach allem was wir bis heute wissen, auch des letzten NSU-Prozesses im Juli 2018, dürfte in den Kreisen des sächsischen NSU-Unterstützungsnetzwerks mit Wohlwollen aufgenommen worden sein. Der langjährige NSU-Unterstützer André Eminger verließ das Gericht auf freiem Fuß. Die Verkündung des Strafmaßes, eine zweieinhalbjährige Haftstrafe wegen Unterstützung eine terroristischen Vereinigung, wurde von anwesenden Neonazis lautstark beklatscht. Das Urteil hat, auch wenn es noch nicht rechtskräftig ist, eines klar gemacht: Die Strukturen und Personen, die das Untertauchen des Kerntrios in Chemnitz und Zwickau für mehr als ein Jahrzehnt möglich gemacht haben, brauchen juristische Verfolgung nicht zu fürchten. Dabei war dieses Umfeld auf unterschiedliche Art und Weise involviert, als die Grundlagen für eine rechtsterroristische Kampagne mit Rohrbombenanschlägen, einer bundesweiten rassistischen und rechten Mordserie sowie zahlreichen Raubüberfällen gelegt wurden. Aber Verjährungen, fehlende Beweise, unzureichende Ermittlungen und fehlender Ermittlungswille spielen dem Unterstützungsnetzwerk in die Karten.

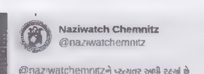
André Eminger ist dafür sicher ein Paradebeispiel. Schon während des Prozesses führte er seine neonazistischen Aktivitäten ungeniert weiter. 2015 besuchte er mit mehreren Begleitern eine Demonstration des Münchner Pegida-Ablegers „Bagida"[1]. Im Sommer 2017 war er Gast des Neonazi-Großevents „Rock gegen Überfremdung" in Themar. Mit 6.000 Teilnehmenden war das einer der bedeutendsten Szenezusammenkünfte der vergangenen Jahre. Auch auf Kampfsportveranstaltungen des rechtsoffenen Shuri Gym Zwickau war Eminger wiederholt Gast[2]. So verfolgte er etwa einen Kampf von Thore Probst, dessen Eltern Michael und Antje Probst prominente Mitglieder der sächsischen „Blood & Honour"-Division waren[3]. Aber auch überschaubare, öffentliche Veranstaltungen scheut Eminger nicht: Anfang September 2017 nahm er an einem Aufmarsch des „Der III. Weg" in Zwickau teil[4]. Die Neonazi-Kleinstpartei mobilisierte etwa 100 Teilnehmende unter dem Motto „Kriminelle Ausländer raus – Heimat schützen"[5] und zog durch das örtliche Plattenbaugebiet Neuplanitz. Es sind klare Botschaften, die Eminger damit sendet: Mir kann niemand etwas.

Das zeigt sich auch im Mai 2016: Eminger hat einen 18-jährigen Jugendlichen in ein Parkhaus bestellt. Vorausgegangen war eine Auseinandersetzung: Der 14-jährige Sohn Emingers soll den 18-Jährigen beschimpft haben. Der ließ sich das nicht gefallen und schubste Emingers Sohn geschubst. Später sei er informiert worden, dass dessen Vater ihn sprechen wolle. An Worten war Eminger aber nicht interessiert. Er schlägt und tritt sofort auf den Jugendlichen ein, bedroht ihn mit dem Tod. Der 18-Jährige muss anschließend ambulant im Krankenhaus behandelt werden. Die Staatsanwaltschaft erlässt einen Strafbefehl, Eminger geht in Widerspruch. Vor dem Amtsgericht wird er im Mai 2017 zu einer Geldstrafe von 676 Euro verurteilt, auch dagegen legt Eminger Widerspruch ein. Seitdem ruht das Verfahren. Warum? Niemand weiß es.

Gleiches gilt für die Helfer:innen des NSU. Nach wie vor läuft ein Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft gegen neun Personen aus dem Unterstützungskreis. Passiert ist dort aber schon lange nichts mehr[6], eine Anklage nahezu ausgeschlossen. Das Verfahren fokussiert sich auf insgesamt neun Personen, die verschiedener Unterstützungshandlungen verdächtigt werden. Acht von ihnen sind aus Sachsen, eine Person aus Thüringen: Max-Florian Burkhardt, Matthias Dienelt, Susann Eminger, Mandy Struck, Thomas Starke, Jan Botho Werner, Pierre Jahn und Hermann Schneider, sowie André Kapke. Mehrere dieser Personen geben an, dass sie sich von der Neonazi-Szene distanziert haben bzw. ausgestiegen sind. Solche Aussagen sind immer mit Vorsicht zu genießen. Oft steht das Interesse im Vordergrund, die eigene Rolle im Hinblick auf laufende Ermittlungen und die interessierte Öffentlichkeit klein zu reden.

So behauptet etwa Mandy Struck wiederholt, sie habe sich ca. 2005 von der Szene gelöst. Bekannt ist bereits, dass sie dennoch bis 2011 Mitglied der mittlerweile verbotenen neonazistischen „Hilfgemeinschaft für nationale politische Gefangene" (HNG) war. Und auch Jahre später tauchte der Name Mandy Struck in neonazistischen Zusammenhängen auf – und zwar in den Registerunterlagen des 2017 gegründeten erzgebirgischen Vereins „Unsere Heimat – Unsere Zukunft" (UHUZ)[7]. Eine Mandy Struck hat sich dort in eine Anwesenheitsliste zu einer Vereinsversammlung eingetragen. Geführt wird der Verein von Maik Arnold, Mitglied der seit 2014 verbotenen





Naziwatch Chemnitz
@naziwatchemnitz

Nachgereicht:
6/11 Gunter Fiedler (Mitte), ehemals Teil von "Chemnitz Concerts 88" sowie Blood & Honour Sachsen, war #NSU-Unterstützer. Er organisierte dem Kerntrio nach dem Untertauchen eine Wohnung in #Chemnitz und lieh Böhnhardt seinen Personalausweis. 📷 @moenchtim

10.36 AM 10 ..., 2020 · Twitter Web App

Rave New World @.. · 11 ...
@naziwatchemnitz ... @moenchtim
Was für kackfressen

Screenshot Twitter/Foto Tim Mönch

Die Fiedler Brüder unterstützten das Untertauchen des späteren NSU.

Screenshot Tag24

TAG24 Deutschland

Inhaber Armin Fiedler (43) ist enttäuscht: "Eigentlich hatte ich dem Studentenwerk angeboten, den bestehenden Vertrag um zehn Jahre zu verlängern. Ich hatte vor, mehrere Hunderttausend Euro in eine Renovierung zu investieren, dafür brauche ich natürlich einen entsprechenden Zeitrahmen."

Erst seien die Verhandlungen mit dem Studentenwerk als Vermieter gut gelaufen, meint Fiedler. "Dann ruderte die Geschäftsführerin Anja Schönherr immer mehr zurück und ließ mitteilen, dass das Studentenwerk die Kosten für die Klimaanlage und den Fußboden, was ja eigentlich Vermietersache ist, nicht übernehmen will."



Armin Fiedler (40) und seine Mitarbeiterinnen Kerstin K. Cornelia Miethling (48) und Sabine Einbock (37) bedaue

„Nationalen Sozialisten Chemnitz" und mittlerweile Stützpunktleiter des „Der III. Weg". 2014 wurde bei ihm ein Exemplar der „NSU/NSDAP-CD" sichergestellt[8].

Neue Erkenntnisse liegen seit 2019 auch zu Susann Eminger vor, die mit ihrem Mann André Eminger und fünf Kindern mittlerweile in Wilkau-Haßlau unweit von Zwickau wohnt. Sie hat – wie ihr Lebensgefährte – aus ihrer Weltanschauung nie einen Hehl gemacht. Im Prozess stritt sie erfolgreich darum, als Beistand neben ihrem Mann Platz nehmen zu können. Auf die Anklagebank gehört sie aber aus anderen Gründen: Schwer belastet wird sie durch die Ermittlungen zum ersten Rohrbombenanschlag des NSU im Juni 1999. Beim Aufräumen nach der Eröffnungsfeier der Pilsbar „Sonnenschein" detonierte ein als Taschenlampe getarnter Sprengsatz. Der junge Besitzer Mehmet O. wird schwer verletzt. Erst 2013 kann der Anschlag dem NSU zugeordnet werden. Die Ermittlungen werden neu aufgerollt. Mehmet O. werden Lichtbilder von 115 Personen aus dem NSU-Komplex vorgelegt. Dabei erkennt er Susann Eminger wieder: „Ich habe sie irgendwo gesehen, von irgendwoher kenne ich die. (...) Vielleicht war sie in meinem Laden drinnen."[9] Die Tat selbst wurde im NSU-Prozess aus „prozessökonomischen Gründen" außen vor gelassen. Wie der spätere Tatort ausgekundschaftet wurde, ist bis heute offen.

Der offenkundige Unwille das Helfer_innen-Netzwerk juristisch zur Verantwortung zu ziehen, spiegelt sich im Verhalten damaliger Akteure wieder. Sie wiegen sich in Sicherheit und signalisieren mal mehr, mal weniger subtil Sympathie mit dem NSU. Lars Franke, in den 1990ern Mitglied der „Skinheads Chemnitz 88", heute Stadtrat für die AfD in Chemnitz, forderte Ende letzten Jahres im Kulturausschuss der Stadt „mehr rechte Kultur". Als Beispiel, so erklärte Franke ungeniert weiter, könne der Jugendclub „Piccolo" gelten. Der war in den 1990ern zentraler Anlaufpunkt der Neonaziszene, die Club-Durchwahl fand sich auf der bekannten Telefonliste von Uwe Mundlos.

Andere NSU-Helfer:innen reüssieren als seriöse Unternehmer. Armin Fiedler betreibt heute eine Pizzeria[10] und mehrere Edeka-Märkte[11] in Sachsen[12]. 1998 chauffierte er zusammen mit seinem Bruder Gunter Fiedler das NSU-Kerntrio Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe zum ersten Unterschlupf. Im Dezember 1998 erbeuteten drei Täter ausgerechnet in einem Edeka-Markt etwa 30.000 DM – es war der erste bekannte NSU-Überfall. Fiedler jedenfalls dürfte sich bei Edeka ausgekannt haben: Er arbeitete damals bereits für verschiedenen Filialen des Unternehmens. Als Zeuge im NSU-Prozess trug er nicht zur Aufklärung bei, sondern glänzte mit großen Erinnerungslücken. Die Bande zu den angeklagten Kameraden, sie hält offenbar nach wie vor. Und zu wenige stört das. •

1 https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2015/01/15/nsu-angeklagter-marschierte-bei-bagida-mit_18265 **2** https://runtervondermatte.noblogs.org/das-extrem-rechte-kampfsportturnier-tiwaz-kampf-der-freien-maenner/#kaempfer-sachsen **3** Sie vertrieben im „Sonnentanz" in Aue Neonazi-Bedarf. In ihrem Laden absolvierte die V-Person Carsten „Piatto" Szczepanski ein Praktikum. **4** https //krautreporter.de/2170-der-nsu-lebt-weiter **5** https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900137.pdf **6** https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/071/1907165.pdf **7** https://kleineanfragen.de/sachsen/6/9556-aktivitaeten-des-vereins-unsere-heimat-unsere-zukunft **8** www.inventati.org/leipzig/?
9 www.nordbayern.de/stories/nsu-attentat-in-nurnberg-spur-fuhrt-zu-zschapes-enger-freundin-1.7748921
10 https://pizzeria-kassberg.de/ **11** www.edeka.de/marktsuche.jsp#/?searchstring=edeka%20fiedler **12** www.tag24.de/nachrichten/edeka-verlaesst-laden-mensa-studentenwerk-kuendigung-reparaturkosten-verhandlungen chemnitz-tu-1075115

NS-SZENE

„Tag X"-Romantik aus dem Bilderbuch

„Corona-Proteste" und rechter Terror

EXIF RECHERCHE

Am 18. November 2020 ging in Berlin für extreme Rechte ein lang gehegter Traum in Erfüllung. Über Stunden stand der Neonazi-Multifunktionär Thomas Wulff in vorderer Front eines wütenden Mobs im Sprühregen eines Wasserwerfers und genoss sichtlich das Gefühl von „Volksaufstand" und „Nationaler Revolution". Rechte Hooligans und Neonazis sangen neben Masken-Verweigerern mit Herz-Schildern „Oh, wie ist das schön".

Probelauf für „Tag X"

Zu der Veranstaltung war mit „Tag X"-Rhetorik aufgerufen worden. Es hieß, jetzt ginge es um alles und man müsse sich bewaffnen. Aufrufe wie „Berlin muss brennen" und Mordphantasien gegen allerlei Feinde wurden in sozialen Netzwerken geteilt. So entstand eine Atmosphäre, in der sich RechtsterroristInnen - und alle, die gerne welche sein würden - pudelwohl fühlten.

Personen wie Jörg Scholze - Mitglied des „Nordkreuz"-Netzwerks - trieb es von Rostock nach Berlin. Auf jenen „Tag X" bereitete sich das rechte Netzwerk aus Bundeswehrsoldaten und Spezialeinsatzkräften der Polizei schon lange aktiv vor. Die Mitglieder sammelten Waffen, Sprengstoff und Munition, legten Feindeslisten an und trainierten für den „Ernstfall". Jörg Scholze ist als Oberfeldwebel viele Jahre Vorsitzender des Reservistenverbandes Fliegerhorst Laage gewesen. Auch steht Scholze mit dem Schießgelände „Baltic Shooters" in Güstrow in Verbindung, wo er Beisitzer der Prüfungskommission ist. Der Name des Inhabers des Geländes, Frank Thiel, machte erst jüngst die Runde, da Lorenz Caffier von ihm eine Waffe erwarb. Caffier, zum Zeitpunkt des Waffenkaufs Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, trat nach Bekanntgabe dieses Vorfalls zurück.

Mit Wegbegleitern des NSU

Auf den „Querdenken"-Aufmärschen finden sich auch Personen aus dem Umfeld des NSU-Netzwerkes ein. So waren am 18. November in Berlin Thomas „Ace" Gerlach und Jens Bauer inmitten der Masse im angeregten Gespräch zu beobachten. Bauer, ehemals NPD-Funktionär, ist Vorsitzender der völkischen, extrem rechten „Artgemeinschaft - Germanische Glaubensgemeinschaft". Er hatte dem NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben auf seinem Hof in Sachsen-Anhalt eine Bleibe besorgt, nachdem dieser aus der Untersuchungshaft entlassen wurde. Wohlleben besorgte den RechtsterroristInnen Gelder und die Tatwaffe, mit der der NSU bis 2011 neun Menschen erschossen hatte.

Bauers „Artgemeinschaft" versteht sich als neo-nationalsozialistische Elite und lockte schon vor seiner Zeit so manche RechtsterroristInnen an. So nahm das NSU-Kernmitglied Beate Zschäpe 1997 an einer Veranstaltung der „Artgemeinschaft" teil. Auch die Brüder Maik Eminger und André Eminger waren nachweislich 2004 und 2005 Teil der Treffen des extrem rechten Bundes. Andrè Eminger unterstützte das NSU-Trio 14 Jahre lang. Als sich am 4. November 2011 der NSU selbst enttarnte, floh er zu seinem Bruder Maik Eminger ins bandenburgische Grabow, wo er 20 Tage später verhaftet wurde. Auch Maik Eminger war am 18. November in Berlin vor Ort und fiel bereits zuvor durch seine Teilnahme an Veranstaltungen von „Querdenken" auf.

Thomas Gerlach wiederum gilt seit Jahrzehnten als politischer Weggefährte von Ralf Wohlleben. Gerlachs damalige Partnerin Mandy Struck verhalf seit 1998 u.a. Beate Zschäpe zu einer neuen Identität, als das Trio in Sachsen im Untergrund lebte. Gerlach, der seit fast zwei Jahrzehnten der militanten Neonazi-Bruderschaft „Hammerskin Nation" angehört - arbeitete außerdem jahrelang in der Baufirma des Thüringer NSU-Unterstützers André Kapke.

Weitere Personen aus dem NSU-UnterstützerInnen-Netzwerk fand man schon auf dem „Querdenken"-Aufmarsch Anfang November in Leipzig. Dort konnte etwa der Chemnitzer Neonazi Gunter Fiedler ausgemacht werden. Er organisierte dem NSU-Kerntrio eine Wohnung, nach dem dieses 1998 „untergetaucht" war und stellte später Uwe Böhnhardt seinen Personalausweis zur Verfügung, damit dieser sich einen Reisepass beantragen konnte.

Meet & Greet des Neonazi-Terrors?

Bereits an einer Veranstaltung am 1. August 2020 in Berlin nahm der verurteilte Rechtsterrorist Martin Wiese aus Mecklenburg-Vorpommern teil. Wiese erlangte 2003 internationale Bekanntheit, als er und







Alle Fotos: Pixelarchiv

Oben: Dirk Bahlmann (hinten, Glatze, schwarzes Shirt) und Martin Wiese (vorn rechts, Pommern-Shirt) Beim Querdenken-Aufmarsch am 1. August 2020 in Berlin

Mitte: Jens Bauer, Vorsitzender des „Artgemeinschafts"-Verein am 18. November 2020 in Berlin

Unten: Hammerskin Thomas Gerlach (mit Bart) am 18. November 2020 in Berlin

acht weitere Neonazis einen Sprengstoffanschlag auf die Veranstaltung zur Grundsteinlegung des Jüdischen Kulturzentrums in München planten. In Berlin bepöbelte er gemeinsam mit seinem Begleiter Dirk Bahlmann JournalistInnen. Bahlmann drohte einer Journalistin: „Ihr werdet noch abgeurteilt!". Der 52-Jährige Ex-NPDler Bahlmann soll Wiese damals Waffen für den Anschlag beschafft haben. Aktuell laufen gegen die Beiden Ermittlungen wegen Terrorverdachts: Sie sollen angekündigt haben Menschen töten zu wollen, darunter auch PolizeibeamtInnen.

Nach Berlin zog es am 18. November den Brandenburger Neonazi Maik Schneider. Dieser zündete 2015 mit weiteren Neonazis ein Auto und eine geplante Unterkunft für Geflüchtete an und sollte eigentlich derzeit eine langjährige Haftstrafe absitzen. Der Revisionsprozess steht weiterhin aus.

Bei den Großdemonstrationen von „Querdenken" waren auch etliche Neonazis der jüngeren Generation anzutreffen, die versuchen, einen möglichst militanten Habitus an den Tag zu legen. Aus Rostock reiste der Deutsch-Ukrainer Ivan Kormilitsyn am 7. November nach Leipzig. Das ehemalige AfD-Mitglied trainierte bereits in der Ukraine an Waffen. Am 21. November traten in Leipzig auch Neonazis der neonazistischen Kampfsportgruppe „Knockout 51" aus Eisenach in Erscheinung. „Knockout 51" kann auf diverse Verbindungen in die militante und auch terroristische Neonazi-Szene blicken und war schon am 29. August 2020 bei „Querdenken" in Berlin vor Ort.

Radikalisierung im Schnelldurchlauf

Viele „Querdenken" AnhängerInnen machten in nur wenigen Monaten eine Turbo-Radikalisierung durch. In den Telegram Gruppen und bei vielen Personen können in Echtzeit besorgniserregende Radikalisierungsprozesse beobachtetet werden. Bislang völlig unauffällige KleinbürgerInnen, die vor wenigen Wochen noch schüchtern die erste Demonstration ihres Lebens besuchten, agieren heute hochaggressiv gegen KritikerInnen, die es wagen, sich ihnen in den Weg zu stellen. Personen, die am Anfang der Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie noch als Posthippies mit Blumen- und Herzchen-Motiven auftraten, glauben nun, erkannt zu haben, dass die Corona-Verschwörung doch nur eine Facette einer gigantischen Verschwörung ist. Etliche von ihnen schließen sich der „QAnon"-Bewegung an und/oder mutieren zu ReichsbürgerInnen. Für viele funktioniert „Querdenken" als eine Erweckungsbewegung und die extremen Rechten haben darin freie Hand.

Mindestens drei Anschläge aus dem „Querdenken"-Spektrum sind bislang bekannt: Brandsätze auf das Robert Koch-Institut und ein Sprengsatz in Berlin-Mitte, mit der Forderung, dass die Regierung zurück treten soll, sonst würde es weitere Anschläge geben. Auch die Ölverunreinigungen im Sommer und im Herbst 2020 an Kunstwerken in Museen in Berlin, Potsdam und Paderborn tragen die Handschrift der rechten „QAnon"-VerschwörerInnen-Szene. Die betroffenen Museen sollen in ihrer kruden Logik zentrale Treffpunkte von „Satanisten und Kindermördern" sein, die sie in der Regierungsriege vermuten.

Demnach stellen derzeit nicht nur die längst bekannten RechtsterroristInnen und ihr Umfeld, die sich von „Querdenken" ermutigt fühlen, eine besondere Gefahr dar.

Zeit das Beenden zu beenden

Umso bedeutender ist es, dass am 21. November in Leipzig erstmals das Kräfteverhältnis gebrochen werden konnte. „Querdenken" war dem Gegenprotest unterlegen und die gesamte Innenstadt war, anders als am 7. November, geprägt von antifaschistischem Protest. Obwohl es von Seiten organisierter Neonazis abermals zu Übergriffen kam und die „QuerdenkerInnen" Polizeiketten durchbrachen, gelang es den Rechten nicht, den Raum zu dominieren. Der Tag war eine große Demotivation für die „Querdenken"-Bewegung, doch vollends gebrochen scheint die Dynamik noch nicht. Erneut ruft „Querdenken" zu Versammlungen auf. „Zeit, es zu beenden" ist eine Parole der Mobilisierungen in den sozialen Netzwerken. Wieder bereitet sich die Front aus WutbürgerInnen, rechten Hooligans und Neonazis auf den finalen Aufstand vor. •

NS-SZENE

Am 7. November 2020 fand in Leipzig mit mehreren zehntausend Teilnehmenden eine der größten Versammlungen der Corona-Leugner-Szene statt und wurde zum Höhepunkt der von Querdenken angestrebten „Selbstermächtigung". Zugleich offenbarte sich eine zunehmende Radikalisierung der Proteste und ein Versagen sächsischer Behörden im Umgang damit.

Selbstermächtigung, Staatsversagen und Radikalisierung

CHRONIK.LE (LEIPZIG)

Kurz nach Einführung der ersten Corona-Schutzmaßnahmen im März 2020 demonstrierten bundesweit Menschen gegen die Einschränkungen in ihrem Alltag. Auch in Leipzig protestierte eine lose Gruppe schon frühzeitig und bediente sich dabei diffuser Aktionsformen von Tanzdemos über Spaziergänge, Open-Mics und Meditationen. Trotz vielfältiger Ansätze für berechtigte Kritik, wie der Einschränkung von Grundrechten oder der ungleichen Beschränkung des öffentlichen Lebens, wurden bei diesen Veranstaltungen von Beginn an vor allem Verschwörungsideologien und Antisemitismus verbreitet. Weithin war auch bei den Protesten in Leipzig ein fehlender Mindestabstand zur extremen Rechten feststellbar: So fungierte Marko Zschörner, Inhaber des „Bushido Sportcenter Leipzig" und MMA-Trainer bekannter neonazistischer Gewalttäter[1], als Ansprechperson für die Polizei der ab April stattfindenden „Ignorance Meditations". Zusätzlich begleiteten lokale Verschwörungsideologen wie der YouTuber Hans-Joachim Müller und das Medienunternehmen NuoViso-TV die Aktionen propagandistisch und verschafften ihnen bundesweite Öffentlichkeit. Trotz verschiedener aktiver Personenzusammenhänge kristallisierte sich in Leipzig ein Ableger von „Nicht ohne Uns" als zentraler Protestakteur heraus. Die Gruppe benannte sich später in „Bewegung Leipzig"[2] um und nahm im September 2020 den Zusatz „Querdenken 341" an. Einerseits griffen die Protagonist_innen auf die schon seit Legida bekannte Strategie einer Protesttour durch das Leipziger Umland zurück, andererseits intensivierten sie ihre Kontakte ins bundesweite Querdenken-Netzwerk: Mit Nils Wehner meldete eine zentrale Person der „Bewegung Leipzig" am 29. August 2020 eine Veranstaltung in Berlin an. In Leipzig tritt er als Moderator, Redner und Anmelder in Erscheinung. Der Anwalt Ralf Ludwig, der Querdenken bundesweit in juristischen Auseinandersetzungen vertritt, kommt wiederholt als Redner nach Leipzig. Mit „Klagepaten" betreibt er darüber hinaus ein lukratives Geschäftsmodell zur Durchsetzung von Einsprüchen gegen verschiedene Corona-Maßnahmen.

#le0711: Selbstermächtigung und Staatsversagen

Nachdem bundesweite Querdenken-Proteste im Oktober in Berlin nur noch knapp 2.000 Teilnehmende mobilisierten, rechneten aufmerksame Antifaschist_innen nach Beginn des „Lockdown-Light" Anfang November für die angekündigten Proteste in Leipzig mit einer fünfstelligen Zahl an Teilnehmenden. Auch die Versammlungsbehörde schloss sich dieser Einschätzung an und beauflagte die Kundgebung daher auf die Neue Messe am Stadtrand, wo die Einhaltung von Abständen zum Infektionsschutz theoretisch möglich wäre. Hatte die Argumentation vor dem Verwaltungsgericht in Leipzig noch Bestand, so kippte das Oberverwaltungsgericht Bautzen diese Entscheidung und erlaubte eine Kundgebung auf dem zentralen Augustusplatz für 16.000 Personen. Auf ihren Ansteckern, Schildern und Transparenten verbreiteten diese vielfach antisemitische Verschwörungsideologien und Geschichtsrevisionismus. Redner auf der Bühne setzten die Corona-Gesetzgebung mit dem Ermächtigungsgesetz von 1933 gleich und verglichen Maskierungsregeln mit antisemitischen Zwangsmaßnahmen der NS-Zeit. Wie schon bei vergangenen Großveranstaltungen der Querdenker wird die Weigerung eine Maske zu tragen und Abstandsregeln zu achten zur Performance kollektiver Selbstermächtigung, der große Teile der Teilnehmenden folgen.

Seitens der Organisator_innen waren zentrale Personen der Corona-Leugner-Szene wie Nils Wehner, Stephan Bergmann, Bodo Schiffmann, Anselm Lenz und Markus Haintz vertreten. Bei den Protesten fanden sich bekannte Verschwörungsideolog_innen und rechte Medienschaffende wie Attila Hildmann, Sven Liebich, Martin Lejeune, Jürgen Elsässer, Elijah Tee und Miriam Hope ein. Auch die Mitglieder der sächsischen AfD Jörg Dornau und Albrecht Harlaß sowie der ideologische Hintermann des völkischen „Flügels" Götz Kubitzschek nahmen teil. Als die Kundgebung nach drei Stunden wegen fehlender Masken und Abstände polizeilich aufge-





Leipzig 2020: Meditation und Gewalt.
Links: Marko Zschörner
Rechts: Rechte Hooligans gegen Corona-Schutzmaßnahmen

löst wurde, begannen zugleich Versuche eine Demonstration auf dem Innenstadtring durchzusetzen. Damit versuchten die Organisator_innen und Demonstrierenden gezielt an die historischen Montagsdemonstrationen des Jahres 1989 anzuknüpfen. Der Aufruf für den 7. November lief unter dem Motto „zweite friedliche (R) Evolution“ und auch das Szenario eines „spontanen“ und unangemeldeten Marsches auf dem Ring hatte der Anmelder Nils Wehner bereits im Vorfeld gerechtfertigt. Direkten Bezug auf die 1989 durchgeführten Ringdemonstrationen nahmen letztlich auch Redner_innen wie die Kommunalpolitikerin Heike Oehlert (ehem. Freie Wähler, stellvertretende Bürgermeisterin Zwenkau) und der Pfarrer i.R. Christoph Wonneberger (ehemaliger Koordinator Friedensgebete).

Durchgesetzt wurde der Marsch schließlich durch gewalttätige Hooligans, Kampfsportler und Neonazis. Gemeinsam mit anderen Querdenkern trieben diese die wenigen Beamt_innen vor sich her und machten damit den Weg frei. Bundesweit angereiste Vertreter der extremen Rechten hatten sich schon frühzeitig auf dem Versammlungsplatz eingefunden. Ihre Anwesenheit zeigt den Stellenwert der Mobilisierung nach Leipzig: Udo Voigt, Stefan Trautmann, Patrick Wieschke (alle NPD), Paul Rzehaczek, Maik Schmidt (beide „Junge Nationalisten“), Michael Brück, Sven Skoda, Kevin Gabbe (alle „Die Rechte“), Enrico Böhm (ehem. NPD), Rick Wegner[3], Alexander Kurth (ehem.: NPD, „Die Rechte“, „Thügida“, Republikaner; jetzt: „Ungetrübt Media“), Pierre Bauer, Arno Niederländer, Tim Kühn, Yves Rahmel (ehemals Geschäftsführer „PC Records“), Chris Junghänel („Kaotic Chemnitz“) Fabian N. und Benjamin B. („Imperium Fighting Team“). Vor den teils koordinierten Angriffen, teils chaotisch wirkenden Durchbruchsversuchen zog sich die Polizei schließlich weitgehend vom Innenstadtring zurück. Im Umfeld der Demonstration kam es immer wieder zu gezielten Angriffen auf politische Gegner_innen und Journalist_innen.

#2111: Radikalisierung der Querdenker

Beflügelt von der erfolgreichen Durchsetzung der Demonstration mobilisierte eine den Reichsbürgern nahestehende Fraktion des Corona-Leugner-Spektrums zu einer Folgedemonstration am 21. November. Aufgrund von Gegenveranstaltungen wurde diese jedoch verlegt und durch Absperrungen sowie konsequente Vorkontrollen für die Teilnehmenden sichtbar unattraktiv. Doch auch nach dem Abbruch dieser Kundgebung demonstrierten Corona-Leugner "spontan" in der Leipziger Innenstadt. Neonazis griffen Gegendemonstrant_innen und Polizeikräfte an. Allein der zahlenmäßig größere Gegenprotest konnte die Demonstrationsversuche durch Blockaden stoppen. Unter den Teilnehmenden waren diesmal u.a. die verschwörungsideologischen YouTuber Nikolai Nerling sowie Martin Lejeune und Anne „Anni“ Höhne, der verurteilte Mörder Rick Wegner sowie die vormaligen Mitglieder des „Flügels“ der AfD Hans-Thomas Tillschneider und Jens Maier.

Trotz der rückläufigen Teilnehmendenzahl ist eine weitere Radikalisierung des Protestspektrums zu beobachten. Straßenkampf erprobte Neonazis finden zunehmend ihre Rolle im arbeitsteiligen Vorgehen der Querdenken-Proteste. Unterstützt werden diese neuerdings vom eindeutigen Bekenntnis Björn Höckes und seiner UnterstützerInnen in der AfD zum „Protest auf der Straße“. In der Partei offenbart diese Strategie der Fundamentalopposition mal wieder die tiefe Zerrissenheit von der Basis in die Führung. Die Querdenken-Bewegung und ihre organisatorischen Vorläufer verbreiten mit ihrer facettenreichen Leugnung der Gefahren von COVID-19 ein zutiefst regressives, insbesondere antisemitisches, geschichtsrevisionistisches und sozialdarwinistisches Weltbild. Bestehende rechte Narrative des Reichsbürger- und Selbstverwalter-Spektrums fügen sich hier ebenso bereitwillig ein, wie die Vorstellung eines bevorstehenden "Tag X". •

Die Dokumentations- und Rechercheplattform chronik.LE dokumentiert und veröffentlicht seit über 10 Jahren zu faschistischen, rassistischen und anderweitig diskriminierenden Ereignissen in Leipzig und Umland. Anfang Januar erscheint ihre neue Broschüre „Leipziger Zustände 2021“, zu beziehen über: chronikle.org

1 Im „Bushido Sportcenter“ trainieren u.a. Brian Engelmann, Jonas Fichtler und Martin Krause (beteiligt am Connewitz-Überfall 2016) sowie Johannes Herre (beteiligt am rassistischen Angriff auf einen Türsteher im Mallorca 2019). 2 Die „Bewegung Leipzig“ demonstrierte deutschlandweit mit anderen lokalen Corona-Leugnern. 3 Rick Wegner (aka Richard Houdershell) ist ein verurteilter Mörder. Seit seiner Entlassung lebt er in Deutschland und war in rechten Gruppen aktiv. Am 29. August 2020 ist er u.a. mit Chris Ares und Kai Naggert beim „Sturm“ auf die Reichstagstreppe dabei.

BRAUNZONE

„Das Kommando Spezialkräfte (KSK) stellt im gesamten Einsatz- und Intensitätsspektrum der Bundeswehr reaktionsschnell einsatzbereite Spezialkräfte für weltweite nationale und multinationale Einsätze (...) bereit", heißt es voller Stolz aus der Bundeswehr zu ihrer Spezialeinheit, die mit Millionen von Euro gefördert wurde.

Rechte Ausbilder für Bundeswehr-Spezialeinheit KSK?

Von Günzel...

Langjährige AIB-Leser_innen werden sich noch an den Fall Reinhard Günzel, Kommandeur des KSK, erinnern. Er veröffentlichte 2005 gemeinsam mit dem GSG-9-Gründer Ulrich Wegener und dem ehemaligen Wehrmachtsoffizier Wilhelm Walther das Buch „Geheime Krieger" in dem „Pour le Mérite Verlag". Dieser Verlag gehört zum Firmennetzwerk des ultrarechten Verlegers Dietmar Munier. In dem Buch wurde das KSK in eine gewisse Tradition der „Division Brandenburg", einer Spezialeinheit der Wehrmacht, gestellt. Schließlich wurde Günzel jedoch nicht deswegen, sondern aufgrund eines Unterstützerbriefes an den ultra-rechten Politiker Martin Hohmann entlassen, den er auf dienstlichem Papier verfasst hatte.

über Kaufhold...

Im April 2008 wurde bekannt, dass der KSK-Hauptmann Daniel Kaufhold das Mitglied der kritischen Soldatenvereinigung „Darmstädter Signal", Oberstleutnant Jürgen Rose, per E-Mail bedroht hatte. In dieser hieß es u.a.: „Ich beurteile sie als Feind im Inneren und werde mein Handeln daran ausrichten, diesen Feind im Schwerpunkt zu zerschlagen. Die Phase des 68er Marsches ist beendet, kehren Sie um in den Gulag der politischen Korrektheit oder in die Sümpfe des Steinzeitmarxismus, dem Sie entkrochen sind. Sie werden beobachtet, nein nicht von impotenten instrumentalisierten Diensten, sondern von Offizieren einer neuen Generation, die handeln werden, wenn es die Zeit erforderlich macht." In der Zeitung „FriedensForum" schrieb Wolfram Wette damals zu dem Fall: „Aber der Mann versteht keinen Spaß. Er meint es ernst. Sonst hätte er sich nicht unter Nennung seines vollen Namens öffentlich exponiert: Hauptmann Daniel Kaufhold, Kommando Spezialstreitkräfte (KSK) in Calw."[1] Einzige Reaktion seiner Vorgesetzten hierzu war ein einfacher Verweis. Erst über zehn Jahre später, im Februar 2019, wurde gegen den zum Oberstleutnant aufgestiegenen Kaufhold aufgrund von „rechtsextremen Beiträgen" in einer Facebook-Gruppe ein Dienst- und Uniformtrageverbot verhängt.[2] Kurz darauf folgte seine Entlassung, da ihm Verbindungen zur „Identitären Bewegung" nachgewiesen wurden.[3]

zu Andre Schmitt...

Andre Schmitt („Hannibal") war als KSK-Soldat eine Art Anführer und Namensgeber des sog. Hannibal-Netzwerkes. Er gilt als Netzwerkadministrator und Mitgründer des Vereins „Uniter e.V.", dessen Namen er sich sogar beim Patentamt sichern lassen wollte. 2017 fanden Ermittler des Bundeskriminalamtes bei ihm Patronen, Nebel- und Signalgranaten und Zünder für Handgranaten. Die Bundesanwaltschaft warf ihm die Planung von rechtsextrem motivierten Anschlägen vor. Das Oberlandesgericht Frankfurt sah hierfür jedoch keinen hinreichenden Terrorverdacht. Wegen Verstößen gegen das Waffengesetz und das Sprengstoffgesetz verhängte das Amtsgericht Böblingen im September 2019 jedoch eine Geldstrafe von 120 Tagessätzen gegen Schmitt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

zu Franco A...

Der frühere KSK-Soldat und Bundeswehroffizier Franco A. war im April 2017 ebenfalls zeitweilig in den Verdacht geraten gemeinsam mit dem Oberleutnant Maximilian T. und Mathias F. einen rechtsextrem motivierten Terroranschlag geplant zu haben.[4] Zu den „Kontaktpersonen" bzw. zu den Zeugen im Fall Franco A. zählten auch Andre Schmitt, Bernhard P. und Markus Gerd K. aus den Kreisen der KSK. Gegen sie waren Durchsuchungen geplant gewesen, um ein mögliches „Safe Haus" von Franco A. im KSK-Standort in Calw zu finden, in dem u.a. Waffen vermutet wurden. Doch die informellen Hintergrund-Netzwerke der Soldaten-Kreise könnten auch hier möglicherweise die Aufkärung behindert haben. Der Mitarbeiter des „Militärische Abschirmdienst" (MAD) und Oberstleutnant Peter W. wurde zumindest dafür angeklagt, entsprechende Informationen im Rahmen einer „Befragung" zur „Informationsgewinnung" an die „Auskunftsperson" Andre Schmitt weitergegeben zu haben. Peter W. wurde in der Sache freigesprochen.

zu Philipp Sch...

Der KSK-Soldat Philipp Sch. geriet im April 2017 im Zuge einer Abschiedsfeier der „2. KSK-Kompanie" für den Kompaniechef Oberstleutnant Pascal D. in den Fokus geheimdienstlicher Ermittlungen. Auf einer Bundeswehr-Standortschießanlage wurde u.a. RechtsRock-Musik gehört und der „Hitlergruß" gezeigt. Die Konsequenzen waren minimal. Pascal D. wurde zu einer



Foto: runtervondermatte.noblogs.org



Die Fightcard von KSK- und MMA-Kämpfer Pascal D.

Geldstrafe verurteilt, einige wenige andere erhielten Disziplinarmaßnahmen. Der MAD erhielt jedoch Anfang 2020 Hinweise darauf, dass der Oberstabsfeldwebel Philipp Sch. mehrere Waffen- und Munitionsverstecke angelegt habe. Doch das löste offenbar keine besondere Betriebsamkeit aus, erst Mitte Februar wurden die Ermittlungsbehörden in Sachsen eingeschaltet. Bis Ende März dauerte der Durchsuchungsbeschluss, welcher erst etwa zwei Monate später u.a. auf dem KSK-Standort Calw vollstreckt wurde. Bei der Razzia auf dem Grundstück von Philipp Sch. im nordsächsischen Collm wurde ein umfangreiches Waffenversteck mit mehreren Schusswaffen, zahlreicher Gewehr- und Pistolenmunition sowie hochexplosiver Sprengstoff (größtenteils) aus Bundeswehrbeständen stammend beschlagnahmt. Nazi-Literatur wie ein SS-Liederbuch belegten den politischen Hintergrund der Waffensammlung. Besonders brisant ist der Umstand, dass der an den Ermittlungen beteiligte Oberstleutnant aus der Extremismusabwehr des MAD nach der Razzia Fotos aus den Ermittlungsunterlagen an einen befreundeten KSK-Soldaten weitergab.[5] Durch den Geheimnisverrat wurden nach Stand der Ermittlungen rund zehn KSK-Mitglieder gewarnt. Zwei von ihnen galten zeitweilig als „rechtsextreme Verdachtsfälle".

Ausbildung nach rechts?

Im Juni 2020 schickte ein KSK-Hauptmann einen Brief an die Verteidigungsministerin, in dem er über „grobe Mängel beim rechtsstaatlichen Verständnis in Bezug auf Rechtsextremismus" bei der KSK-Ausbildung berichtete.[6] Während der Kommandoausbildung wurden demnach „Indizien rechtsextremer Umtriebe (...) intern zwar wahrgenommen, aber aus unterschiedlichen Motivlagen kollektiv ignoriert oder gar toleriert." Er sah gar eine „Unterwanderung und Prägung des Bereichs Ausbildung durch Kräfte des rechten Spektrums". Als „symptomatisch für die chronische Unterwanderung und Prägung im Bereich Ausbildung KSK ist dabei beispielsweise der Fall des Oberstleutnant K(...) der jahrelang als Diziplinarvorgesetzter sämtlicher Kommandoanwärter über zwei Jahre Ausbildungsdauer eine Angstkultur etablieren und Soldaten mit dem Instrument der ‚Charakterlichen Nichteignung' erziehen konnte." Da der „Disziplinarvorgesetzte" mit der „mindestens aggressiv nationalkonservativen Gesinnung" demnach in der Vergangenheit bereits einen „Drohbrief" an Jürgen Rose verfasst habe, dürfte es sich hierbei um Daniel Kaufhold gehandelt haben.Auch der angeblich zeitweilig unter „Reichsbürgerverdacht stehende Oberstabsfeldwebel" B. habe „als Referent des Personalwerbetrupps jahrelang wesentlichen Anteil an der Werbung von Personal und damit unmittelbaren Einfluss im Bereich Ausbildung" gehabt. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass „die kommunizierte Überraschung (...) fast als Heuchelei bezeichnet werden" muss, „wenn in einem Verband solches Personal bewusst und jahrelang in der zentralen Schlüsselposition für Auswahl und Erziehung aller neuer Kommandosoldaten" eingesetzt wird.

„Mauer des Schweigens"

Als Reaktion auf die extrem rechten Vorfälle beim KSK wurde unter anderem die Auflösung der „2. Kommandokompanie des KSK" beschlossen. Laut einem Bundeswehrbericht herrschte dort ein „Nährboden für extremistische Tendenzen". Doch ob sich der „betreffende Personenkreis" wirklich nur auf diese eine Kompanie „inklusive des ehemaligen Kompaniechef" eingrenzen lassen kann, erscheint fraglich. Die KSK verfügt über mehrere weitere Kompanien mit einer Sollstärke von rund 1.700 Soldatinnen, Soldaten und Zivilbeschäftigten. Auch was aus den rund 85 000 Schuss Munition und 62 Kilogramm Sprengstoff wurde, die beim KSK „verschwanden", bleibt weiter unklar. Die „Mauer des Schweigens", von der Ermittler berichteten, steht offenbar weiterhin. Wenig beruhigend erscheint da der Nebensatz aus dem Bundeswehr-Bericht: „Eine erhebliche Anzahl von Vorkommnissen im Bereich Rechtsextremismus bezieht sich auf Reservisten. Bei Reservistinnen und Reservisten, die vorübergehend Dienst in der Bundeswehr leisten, ist gegenwärtig nicht gewährleistet, dass sie überhaupt über eine Sicherheitsüberprüfung verfügen." Und auch (rechte) Elite-Soldaten dürften kaum arbeitslos werden. Ein lukrativer Markt für ausgebildete Elitesoldaten findet sich auch im kommerziellen Sektor. So sorgte die „Asgaard German Security Group" u.a. nach einer polizeilichen Durchsuchung Ende August 2020 in Hamm für Schlagzeilen. Laut dem Artikel „Discrete Interventions" der „Informationen zur Deutschen Außenpolitik" zählt ein mindestens vierjähriger regulärer Militärdienst mit einer Präferenz für Erfahrungen in einer Spezialeinheit wie dem KSK als Bewerbungs-Voraussetzung bei Asgaard. Einige Akteure der Firma sollen als rechts-offen bis rechts gelten. •

1 „FriedensForum", Ausgabe 3/2008: „Eine historische Einordnung für die Zukunft. Der Hassbrief des KSK-Hauptmanns" von Wolfram Wette) **2** spiegel.de: „Bundeswehr suspendiert Elitesoldaten" von Matthias Gebauer, 08.02.2019 **3** spiegel.de: „KSK-Hauptmann schickt Hilferuf an Kramp-Karrenbauer" von Matthias Gebauer, 12.06.2020 **4** Vgl. AIB 115 (2.2017). „Ein Bundeswehroffizier mit rechten Terrorplänen ?" **5** spiegel.de: „MAD-Fahnder gab Ermittlungsdetails an KSK-Soldaten weiter" von Maik Baumgärtner und Matthias Gebauer, 18.06.2020 **6** tagesschau.de. „Brief an Kramp-Karrenbauer. Rechtsextreme Tendenzen beim KSK?", 12.06.2020 und spiegel.de: „KSK-Hauptmann schickt Hilferuf an Kramp-Karrenbauer von Matthias Gebauer, 12.06.2020

BRAUNZONE

Noch sind es zwei Jahre bis zur angekündigten Abschaltung der sechs letzten großen Atomreaktoren in Deutschland. Doch schon seit längerem mehren sich wieder Stimmen, die eine Laufzeitverlängerung fordern: Zunächst aus der Wirtschaft, später aus den hinteren Plätzen der Werteunion und im Winter 2019 mit Laschet und Merz aus der ersten Reihe der CDU. Aktuell bemüht sich auch ein rechtsoffener Verein um mediale Aufmerksamkeit, der versucht die Debatte um eine Laufzeitverlängerung mit dem alten und nur vermeintlich zutreffenden Argument des Klimaschutzes zu verbinden.

Nuklearia e.V.: Rechtsoffene Atomlobby

ANTI-ATOM-BÜRO HAMBURG

Der Erhalt von deutschen AKWs wird seit dem Sommer 2020 durch eine medienwirksame Kampagne gefordert, hinter der maßgeblich der Verein Nuklearia e.V. steckt. Die Kampagne selbst gibt sich unabhängig, kämpft intensiv um eine Verankerung in der Klimabewegung und zeigt sich zugleich deutlich rechtsoffen. Obwohl der Verein Nuklearia schon bei den großen Klimastreik-Demonstrationen in Erscheinung getreten ist, fiel der eigentliche Startschuss der Kampagne im Juli 2020. In der Zeit erscheint unter dem Titel „Stoppt den Atomausstieg" ein prominent platzierter Gastbeitrag. Verfasst wurde der Text von Veronika Wendland und Rainer Moormann, ein für seine Warnungen vor Gefahren bestimmter Atomtechnologien preisgekrönter Whistleblower. Ausführlich treten die beiden darin für eine Laufzeitverlängerung von zehn Jahren ein, damit Deutschland seine Klimaziele und die Energieversorgung gleichermaßen sicherstellen könne. Außerdem dürfen sie per Link auf das inhaltliche Herzstück ihrer Kampagne hinweisen: Ihr Memorandum mit dem Namen „SafeGer6" (safe german 6). Wendland und Moormann behaupten in ihrem durchaus wortgewandten Beitrag, es gäbe „inzwischen viele Politiker und Wissenschaftler, vereinzelt sogar im grünen Lager, die zumindest denken würden", was sie schrieben. Beide betonen, dass sie sich selbst „im progressiven und ökologischen Spektrum" verorten. Für das Anti-Atom-Büro war die erhöhte Medienaufmerksamkeit Grund genug, einen genaueren Blick auf die mit der Kampagne auftretenden Beteiligten zu werfen.

Guck mal, wer da spricht

An prominentester Stelle ist Veronika Wendland aus dem Vorstand von Nuklearia e.V. zu nennen. Nach ihrer politischen Motivation gefragt, verweist die Technikhistorikerin auf ihre Forschung zur Geschichte der osteuropäischen Atomstädte. Über diese sei sie zu einer Dissidentin der Anti-Atom-Bewegung geworden und arbeite seither für eine „kerntechnische Re-Alphabetisierung der Deutschen", wie sie sich im Spiegel zitieren lässt. Gern gibt sie sich als Opfer eines atomkritischen Mainstream. In einem Artikel des rechtsoffenen Portals „Achse des Guten" beschreibt sie eine „Kampfzone", in der sie gegen eine gut organisierte „Erneuerbaren-Lobby" sowie „Alt-Antis und Dunkelgrüne" antrete, die längst in „Staat, Eliten und Wirtschaft angekommen seien". Sich selbst und ihr Umfeld sieht sie als „Atomstromrebellen". Auch in der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit" veröffentlichte Wendland unter dem Titel „Technik ist immer politisch" einen zum Thema passenden Artikel. In ihrer Wortwahl bedient sie sich dabei hemmungslos am Repertoire anderer meist emanzipatorischer Strömungen, wie etwa der LGBTQ-Bewegung, um sich als Unterdrückte zu stilisieren: Ihren Schwenk zu Pro-Atom-Haltungen nennt Wendland ein „Coming-out". Eine von ihr mitgetragene internationale Kampagne trägt passend dazu den Titel „Nuclear pride".

Doch Wendlands Verein Nuklearia e.V. ist als Pro-Atom-Akteur schon länger kein unbeschriebenes Blatt mehr. Der Verein ist mit seinen über 250 Mitgliedern das zivilgesellschaftliche Pendant zum Deutschen Atomforum (seit 2019 KernD), einer Lobby-Organisation der Atomindustrie. Nuklearia e.V. versteht sich als Teil der Ökomodernisten, jener Strömung in der Umweltbewegung die vor allem Umweltschutz durch Technik betreiben will und damit verspricht, dass sich an der Lebensweise in den Metropolen nichts ändern muss. Schon seit Jahren versucht Nuklearia ihre Anliegen mit kleineren Kundgebungen in die Medien zu bringen. Mehrmals versuchte der Verein bereits Anti-Atom-Veranstaltungen zu kapern, so zum Beispiel beim Abschaltfest am AKW Philippsburg Ende 2019.



Foto: Rainer Klute (CC BY 2.0)

Rainer Klute (links) und Veronika Wendland beim Nuclear Pride Fest 2018 in München

„Klimapolitik" für die AfD

Ein genauerer Blick zeigt, dass der Verein sich bereits seit Jahren weit offen nach rechts zeigt. So lud die AfD 2016 als eine von acht Organisationen zur Jahrestagung des Nuklearia e.V. ein. Petr Bystron, ehemaliger Vorsitzender des AfD Landesverbandes Bayern und aktuelles Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, mobilisierte auf Twitter zur Nuklearia-Kundgebung am AKW Isar im September 2020. Die Partei selbst ist aber auch im Verein vertreten. Christoph Barthe, wie Wendland Beisitzender im Vereinsvorstand, trat 2015 als Kandidat der AfD für den Hamburger Wahlkreis Lokstedt-Niendorf-Schnelsen an. Rainer Klute, Vorsitzender von Nuklearia e.V., saß als Sachverständiger am 8. Mai 2019 auf einem Podium zu dem die AfD-Bundestagsfraktion eingeladen hatte. Er äußerte sich im März 2020 als Sachverständiger zu einem Antrag der AfD im Nordrhein-Westfälischen Landtag zur Kernsicherheitsforschung. Hier erläutert Klute seine Haltung zu der Partei, in der er „das ungeliebte Stiefkind des deutschen Parlamentarismus" sieht, so: „Ich selbst bin kein Mitglied der AfD und stehe ihr auch nicht politisch nahe. Ich habe aber kein Problem damit, auch mit der AfD zu reden".

Klute selbst ist nicht nur in Deutschland aktiv, sondern schob zusammen mit Björn Peters und zwei weiteren Atom-Fans 2018 die Kampagne „Nuclear Pride Deutschland" an. Peters, der als Pressekontakt und häufiger Redner dieser Kampagne fungiert, saß – ebenso wie Klute – am 8. Mai 2019 auf dem Podium der AfD-Bundestagsfraktion. Er ist Geschäftsführer des Instituts für Festkörper-Kernphysik (IfK) und propagierte dort den Dual-Fluid-Reaktor. Hierbei handelt es sich um einen „modernen" Reaktortyp, den das Institut entwickeln möchte. Das IfK gibt vor, den bislang produzierten Atommüll damit einfach als Rohstoff verbrauchen zu können und somit Atommüll als auch Klimathematik mit einer Technologie zu erledigen. In den sozialen Medien findet dieses zweifelhafte Versprechen eine große Resonanz und der Dual-Fluid-Reaktor kann mit Fug und Recht als energiepolitische Vision der AfD bezeichnet werden. Dass Götz Ruprecht, ein Mitarbeiter im Institut, zugleich Mitarbeiter der AfD-Bundestagsfraktion ist, dürfte vor diesem Hintergrund kein Zufall sein.

Nuklearia-AktivistInnen sind regelmäßig auf den großen Demonstrationen der Fridays for Future-Bewegung präsent. Sie entrollen Banner, verteilen Flyer und versuchen darüber hinaus, in den sozialen Medien junge KlimaaktivistInnen für die Laufzeitverlängerung und ihren Traum von der sauberen Lösung aller Energieprobleme durch Atomtechnologie zu gewinnen. So ist auf YouTube das jüngste Vorstandsmitglied von Nuklearia, Simeon Preuß, vertreten. Der Physiklehrer, Tier- und Naturliebhaber, Veganer und Ex-Atomkraftgegner wirbt dort für den „neuen" Dual-Fluid-Reaktor. Er fügt sich als Figur nahtlos in das Spektrum ein, das von „Stand up for nuclear" adressiert wird und stößt bei technikaffinen sog. ÖkomodernistInnen auf einige Resonanz.

Fazit

Bislang beschränkte sich der Bezug von rechter Ökologie zur Atomenergie vor allem auf LebensschützerInnen, die von der Angst vor Beschädigung deutschen Erbgutes durch den Betrieb von Atomanlagen getrieben waren. Für die Anti-Atom-Bewegung ein konstantes Ärgernis, das einer beharrlichen Abgrenzung im Grenzbereich von Esoterik und Technikkritik bedurfte. Mit der internationalen „Nuclear Pride"-Bewegung und ihren bundesdeutschen ProtagonistInnen von Nuklearia e.V. tauchen jetzt aber neue AkteurInnen auf. Sie argumentieren gezielt mit dem Themenkomplex Klima, sie adressieren – sprachlich kostümiert – ein weites Spektrum von Menschen und finden entlang einer Debatte um eine Laufzeitverlängerung bundesdeutscher AKWs ein enormes Medienecho. Politisch ernstzunehmen sind sie aber in erster Linie, da sie zugleich das energiepolitische Geschäft der AfD betreiben. •

ANTIFA

In Stuttgart spielte der Verein „Zentrum Automobil" eine wichtige Rolle bei „Querdenken711". Antifaschistischer Widerstand gegen die rechte Scheingewerkschaft führte zu staatlichen Repressionsmaßnahmen, infolge derer zwei Stuttgarter Antifaschisten in Untersuchungshaft genommen wurden.

Gegen Corona-Leugner und „Zentrum Automobil"

TEXT DER KAMPAGNE „ANTIFASCHISMUS BLEIBT NOTWENDIG"

Als im Frühjahr 2020 in weiten Teilen der Republik während des ersten Corona-Lockdowns die Bürgersteige hochgeklappt wurden, entstand in Stuttgart eine neue politische Bewegung. Initiiert von dem bis dato politisch nicht in Erscheinung getretenen IT-Unternehmer Michael Ballweg entwickelte sich eine kleine „Anti-Lockdown"-Kundgebung innerhalb weniger Wochen zur „Querdenken"-Massenveranstaltung mit bis zu 15 000 Menschen.

Eine rechts-offene Massenmobilisierung

„Querdenken711" hatte von Beginn an einen deutlich erkennbaren verschwörungstheoretischen, antiwissenschaftlichen und in der Konsequenz reaktionären Charakter. Trotzdem gelang es der Bewegung zumindest in Stuttgart mit weitestgehend inhaltsleeren Widerstandsparolen, die Unsicherheit in unterschiedlichen Gesellschaftsschichten zu nutzen und so Zuspruch über die Impfgegner- und Reichsbürgerkreise hinaus zu erhalten. Insbesondere kleinbürgerliche und etwas besser gestellte Kreise, die im Zuge der Krise ihre Felle davon schwimmen sahen, kamen zu den „Events" auf dem Volksfestgelände im Stadtteil Cannstatt. Weite Teile der organisierten Rechten, wie etwa AfD-Landtagsabgeordnete, die „Identitäre Bewegung" (IB) und das Compact-Magazin, waren bereits in Stuttgart sichtbarer und akzeptierter Bestandteil der „Querdenken"-Bewegung. Ein tragfähiges Konzept zur Einflussnahme konnten die Rechten dabei (noch) nicht entwickeln, auch wenn es gelang, vereinzelt RednerInnen zu platzieren oder Aktionen durchzuführen. Dennoch sind die Stuttgarter Aktivitäten Ausgangspunkt für die späteren rechten Massenmobilisierungen nach Berlin und Leipzig. In Stuttgart sammelte die Rechte wichtige Erfahrungen und nutzte die „Querdenken"-Kundgebungen zur strömungsübergreifenden Vernetzung. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Stuttgarter Verein „Zentrum Automobil e.V." (ZA).

Ultrarechte Scheingewerkschaft

„Zentrum Automobil" ist ein betrieblicher Zusammenschluss im Daimler-Werk in Stuttgart-Untertürkheim, der dort aktuell sechs der 47 Betriebsräte stellt. (Vgl. AIB Nr. 119) Gegründet wurde ZA 2009 vom Industriemechaniker und ehemaligen CGM-Betriebsrat[1] Oliver Hilburger. Der Ex-Bassist der RechtsRock-Band „Noie Werte" ist bis heute die zentrale Figur des Vereins. Er lebt mit weiteren ZA-Mitgliedern und AfD-Funktionären im kleinen Ort Althütte im Rems-Murr-Kreis. Hilburger ist, wie auch der ZA-Mitgründer Christian Schickart, Teil des dortigen Impfgegner-Stammtisches und betreibt zudem eine „Heilpraktiker-Praxis".[2] Neben Hilburger sind weitere Neonazis wie der ehemalige Kassenwart der verbotenen „Wiking-Jugend" Hans Jaus und Rico Heise aus dem „Blood & Honour"-Milieu Teil von ZA. Mit dem stellvertretenden Stuttgarter AfD-Bezirksbeirat Andreas Brandmeier existiert eine direkte personelle Verknüpfung von AfD und ZA. Sascha Woll, ebenfalls ZA-Kandidat, war nach Erkenntnissen des NSU-Untersuchungsausschusses in den 1990ern Jahren Anhänger der Stuttgarter Gruppe „Skinheads für Deutschland". Betriebsintern wird ZA deswegen auch von Teilen der IG Metall-Basis als „NSU-Betriebsgruppe" bezeichnet. Unterstützung erhält ZA von Simon Kaupert. Das ehemalige IB-Mitglied arbeitet als Medienaktivist bei „Ein Prozent" und produziert die Promotion-Videos von ZA. Ursprünglich als Wahlverein für Oliver Hilburger gegründet, nimmt ZA mittlerweile eine strategische Funktion im rechten Lager ein. Mit seinen Auftritten bei der Compact-Konferenz in Dresden und bei PEGIDA vollzog Hilburger 2019 den öffentlichen Schulterschluss zum äußerst rechten Teil der AfD um Höcke. Die Zusammenarbeit erscheint auch historisch betrachtet folgerichtig. ZA orientiert sich nach Analysen antifaschistischer Projekte auch an der „Nationalsozialistischen Betriebsorganisation (NSBO)", die den deutschen Faschisten in den 1930ern eine Verankerung in der ArbeiterInnenklasse schaffen und den Einfluss linker und kommunistischer Politik zurückdrängen sollte.

Kriselnder Kapitalismus

Oliver Hilburger war „Querdenken"-Teilnehmer der ersten Stunde und suchte früh den Kontakt zu Initiator Ballweg. Anders als etwa die AfD nutzte Hilburger seine Rolle als Schnittstelle zwischen Großbetrieb und Impfgegnerszene geschickt. Die Gruppe um ZA wuchs so Woche für Woche und stellte spätestens zum Auftritt des Holocaustleugners[3] Ken Jebsen (eigentlich Kayvan Soufi Siavash) am 9. Mai 2020





Fotos: Recherche Team Stuttgart

Oben: „Zentrum Automobil e.V." auf dem Cannstatter Wasen: Oliver Hilburger (1), Rico Heise (2) und Simon Kaupert (3)

Unten: „Querdenken"-Teilnehmer der ersten Stunde – Oliver Hilburger auf dem Stuttgarter Schlossplatz im April 2020

eine der größten organisierten ultra-rechte Gruppen auf der „Querdenken"-Kundgebung. Geknüpft war die Präsenz sicherlich auch an die Erwartungshaltung, im Zuge der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krise konkreten Einfluss auf eine möglicherweise wichtige (Straßen-) Bewegung zu bekommen: Nicht wenige Rechte betrachteten „Querdenken711" als reale Option auf ein westdeutsches PEGIDA. Der Bezug von ZA zur Straße kommt dabei nicht von ungefähr. Schon während der Proteste gegen die Diesel-Fahrverbote im Januar 2019 versuchte ZA gemeinsam mit dem Stuttgarter AfD-KV um den Bundestagsabgeordneten Dirk Spaniel Einfluss auf die spontan entstandene Bewegung zu nehmen. In Anbetracht der aktuell aufkommenden Wirtschaftskrise und dem absehbaren Ende des Verbrennungsmotors kommt der Auseinandersetzung in der deutschen Automobilindustrie eine Schlüsselrolle zu. ZA könnte hier mit einem national-rebellischen Ansatz und dem Schulterschluss zur Straße an Bedeutung gewinnen, auch weil der Verein zielstrebig und in Teilen erfolgreich an einem bundesweiten Netzwerk rechter Arbeitnehmervertretungen arbeitet. Weitere ZA-Betriebsräte gibt es im Rastatter Daimler-Werk, Kontakte unterhält ZA u.a. in die Werke von VW in Zwickau, BMW in Leipzig und Opel in Rüsselsheim. Die konfliktscheue und sozialpartnerschaftlich orientierte Linie der IG Metall-Führung in der Krise wirkt dabei wie Wasser auf die Mühlen der rechten Pseudogewerkschaft. Hinzu kommt die allgemeine Schwäche der antikapitalistischen Linken, deren (Klassen-) Standpunkte hinter den Werkstoren faktisch nicht präsent sind.

Offensiver Widerstand und Repression

Die Stuttgarter Ereignisse sind ein Beispiel dafür, wie schnell Massendynamiken in Krisenzeiten entstehen und von Rechts besetzt werden können. Aber auch dafür, wie notwendig breitgefächerter und vielschichtiger antifaschistischer Widerstand ist. Die klassische „Anti-Nazi-Politik" muss aber im Umgang mit rechts-offenen Massenbewegungen anders gewichtet und ergänzt werden: Aufklärungsarbeit, Störaktionen und antikapitalistische Gegenangebote, genauso wie gezielte und bewusst eingesetzte Militanz, können dazu beitragen Phänomenen wie „Querdenken" etwas entgegenzusetzen.[4] Die Stuttgarter „Querdenken"-Kundgebungen endeten (vorerst) am 16. Mai 2020, als in den frühen Morgenstunden ein Brandanschlag drei LKWs der Veranstaltungstechnikfirma VTS[5] zerstörte und am Mittag der Demonstrations-Vortreffpunkt von ZA von etwa 30 Antifaschist_innen angegriffen wurde. Im Zuge dieser Auseinandersetzung wurde der, möglicherweise mit Schlagringen bewaffnete, ZA-Pressesprecher Andreas Ziegler schwer und die beiden ZA'ler Ingo T. und Jens D. leicht verletzt.[6] Hinzu kam am frühen Abend ein Angriff auf eine Aktivistengruppe der IB Schwaben in einer Pizzeria. Auch wenn diese Intervention letztlich ausschlaggebend für den vorübergehenden Rückzug des „Querdenken"-Kopfes Ballweg am Abend des 16. Mai 2020 war, so waren die direkten Angriffe eben nur ein Teil eines vielschichtigen antifaschistischen Widerstands. Das offensive Vorgehen gegen die organisierte Rechte rief in der Folge die Ermittlungsbehörden auf den Plan. Gleich zwei Sonderkommissionen ermitteln bis heute gegen die antifaschistische Bewegung. Im Juli 2020 kam es zu einer ersten Hausdurchsuchungswelle in Stuttgart, Tübingen, Karlsruhe, Ludwigsburg und dem Rems-Murr-Kreis. Es folgten staatsanwaltschaftliche Zeug_innenvorladungen, offene Observationen und Gefährder_innenansprachen. Ende September 2020 durchsuchte die SOKO „Arena", die im ZA-Fall ermittelt, eine weitere Wohnung. Auch der Inlandsgeheimdienst intensiviert im Kontext der Repression seine Bemühungen. Bis Mitte November wurden vier „VS-Anquatschversuche" im Zusammenhang mit „Querdenken" in Baden-Württemberg bekannt. Politisch wird versucht, die antifaschistische Bewegung anhand der „Gewaltfrage" in Gut und Böse zu spalten und den kämpferischen Teil zu isolieren. Umso notwendiger ist die breite, spektrenübergreifende Solidarität. Aktuell sitzen zwei Stuttgarter Antifaschisten in Untersuchungshaft, denen eine Beteiligung am Angriff auf ZA vorgeworfen wird. Ihnen gilt die uneingeschränkte Solidarität der Kampagne „Antifaschismus bleibt notwendig." •

Weitere Infos zum Stand der Verfahren und der Arbeit gegen „Querdenken711" findet ihr unter: www.notwendig.org

1 CGM: Christliche Gewerkschaft Metall, arbeitgeberfreundliche Gewerkschaft **2** https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.eltern-in-althuette-kritisieren-masern-impfpflicht-die-angst-vor-risiken-und-nebenwirkungen.5716b718-b07a-48c8-86be-55ff85a11705.html **3** Ken Jebsen bestreitet diesen Vorwurf. Doch laut dem Berliner Tagesspiegel schrieb Jebsen einem Radiohorer 2011 in einer E-Mail, er wisse, dass Edward Bernays „den Holocaust als PR erfunden" habe." **4** „Höchste Zeit zu Handeln! Einschätzung und Vorschläge zum Umgang mit den Corona-Demos" – Gemeinsamer Text von acht süddeutschen Antifa-Gruppen / Mai 2020: https://www.antifa-stuttgart.org/2020/05/hoechste-zeit-zu-handeln-einschaetzung-und-vorschlaege-zum-umgang-mit-den-corona-demos/#more-2813 **5** Rechercheartikel zum Stuttgarter Veranstaltungstechnik-Unternehmen VTS auf https://de.indymedia.org/node/84200 **6** „Zur Frage antifaschistischer Gewalt" – BekennerInnenschreiben zum Angriff auf ZA / Mai 2020: https://de.indymedia.org/node/84673

ANTIFA

Im Oktober 2020 ging eine Aktualisierung des Projekts „Crims d'odi" („Hassverbrechen") an die Öffentlichkeit, eine journalistische Forschungsarbeit, die bis 2015 mehr als 80 Fälle von hassmotivierten Morden in Spanien zusammengetragen hatte. In den letzten fünf Jahren sind 15 weitere Fälle hinzukommen und die Zahl ist auf 101 Verbrechen mit 103 Todesfällen angestiegen.

„Crims d'odi"

Eine Dokumentation der Hassverbrechen in Spanien

JORGE MANCEBO

Es geschah im Frühjahr 1993, anderthalb Monate nach dem Mord an dem jungen Antifaschisten Guillem Agulló i Salvador durch eine Gruppe Neonazis in Valencia.[1] Am Morgen des 27. Mai zündeten drei neonazistische Skinheads in Valencia absichtlich das Fahrzeug an, in dem Tomás Martínez, ein 64-jähriger Obdachloser, über Nacht schlief und in den Flammen starb. Der Fall von Tomás Martínez ist einer von mehr als einhundert Fällen, die auf der Webseite „crimenesdeodio.info" veröffentlicht wurden. Deren jüngste Aktualisierung wurde im Rahmen der Kampagne „Der Kampf geht weiter" vorgestellt, die dieses Projekt mit anderen antifaschistische Erinnerungsprojekten wie einem Buch und einem Film über den bekanntesten Fall des ermordeten Antifaschisten Guillem Agulló verband. Das Projekt „Hassverbrechen" ist eine journalistische Forschungs- und Dokumentationsarbeit der Journalisten David Bou und Miquel Ramos, die 2015 bereits mehr als achtzig Fälle hassmotivierter Morde und Tötungsdelikte gesammelt hatten, die mit extrem rechten Gruppen oder Ideologien in Verbindung gebracht werden konnten. Mit der Neuauflage stieg auch die tragische Zahl der Ermordeten. Bis zu 15 neue Verbrechen kamen hinzu, die in diesem Zeitraum entdeckt oder begangen wurden und bis zu 101 Fälle mit 103 Todesfällen in den letzten 30 Jahren konnten registriert werden. Die Aktualisierung des Projekts wurde von Expert_innen auf dem Gebiet der Aufklärung und Prävention von Hassverbrechen unterstützt. Die interaktive Karte koordinierte „SOS Racisme del País Valencià", die Webseite wurde von Diego Muñoz entworfen und von Gerald Kogler programmiert. Die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (OSZE) definiert ein Hassverbrechen als „jede Straftat, einschließlich Straftaten gegen Personen und Sachen, bei der das Opfer, der Ort oder der Gegenstand der Straftat aufgrund seiner tatsächlichen oder vermeintlichen Verbindung, Beziehung, Zugehörigkeit, Unterstützung oder Zugehörigkeit zu einer Gruppe ausgewählt wird, die auf der Rasse, der nationalen oder ethnischen Herkunft, der Sprache, der Hautfarbe, der Religion, des Alters, einer körperlichen oder geistigen Behinderung, der sexuellen Ausrichtung oder anderen ähnlichen tatsächlichen oder vermeintlichen Faktoren beruhen kann." Laut dem Journalisten und Fachautoren Miquel Ramos bestand das Ziel des Projekts darin, „alle Fälle von Hassverbrechen zu dokumentieren, die mit der extremen Rechten in Verbindung stehen und ihre Andenken zu würdigen.(...) Es ist eine unbekannte Zahl und meistens sind diese Verbrechen unbemerkt geblieben." Ramos stellt fest, dass Hassverbrechen durch die Existenz von Vorurteilen begangen werden, die durch Hassreden verbreitet werden und das Projekt daher „ein Weckruf für die Verantwortung von Journalist_innen und Politiker_innen ist mit bestimmten Informationen umzugehen, die zur Verbreitung bestimmter Hassreden beitragen".

Werkzeug gegen das Vergessen

Auf der Homepage erscheint eine interaktive Karte, auf der jeder Fall und jeder Ort einer Tat lokalisiert werden kann, sowie eine Fallakte, in der das Datum, eine Zusammenfassung der Faktenlage, die Art des Verbrechens, die Reaktion der Justiz und eine Zusammenstellung der Nachrichten oder Videos, die in den Medien erschienen sind, enthalten ist. Die Fälle werden in verschiedene Blöcke eingeteilt: Antisemitismus, Islamophobie, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Homophobie, Antiziganismus, Dysphobie[2], Gewalt im Fußball, ideologischer Hass, Aporophobie[3], Transphobie und andere. Bei der Klassifizierung der Fälle können diese in mehr als eine Typologie eingruppiert werden. Hassverbrechen wegen Misogynie (Frauenfeindlichkeit) wurden nicht mit in die Untersuchung einbezogen, da es eine solche Dokumentation bereits auf der Webseite „feminicidio.net" gibt. Nach den Zahlen dieser Untersuchung wurden in den letzten 30 Jahren in Spanien über 20 Menschen Opfer eines Hassverbrechens, das durch Aporophobie motiviert war und als Abneigung und Verachtung der armen Personen oder Hass auf mittellose Menschen (insbesondere Obdachlose) ver-



1993 wurde der Antifaschist Guillem Agulló von Neonazis ermordet. Sein Fall ist Teil des kollektiven Gedächtnis gegen das Vergessen.

standen wird. Über 30 Personen wurden zu Opfern aufgrund von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit[4]. Hassverbrechen werden auch nach dem Strafmaß klassifiziert, wobei die Zahl der Fälle aufgeführt wird, die vor Gericht gekommen sind. Darunter fallen sowohl diejenigen Fälle, die mit einer Verurteilung (46) endeten als auch diejenigen, die mit einem Freispruch des Angeklagten (4) endeten, sowie die Zahl der eingestellten Fälle (4) und der Fälle, zu denen noch nicht einmal Informationen gewonnen werden konnten (47). In einer anderen Grafik werden „Hassverbrechen", die vor Gericht gestellt wurden, nach der Art der verurteilten Straftaten klassifiziert: Mord, Totschlag oder andere Verbrechen. Der Hauptunterschied zwischen einer Verurteilung wegen Mordes oder Totschlags im spanischen Strafsystem besteht darin, dass es im ersten Fall nachweislich vorsätzlich oder beabsichtigt ist, das Opfer zu töten. Diese Zuordnung dient dazu, „die gerichtliche Entscheidung sichtbar zu machen, wenn es eine gibt. Tatsächlich gibt es in den meisten Fällen weder einen Prozess oder Täter", betont Ramos. Sie dient auch dazu „zu sehen, welche Auswirkungen sie sowohl in den Medien als auch in den Gerichten haben". David Bou, der Autor des Projekts erklärt, dass seine Studie 1990 beginnt, weil dann ein „neues, eminent gewalttätiges Phänomen auftritt, wie zum Beispiel die Ultragruppen, die hauptsächlich mit der Welt des Fußballs verbunden sind, und die Instrumentalisierung von neonazistischen Skinhead-Gruppen, um ihre Ideologie zu verbreiten, die auf dem Hass auf das Andersartige basiert". Bis in die späten 1980er Jahre durchlebte Spanien eine Zeit der Gewalt nach der Transición[5], in die Auswahl der Opfer von Hassverbrechen einen ausgeprägten politischen Charakter hatte. Die Ermordung von Lucrecia Pérez und Sénia Rescalvo in den frühen 1990er Jahren, die als erste rassistische Verbrechen bzw. Verbrechen gegen eine Transsexuelle galten, markierte jedoch den Beginn einer neuen Ära, die bis heute andauert.

Die Saat der Erinnerung und der kollektive Herzschlag

Nach der Premiere des Films „La mort de Guillem" („Der Tod von Guillem")[6], der gleichzeitig von den jeweiligen öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern in den drei unter spanischer Verwaltung stehenden Gebieten der katalanischen Länder (Katalonien, Valencia und Balearen) zur besten Sendezeit und nach einer Tournee durch Kinos, Volkshäuser („casals populars") und traditionelle Kulturvereine (Athenäen) über die Grenzen dieser Gebiete hinaus ausgestrahlt wurde, zeigt die Aktualisierung dieses Gedenkprojekts, dass es in den letzten 30 Jahren mindestens 100 Fälle in Spanien wie den von Guillem Agulló gegeben hat. Für Rafa Molés, einen der Produzenten des Spielfilms, „ermöglicht uns die Webseite, im Jahr 2020 all die Gewalt, die ausgeübt wird, zu kontextualisieren. Für viele Menschen sind all diese Aggressionen aus dem Zusammenhang gerissen und isoliert, aber wenn sie alle miteinander verbunden sind, erkennen wir, dass diese Gewalt, die gegen Guillem Agulló ausgeübt wurde, nie aufgehört hat und es gibt viele Fälle." Molés erinnert sich, dass sie zu Beginn der Kampagne „Der Kampf geht weiter" die Bemühungen der Menschen zusammenbringen wollten, die sich auch mit dem Thema dieser Erinnerungsarbeit beschäftigten: „Wir haben uns durch das Kino dem Thema genähert, aber es gab auch viele Leute, die aus anderen Bereichen daran gearbeitet haben. Wie Núria Cadenes mit dem Buch, den Konzerten oder dieser Webseite[7]". Oder wie die Autoren des Projekts „Crims d'odi". Zunächst gab es nur eine Liste von nicht schriftlich dokumentierten Verbrechen, die auf antifaschistischen Internetseiten verbreitet wurde. Während einige dieser Fälle bekannt waren, enthielten andere nicht einmal den Namen der Opfer. Die Autoren nahmen diese Liste zum Ausgangspunkt, um alle Fälle der Liste genauer zu untersuchen: „Von hier haben wir mehr gefunden. Wir konnten sogar einige unbekannte Opfer namentlich nennen. Das Ergebnis ist ein Werkzeug des kollektiven Gedächtnisses, um nicht zu vergessen." •

Der Artikel wurde ursprünglich veröffentlicht in live.cat, übersetzt, redigiert und gekürzt vom AIB

1 directa.cat/guillem-agullo-recordant-un-simbol-de-la-lluita-antifeixista 2 Ablehnung, Verachtung und Vorurteile gegenüber Menschen mit funktionaler Vielfalt und ihrer sozialen Realität (als „körperliche oder geistige Funktionsstörungen" bezeichnet). 3 Abneigung und Verachtung für arme Menschen vor allem gegenüber den „Obdachlosen", bezeichnet auch die Feindseligkeit gegenüber der Armut. Der Unterschied zwischen Aporophobie und Rassismus besteht nach Ansicht einiger Autor_innen in der Tatsache, dass es Gesellschaften gibt, die Einwanderer nur akzeptieren, solange sie über wirtschaftliche Ressourcen, Ruhm oder andere Vermögenswerte verfügen. Beide hängen zusammen, wenn Einwanderung aus Armut erfolgt. 4 definiert als Feindseligkeit, Ablehnung oder Hass gegenüber fremden Menschen oder Menschen, die aufgrund ethnischer, rassischer und kultureller Vorurteile so wahrgenommen wurden. 5 Die Transition bezeichnet die Übergangsphase vom Franquismus zu einer „parlamentarischen Monarchie" seit dem Tod Francisco Francos im November 1975. 6 directa.cat/la-mort-de-guillem-la-batalla-social-i-judicial-dels-agullo-rodada-entre-amenaces 7 www.nuriacadenes.cat

GESELLSCHAFT

Mit seinem Plan in die Synagoge in Halle einzudringen und jüdische Menschen zu ermorden ist ein Attentäter Anfang Oktober 2019 gescheitert. Dennoch waren am Ende zwei Menschen tot, einige schwer verletzt und Dutzende traumatisiert. Seit dem 21. Juli steht er deshalb vor Gericht.

Rechter Attentäter vor Gericht

FRIEDRICH BURSCHEL

Den Täter ärgert, dass er auf ganzer Linie „geloost" hat. Sein einfältiger, aber virtuell anschlussfähiger Fanatismus bestimmte die ersten Tage des Gerichtsverfahrens. Der Richterin gelingt es den vor Mitteilungsdrang berstenden Angeklagten mit kleinteiligen Fragen aus dem Konzept zu bringen. Sie nötigte ihn Rede und Antwort zu stehen, wenn es etwa um die persönliche Entwicklung oder kindliche Prägung ging. Wo immer er versuchte Versatzstücke seiner Ideologie zu platzieren, verbat sie ihm rassistische Ausdrücke. Doch sowohl das Tatvideo als auch sein im Internet kursierendes Manifest dokumentieren ein schlichtes Weltbild, in dem die „Weißen" mit dem Rücken zur Wand stehen und sich mit allen Mitteln gegen die perfiden Verschwörungen ihrer Feinde zur Wehr zu setzen haben.

Neonazistisches Attentat in Halle

Ein Satz im Video des Täters enthält alles, was man über das verdrehte Opfernarrativ wissen muss: „Der Feminismus ist der Grund für die fallenden Geburtenraten, die als Ausrede für die Masseneinwanderung herhalten müssen, die Wurzel aber all dieser Probleme ist der Jude." Reines Glück hat verhindert, dass der Angreifer seinen Plan umsetzen konnte. Es gelang ihm weder die Tür zum Synagogengelände aufzuschießen, noch das Tor zum jüdischen Friedhof aufzusprengen und auch die Brand- und Sprengsätze, die er über die Friedhofsmauer warf verletzten niemanden. Die Molotow-Cocktails zündeten nicht und eine Splitterbombe, die auf dem Friedhof detonierte, verursachte nur Sachschaden. Während der Angreifer minutenlang vor der Synagogenmauer wütete und die zufällig vorübergehende Jana L. erschoss, begriffen die 50 Menschen im Innern der Synagoge was vor sich ging. Die zum Jom-Kippur-Fest versammelte Gemeinde floh in die hinteren und oberen Räume des Gebäudes. Die Eingangstür des eigentlichen Synagogenbaus wurde mit allen greifbaren Gegenständen verrammelt.

Nachdem der Angriff auf die Synagoge gescheitert war, stieg der Täter in sein Auto und fuhr davon. Plan B war es in die Innenstadt zu fahren, um Schwarze und Muslime zu töten. Als er an der nächsten Ecke einen Imbiss wahrnimmt, beginnt das zweite fatale Kapitel seines Anschlags. Er will alle Menschen im „Kiez-Döner" töten. Auf dem Weg über die Straße schießt er auf einen Passanten, den er verfehlt. Eine geworfene Nagelbombe detoniert vor der Eingangstür und verletzt eine vorbeigehende Passantin am Fuß. Die Menschen im Imbiss versuchen zu fliehen und drängen in die hinteren Räume, verstecken sich in den Toiletten oder springen aus den rückwärtigen Fenstern des Gebäudes. Kevin S. kann sich nur noch hinter die Kühlschränke flüchten, wo der Täter den um sein Leben flehenden kaltblütig und wegen einer Ladehemmung seiner Waffe in mehreren quälend langen Anläufen erschießt.

Etwa 15 Minuten nach Beginn der Angriffe ist die Polizei eingetroffen und der Täter liefert sich mit ihnen einen Schusswechsel. Ein Beamter trifft den Attentäter am Hals, der nun die Flucht antritt. In deren Verlauf versucht er noch einen schwarzen Lagerarbeiter zu überfahren. Später schießt er ein Ehepaar nieder, das ihm die Herausgabe eines Autos verweigert. Anschließend bedroht er drei junge Männer und entwendet deren Auto. Erst danach endet seine Flucht ohne weiteres Blutvergießen mit der Festnahme.

Gerichtsprozess in Magdeburg

In Teilen ist die Befragung des Angeklagten von Versuchen geprägt, ihn argumentativ davon zu überzeugen, dass man doch „Juden" gar nicht erkennen könne. Dass es sich beim Angeklagten um einen eingefleischten Rassisten und fanatischen Judenhasser handelt, der über das Internet mit einer Welt von Verschwörungs- und Vernichtungsfantasien in Verbindung steht, in der die Bedrohung der „weißen Rasse", der „Bevölkerungsaustausch" und die „Umvolkung" eine „Realität" ist, hält die Fragenden nicht weiter ab.

Erst der Nebenkläger und Geschäftsführer der jüdischen Gemeinde zu Halle Max Privorozki betonte, er könne sich nicht vorstellen, dass die jahrelange Vorbereitung der „Operation" am 9. Oktober 2019 habe vonstatten gehen können, ohne dass die Eltern etwas davon mitbekommen hätten. Wie bejahend das Umfeld zu seinem



ideologischen Hass stand, kam fast zufällig heraus. Offenbar hatte eine immerhin verzweifelte Mutter am Tag des Anschlags versucht sich das Leben zu nehmen und deshalb einen Abschiedsbrief an ihre Tochter geschrieben. In diesem Brief malte sie mehrere durchgestrichene Davidsterne auf das Papier und betonte, ihr Sohn habe „sein Leben gegeben – für die Wahrheit – für euch", es aber nicht geschafft, da „die Juden freie Hand hatten". Die Mutter selbst war u.a. Grundschullehrerin für Ethik. Von ihrer Tochter hat sie CDs von „Frei.Wild" und „Böhse Onkelz" geschenkt bekommen, wie der Ex-Schwiegersohn berichtete. Doch auch er kommt aus der Neonazi-Szene, wie auf Nachfrage der Nebenklage eingeräumt werden musste. Besonders ihr bleibt es auch in diesem Verfahren überlassen, immer wieder essentielle Fragen nach den Aktivitäten des Angeklagten im Internet zu stellen und die mangelhaften Ermittlungen der Behörden gerade in diesem Bereich zu monieren. Aufgrund der behördlichen Tiefenunschärfe in der Einschätzung von Tat, Täter und Motiv laufen alle Interpretationen am Ende immer auf den Einzeltäter hinaus.

Die Shoah ist vorbei, aber weiter wirksam

Was den Magdeburger Prozess von anderen, insbesondere dem NSU-Verfahren, unterscheidet, sind letztlich jedoch die Aussagen der Überlebenden und die Art, wie sie das Verfahren in Teilen bestimmten. Auch in München hat es Stellungnahmen und Bekundungen der Opferzeug_innen und Angehörigen der Ermordeten gegeben. Nur versuchten dort stets Verteidiger_innen oder die Bundesanwaltschaft zu unterbrechen und beanstandeten bestimmte „Abschweifungen". Im Magdeburger Gerichtssaal wird den Betroffenen zugehört. Es wird ihnen Raum gegeben für ihre aufwühlenden und erschütternden Zeugnisse. Mit den Aussagen der Menschen, die den Angriff in der Synagoge durchlitten haben, erscheint die Shoah in einem deutschen Gerichtssaal und fordert in den Aussagen der Enkel und Urenkel der Opfer des deutschen Zivilisationsbruchs nicht nur Gehör, sondern auch, dass der Zusammenhang mit dem aktuellen rechten Terror weltweit gesehen wird.

Viele der Betroffenen in der Synagoge sind Nachkommen von Holocaust-Überlebenden und finden sich im Land der Täter mit dem familiären Trauma konfrontiert, nachdem auch sie von einem Deutschen getötet werden sollten. Die Rabbinerin Rebecca Blady erklärte: „Das Gericht muss verstehen, dass die Shoah zwar vorbei, aber weiter wirksam ist." Ihr Ehemann, der Rabbiner Jeremy Borovitz, hatte, wie viele andere die den Angriff in der Synagoge erlebten, vom ungeheuerlichen Umgang der Polizei mit den Betroffenen erzählt. Es habe keinerlei Zuneigung für die Menschen in der Synagoge gegeben, so Borovitz. Vielmehr seien sie wie Verdächtige behandelt worden.

Beeindruckend wie bedrückend waren die Bezugnahmen aller Betroffenen auf die beiden Getöteten. In der Zeit unmittelbar nach dem Anschlag hatten die sehr unterschiedlichen Opfergruppen, die der Attentäter angegriffen hatte, sich verständigt und Kontakt aufgenommen. Gespräche untereinander und gemeinsame Teilnahme an Kundgebungen gegen rechten Terror, Rassismus und Judenhass gehören zu den Entwicklungen nach dem 9. Oktober 2019.

Folgen des Attentats

Alle Menschen, die der Täter angriff und zum Teil schwer verletzte, leiden seit der Tat unter Traumata, Angstzuständen oder Panikattacken im öffentlichen Raum. Und doch haben alle, die im Gerichtssaal gehört wurden, darauf bestanden, dem fanatischen Attentäter und seinesgleichen eine humane Weltsicht sowie die Vision einer respektvollen Gemeinsamkeit der Vielen entgegenzuhalten und sich darin aufeinander bezogen.

Die Botschaft von Halle ist also nicht die Tat eines fanatischen Rassisten und Mörders, sondern die Hoffnung, dass Menschen guten Willens gemeinsam dem Hass widerstehen und entgegentreten können. •

GESELLSCHAFT

#HaltdieFresseBild

ATTICUS VINCKEL

„Diese Zeitung ist ein Organ der Niedertracht", schrieb der deutsche Schriftsteller Max Goldt einst über die Bild-Zeitung, „es ist falsch, sie zu lesen. Jemand, der zu dieser Zeitung beiträgt, ist gesellschaftlich absolut inakzeptabel. Es wäre verfehlt, zu einem ihrer Redakteure freundlich oder auch nur höflich zu sein. Man muss so unfreundlich zu ihnen sein, wie es das Gesetz gerade noch zulässt. Es sind schlechte Menschen, die Falsches tun."

Und eigentlich wissen wir das alle. Aber noch immer ist Bild die größte Tageszeitung des Landes und kann wie kaum ein anderes Medium in Deutschland die politische Meinung eines großen Teiles der Bevölkerung beeinflussen. Das belegen verschiedene Studien und Statistiken zur Meinungsmacht und Reichweite des Springer-Produktes. Zum Beispiel wird das Boulevardblatt täglich von über 8 Mio. Leser*innen aller Schichten konsumiert, während „bild.de" monatlich zeitweise auf über 400 Mio. Visits kommt und damit das meistgelesene Nachrichtenportal ist. Zum anderen schafft es die Redaktion immer wieder, öffentliche Debatten anzustoßen oder zu drehen. So auch im vergangenen Oktober, als der Hashtag #HaltDieFresseBild trendete. Was war passiert?

Angesichts des grassierenden Antisemitismus in Deutschland hatte der hier lebende jüdische Musiker und Aktivist Igor Levit gesagt, dass AfD-Mitglieder „ihr Menschsein verwirkt" hätten. Dem hatte er, angesichts der Gewalt, die er auch selbst alltäglich erfährt, hinzugefügt: „Deutschland hat ein Menschenverachtungsproblem." In klassisch deutscher Manier wurde sich daraufhin nicht etwa mit dem Inhalt dieser Kritik eines offensichtlich unter Diskriminierung leidenden Menschen beschäftigt, sondern vor allem seine Wortwahl angeprangert. Ganz laut dabei: Bild-Journalist Ralf Schuler, der nicht müde wird, das Engagement des Aktivisten gegen Rechts in Frage zu stellen. Dabei ignorierte er Levits Hinweis, er habe das Wort „Menschsein" im Sinne des jiddischen Wortes „Mensch" gebraucht (dort meint es einen „ehrenhaften, umsichtigen Menschen").

Die Schwarze Autorin Jasmina Kuhnke, manchen vielleicht bekannt unter dem Twitter-Usernamen Quattromilf (@ebonyplusirony), setzte dem menschenfeindlichen Gezwitscher des Springer-Schreiberlings deshalb ein simples „Halt die Fresse" entgegen. Auch das griff der Redakteur in einer herablassenden Antwort auf und fuhr, unterstützt vor allem von weißen Konservativen, mit arroganter Tonfallkritik fort.

Letztendlich hatte der Bild-Mann mit seinen Whataboutismen entscheidend dazu beigetragen, den Fokus der Debatte von der Kritik an einer Gesellschaft, in der antisemitische Angriffe wie in Halle oder Hamburg passieren, abzulenken. Diskutiert wurde nicht mehr darüber, unter welchen Zuständen marginalisierte Personen in Deutschland leiden und inwiefern ihre Existenz bedroht ist, sondern vor allem darüber, wie diese Personen gefälligst ihre Kritik daran vorzutragen hätten, damit privilegiertere Weiße sich vielleicht mal dazu herablassen, ein bisschen zuzuhören.

Eine solche Verdrehung gehört zum Standardrepertoire der Zeitung, die seit Jahrzehnten rechten Wirklichkeitsdeutungen breiten Raum gibt und mit Vorliebe gegen Schwarze, People of Color, Hartz IV-Empfänger*innen und allzu selbstbewusste Frauen wettert. Dabei ist die Hetze meistens nicht mehr ganz so plump und auf den ersten Blick erkennbar wie in den 1990er Jahren, als das Blatt geradeheraus gegen „Asyl-Hotels" und „Ausländer" Stimmung machte – eine Stimmung, die sich in den Pogromen von Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda und anderen Orten entlud.

Heute gibt sich die Zeitung weltoffener und progressiver, wie beispielsweise während der „Migrationskrise" (besser gesagt Solidaritätskrise) 2015/16. Einerseits heuchelte die Redaktion mit der Kampagne „Refugees Welcome" Solidarität, in deren Rahmen u.a. alle Spieler der 1. Herrenfußballbundesliga aufgefordert waren, ein entsprechendes Logo auf dem Trikotärmel zutragen (der 1. FC St-Pauli bewies als einer der wenigen Clubs Rückgrat und sagte ab). So hoffte die Redaktion wohl vom Mitleidsdiskurs zu profitieren, der vor allem durch den Tod von Alan Kurdi ausgelöst wurde, einem syrischen Kind, dessen Leichnam nach seinem Ertrinken an der türkischen Mittelmeerküste angeschwemmt worden war.

Dass es dabei lediglich darum ging, zur Profitmaximierung und Imagepflege eine Stimmung aufzugreifen und die Zeitung keine grundsätzliche Kehrtwende in ihrer Haltung vollzogen hatte, verdeutlichte andererseits die Tatsache, dass sie gleichzeitig verschiedene Techniken nutzte, um Geflüchtete als Bedrohung für Deutschland und damit für die Lesenden darzustellen, jedoch ohne sich explizit zu dieser Position zu bekennen.[1] Zunächst verging kaum ein Tag, an dem sie nicht von den unaufhaltsamen „Flüchtlingsfluten", den nie enden wollenden „Strömen" und hereinbrechenden „Wellen" fabulierte. Mit diesen Metaphern entmenschlichte sie die Schutzsuchenden, die nun nicht mehr als Individuen in einer Notlage erschienen, sondern als Naturkatastrophe, als mächtige Gefahr, die den vermeintlich sicheren Innenraum der Bundesrepublik bedroht. Es liegt auf der Hand, dass dadurch die Empathiefähigkeit der Lesenden stark beeinträchtigt wird. Wer über Menschen nicht als Individuen mit eigenen Nöten, Hoffnungen und Ängs-





BILD-Chefredakteur Julian Reichelt verbreitet via Twitter auch gerne mal Inhalte der extremen Rechten.

ten nachdenkt, ist in geringerem Maße bereit, ihnen zu helfen, und wahrscheinlich eher dazu bereit, repressive Maßnahmen gegen sie zu billigen und gutzuheißen. Zugleich werden durch diese Art der Darstellung menschengemachte Ursachen für Flucht, wie etwa die europäische und insbesondere die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik ausgeblendet, sodass Europa, an dessen Außengrenzen täglich Menschen sterben, als Ort des Friedens und der Stabilität erscheint. Neben dieser Entmenschlichung ist immer wieder zu beobachten, wie die Redaktion Menschen, die nicht in das Schema des braven weißen deutschen Steuerzahlers passen, als potenzielle Gefahr für die innere Sicherheit beschreibt. Mit auffälliger Häufigkeit wird die (vermeintliche) Nationalität von Täter*innen oder Tatverdächtigen, die keinen deutschen Pass haben oder nicht hier geboren sind, bereits im Titel der Meldungen genannt, während sie bei weißen Passdeutschen gänzlich unerwähnt bleibt.

Bemerkenswert ist auch, dass im Bild-Universum Verbrechen, die von rassifizierten Personen begangen wurden, stets auf eine ganze Gruppe zurückfallen, die dann unter Generalverdacht gestellt wird („die Moslems", „die Araber" etc.). Im Gegensatz dazu werden Delikte von weißen Deutschen, insbesondere auch rechte Gewaltverbrechen, grundsätzlich als die Handlungen verwirrter oder irgendwie an den Rand gedrängter Einzeltäter*innen verharmlost, die nicht etwa aus der Gesellschaft kommen, sondern mit dieser scheinbar nichts zu tun haben. Dabei folgt die Berichterstattung dem Motto: Wir, machen so etwas nicht. Die Bösen, das sind immer die anderen. Besonders augenscheinlich wurde dieses Prinzip im Rahmen der Berichterstattung zu den Ereignissen in der Silvesternacht 2015/16 in Köln. Auch damals stellte Bild es so dar, als sei sexualisierte Gewalt ein Problem, das erst mit Migrierten in diese Gesellschaft eingewandert sei und in der deutschen Mehrheitsgesellschaft zuvor nicht existiert habe. Das in diesem Zusammenhang immer wieder vorgebrachte Szenario der weißen Frau, die vor der ausufernden Sexualität rassifizierter Männer geschützt werden müsse und die damit einhergehende Konstruktion eines reinen Innenraumes, der durch Migration verunreinigt werde, zeigt die Anschlussfähigkeit des Boulevardblattes für rechtes Gedankengut. Und wie das oben beschriebene Szenario des durch Naturgewalten bedrohten Innenraumes hat auch diese Beschreibung von Geflüchteten und Black and People of Color als Bedrohung von außen das Potenzial, Handlungsbereitschaft unter jenen zu fördern, die sich in diesen Szenarien als das Innen, als Teil der bedrohten „wir"-Gruppe, fühlen. Eine Handlungsbereitschaft, die von der Befürwortung struktureller staatlicher Gewalt (Abschiebungen, verschärfte Residenzpflicht usw.) bis hin zu eigenen Gewalthandlungen reicht.

Bild bestärkt dahingehende Haltungen, indem sie den Staat und seinen Repressionsapparat regelmäßig als überfordert darstellt, wenn es um die Bekämpfung vermeintlicher „Ausländerkriminalität" geht und als zu nachlässig, wenn Abschiebungen und Migrationspolitik das Thema sind. Da braucht es eben aufrechte Deutsche, die das geliebte Vaterland verteidigen und selbst die Initiative ergreifen. So ist es auch kein Wunder, dass verschiedene Studien belegen, dass rechte Gewalt immer dann zunimmt, wenn oben genannte Vorstellungen besonders stark in der Bevölkerung vertreten sind. Die Bild-Zeitung erhöht demnach nicht nur die Wahrscheinlichkeit, dass einer das Gewehr aus dem Schrank holt. Sie präsentiert dem Schussbereiten noch dazu die immer gleiche Zielscheibe. In Anbetracht dessen klingt „Halt die Fresse" noch viel zu freundlich. •

1 Seitdem anstelle von Kai Diekmann der neue Chefre dakteur Julian Reichelt das Redaktionsgeschehen lenkt, ist der Tonfall des Springer-Blattes wieder unmissverständlicher. So teilt Reichelt auch gerne mal Inhalte von Twitter-Accounts der extremen Rechten.

GESELLSCHAFT

Trotz anti-sexistischer Bekenntnisse werden Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern tagtäglich reproduziert – auch in der Linken. Nur weil männliches Rollenverhalten und Alltags-Sexismus im linkspolitischen Kontext passiert, büßt es jedoch noch lange keine Wirkmächtigkeit ein. In ihrem vierteiligen Podcast „Feminism On Ear" sprachen sie darüber mit linken Männern* und Wissenschaftlern.

Der blinde Fleck linker Männer

INTERVIEW MIT KATHRIN UND FRANZISKA VON „FEMINISM ON EAR" (HTTPS://FEMINISMONEAR.PRODUCTIONS)

Ihr habt unter dem Label Feminism On Ear verschiedene Podcasts zum Thema Männlichkeit in der Linken gestaltet. Was waren eure Beweggründe dafür?

Wir leben und arbeiten seit vielen Jahren in verschiedenen linken Projekten und Strukturen. Als FLINT Personen mit Diskriminierung und Sexismus konfrontiert zu werden, ist natürlich nichts Ungewöhnliches. Mit einem Selbstverständnis von „wir stehen auf derselben Seite der Barrikade" waren wir dennoch lange davon überzeugt, dass Sexismus als solcher zumindest erkannt und benannt werden kann – insbesondere von linken Männern. Weit gefehlt. So wuchs langsam die Erkenntnis darüber, dass linke Männer nicht nur allzu oft Täter schützen und sich mit ihnen solidarisieren, sondern selbst – mal subtiler, mal offener – zu Tätern werden, die sexistisches Verhalten und patriarchale Machtverhältnisse innerhalb linker Strukturen, Freund*innenschaften und Beziehungen reproduzieren. Fakt ist: Das Ansprechen, Einfordern, Aufarbeiten liegt dabei keineswegs im Interesse derer, die von diesen Dynamiken profitieren – sondern bei jenen, die von ihnen betroffen sind. Fakt ist auch: Jedes antifaschistische Projekt, in dem männliche Dominanz – ob bewusst oder unbewusst – anderen, v.a. FLINT Personen, Raum nimmt, reproduziert nicht nur genau jene Machtverhältnisse, die wir bekämpfen wollen, sondern minimiert unsere Effektivität, Schlagkraft, unseren Zusammenhalt – steht sich letztlich selbst im Weg. Jede Zusammenarbeit in der sich Männlichkeit nur am eigenen Anspruch und Tempo orientiert, wird niemals eine solidarische sein können. Jede Aktion und Diskussion, in der aufgrund männlicher Dominanz andere weniger ernst genommen werden, verliert wertvollen Input. Revolutionärer antifaschistischer Anspruch geht anders.

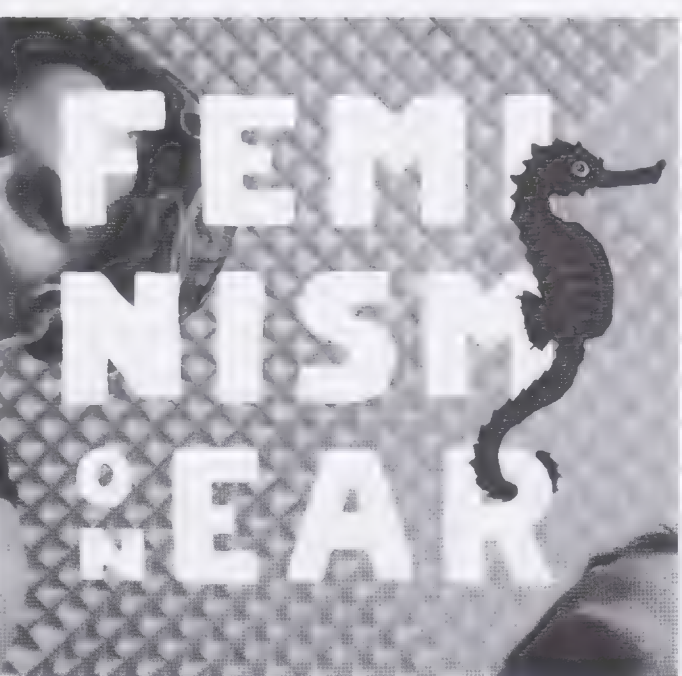
Was waren die zentralen Fragen und was nehmt ihr aus den Antworten mit?

In den Fragen ging es zunächst allgemein um Männlichkeit, Privilegien und die eigenen inneren Barrikaden und Widerstände. Dann sehr konkret um die Rolle des Vaters für die eigene Identifikation und wiederum das daraus erwachsene Rollenverhalten in den eigenen (Liebes-) Beziehungen, die Notwendigkeit der Aufarbeitung der eigenen Biographie und schließlich die Widersprüche, durch die sich männliche Dominanz in antifaschistischen Strukturen verstrickt. Rückblickend gab es für uns wenig inhaltliche Aussagen, die uns völlig überraschten. Vielmehr war es die Tatsache, einige dieser Aussagen von Männern selbst so auf den Punkt gebracht zu hören, erfrischend ehrlich und schonungslos. Trotzdem: Ein offensichtlicher Aspekt ist der, dass es wieder einmal FLINT Personen sind, die sich die Mühe machen Männern ihre eigene Aufarbeitung und Auseinandersetzung in Form eines Radio Features auf einem Silbertablett hinterher zu tragen. Wir stellen also wiederholt fest: Allein das Erkennen und die theoretisch kritische Aufarbeitung von Männlichkeit bedeuten noch lange nicht, dass diese umgehend verinnerlicht, Sozialisation überwunden und im Alltag umgesetzt werden. Vielmehr bestünde eine nachhaltige Änderung binärer und macht-reproduzierender Verhaltensweisen in einem gesellschaftspolitischen Prozess. Angestoßen werden kann der allerdings nur durch die aufrichtige Auseinandersetzung mit verinnerlichten Strukturen und der Bereitschaft sich kontinuierlich zu reflektieren. Wir sind uns sehr wohl darüber bewusst, dass es in der linken Szene mehr und mehr en vogue ist, sich als kritisch männlich zu positionieren und darzustellen. Dem feministischen Druck eben nachzugeben, auch um sich Lob abzuholen – denn wer auf Feministinnen steht, möchte auch von ihnen bewundert werden. Deshalb müssen wir uns mit der Tatsache auseinandersetzen, dass unser Feature dafür nicht nur eine öffentliche Bühne bietet, sondern auch die Möglichkeit, Anerkennung einzustreichen, die genau jene Selbstdarstellung und -wahrnehmung stärkt, die Männlichkeit ausmacht. Wir finden es schwierig und ambivalent, einen zufriedenstellenden Umgang damit zu finden, der darüber hinaus geht, Transparenz über dieses Dilemma zu schaffen. Denn, dass die kritische Auseinandersetzung mit Männlichkeit und damit verbundenen Herrschafts-

verhältnissen zum Thema gemacht und in den öffentlichen Diskurs gerückt werden muss – auch aus männlicher Perspektive – finden wir richtig und wichtig.

Warum ist es so schwierig, Männlichkeit zu reflektieren?

Es schmerzt, sich der eigenen Privilegien immer wieder bewusst zu werden, Kritik oder auch Widersprüche auszuhalten, um eigene Einstellungs- oder Verhaltensmuster zu hinterfragen oder zu verändern. Und am Ende nicht einmal belohnt zu werden- jedenfalls nicht auf die herkömmliche Art, Anerkennung einzustreichen. Männlichkeit, männliches Identifizieren ist von Geltung abhängig und insbesondere linke Männlichkeit zusätzlich vom Integer-Sein, sich moralisch auf der richtigen Seite wähnen. Mit Kritik umzugehen – insbesondere durch marginalisierte Menschengruppen – ist auch nicht unbedingt eine Stärke von privilegierten Gruppen. Die doppelte Crux ist aber, sich selbst als moralisch integererachtende Persönlichkeit der Kritik an der Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu stellen. Um ein Tabu handelt es sich bei Weitem nicht – eine Nicht-Artikulation von Sexismus in der antifaschistischen Linken durch linke Männer dient dem eigenen Schutz und ist bequem.



Können patriarchale Einstellungsmuster korrigiert werden?

Natürlich sind früh vorgelebte Männlichkeiten insbesondere durch geliebte Menschen sehr prägend. Sich von frühen Erfahrungen zu trennen ist unmöglich, stellen sie doch eine Art Fundament des eigenen Ich dar. Dennoch ist es der Anspruch einer sogenannten antifaschistischen Linken, zu erkennen, wie man / Mann positioniert wurde. Diese Positionierung kann immerhin auch günstig genutzt werden, da letztendlich der Anspruch, eigene Einstellungsmuster zu erkennen und zu korrigieren auch zu wahrhaftigeren Forderungen führen kann (wie die Belohnung, die es dann eben doch gibt für die Auseinandersetzung mit eigenen Privilegien). Es gibt wirklich gute Literatur z.B. von Silvia Federici über die Unterjochung von Körpern auch im Hinblick auf die Analysekategorie Geschlecht. Wenn also insbesondere sich als antifaschistisch verstehende Männer erkennen würden, dass Männlichkeit oder männliche Identität nur über eine Abwertung von Anderen funktioniert und ihr Antifaschismus nicht in einer bloßen Auseinandersetzung mit Neonazis oder als Szeneattitüde verstanden werden soll, kommen sie um die Aufarbeitung ihrer Sozialisation nicht herum. Antifaschismus selbst ist davon abhängig, als solcher erkannt zu werden – und das ja eben nicht nur von Neonazis –, sondern von denjenigen, die von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Homofeindlichkeit und eben allem, was Faschismus ausmacht, betroffen sind. Patriarchale Einstellungsmuster können also natürlich korrigiert werden – es macht nur eben keinen Spaß.

Womit werden sich die folgenden Teile beschäftigen?

Wir schauen nochmal genauer hin, wie das mit der Macht funktioniert; was genau macht Männlichkeit aus? Dabei geht es um die grundlegende Notwendigkeit von Autonomie und Souveränität, die damit verbundene Abgrenzung von Weiblichkeit und was an männerbündischen Strukturen so verlockend erscheint, dass sie auch in der Linken zum Alltag gehören. Natürlich haben wir nochmal nachgehakt, wie das mit den Gefühlen, Beziehungen und Freund*innenschaften ist. Welche Dynamiken dort nur allzu oft von eben jener Männlichkeit dominiert werden, die von vielen Männern als „so bin ich nun mal und so muss frau mich akzeptieren" abgetan werden und sich damit jeder aufrichtigen Aufarbeitung mit ihrer reproduzierten Machtausübung widersetzen. Es geht um Emotionen, und um die Fähigkeit, diese überhaupt wahrnehmen geschweige denn artikulieren zu können – und wie Machtausübung durch Nicht-Kommunikation stattfindet. Im letzten Teil wollen wir wissen: Hinter welchen alltäglichen Verhaltensweisen sich Männlichkeit außerdem versteckt. Davon ausgehend, dass Männlichkeit nach außen wirken muss, hinterfragen wir den Stellenwert von Arbeit, ob ehrenamtlich, aktivistisch oder Lohnarbeit. Ist es Zufall, dass der Großteil von Workaholics männlich ist? Und wenn wir schon dabei sind: Was haben Alkohol und Drogen damit zu tun? Wir schauen nach innen um den Blick auf das große Ganze nach außen zu verstehen – wir machen das Private politisch. Letztlich suchen wir Auswege und die Flucht nach vorne, denn antifaschistische Politik und patriarchales Rollenverhalten stehen im grundlegenden Widerspruch zueinander. Wenn linke Männer ihrem revolutionär-emanzipatorischen Anspruch gerecht werden wollen, wie können sie es schaffen, sich nicht weiterhin reflexartig von jenen Männern abzugrenzen, die der Feminismus meint? Sondern stattdessen ihre Scham überwinden und Verantwortung übernehmen: für ihre Rolle und für den kollektiven pro-feministischen Kampf gegen das patriarchale System. Nicht zuletzt fänden wir gut, die Webseite als Basis für feministische Hörstücke anzubieten – also letztendlich eine Art digitale feministische Audio Bibliothek zu erstellen.

Vielen Dank für das Interview! •

RASSISMUS

Drecksarbeit in der Ägäis

Tote und Lügen als EU-Agenda

Als am 8. September auf Lesbos das Elendslager „Moria" abbrannte, war das Medienecho groß. Über 13.000 Menschen waren jetzt noch obdachloser als zuvor, Tausende mussten im Freien übernachten. Die griechische Polizei schoss mit Tränengasgranaten in die Menge und traf auch Kinder. Die Bilder von Elend und Gewalt ließen Empörung aufkommen, es gab viele Solidaritätsbekundungen. Die Bundesregierung verkündete nach der Katastrophe über 1.500 Geflüchtete, hauptsächlich Kinder und Familien, aus Griechenland aufnehmen zu wollen und nannte dies einen „humanitären Akt".

Das Mitgefühl dauerte fast eine Woche, dann verschwand das Elend wieder aus den Medien. Als beschlossen war, Kinder zu retten, wandten sich Deutschland und Europa in Gewissheit der eigenen moralischen Korrektheit wieder anderen Themen zu. Das griechische Militär errichtete derweil auf Lesbos ein neues „temporäres" Elendslager „Kara Tepe" – auf einem ausgedienten militärischen Schießstand. Mit dem ersten Regen überflutete das überfüllte Lager, von echter Infrastruktur kann keine Rede sein.

Der erste Coronafall wurde eine Woche vor dem Feuer in Moria gemeldet. Zu diesem Zeitpunkt stand das gesamte Lager bereits seit fast sechs Monaten unter Quarantäne. Ähnlich sieht es in den meisten griechischen Lagern aus. Am 4. Mai, nach dem ersten Lockdown, lockerte die „liberal-konservative" Regierung unter Premierminister Kyriakos Mitsotakis die Regelungen wieder, allerdings nur für griechische Bürger_innen. Die Lager sollten vorerst bis zum 21. Mai im Lockdown bleiben. Diese Quarantäne wurde dann über den gesamten Sommer hinweg immer wieder verlängert, auch ohne positive Fälle. Mit entmenschlichender Rhetorik stilisiert die griechische Regierung Geflüchtete als Seuchenträger_innen und versucht somit ein rassistisches Gefühl zu befriedigen, das mit der statistischen Realität nichts zu tun hat, allerdings dabei hilft, Kettenquarantänen und ein hartes Vorgehen gegen Geflüchtete zu legitimieren.

Der Versuch, die fünf Inseln mit „Aufnahmezentren" Lesbos, Samos, Chios, Leros und Kos endgültig zu Gefängnisinseln zu machen, scheiterte an der lokalen Bevölkerung. Der Bau neuer Internierungslager wurde sabotiert. Polizisten, Helfer und Geflüchtete wurden angegriffen und potenzielle Unterbringungsorte abgebrannt. Derzeit harren weiterhin etwa 42.000 Asylsuchende in „temporären" Elendslagern auf den Inseln in der Ägäis aus, viele davon bereits jahrelang. Sie alle haben dabei einen lebensgefährlichen Teil ihrer Flucht bereits hinter sich – die Überquerung der europäischen Grenze.

Anfang März öffnete die Türkei ihre Grenze zu Griechenland. 30.000 Menschen versammelten sich an der Landgrenze am Fluss Evros. Geflüchtete versuchten auf die griechische Seite zu gelangen, griechische Grenztruppen antworteten mit Tränengas und Gewalt. Seit 2006 unterstützt Frontex im Zuge der Ägäis-Mission „Operation Poseidon" an diesem Grenzabschnitt und auf der Ägäis die griechische Grenzpolizei, auch mit deutschen Einheiten. Am 3. März besuchten die drei EU-Präsident_innen von Kommission, Parlament und Rat die griechisch-türkische Grenze. Die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen verkündete, Griechenland sei „Europas Schild" gegen die Eindringlinge und versprach eine zusätzliche Frontex-Eingreif-



Foto Fotomovimiento, Lesbos, Mónica 02 (CC BY NC ND 2.0)

Friedhof der Westen und Boote, die an den Stränden von Lesbos gesammelt wurden. Tausende und Abertausende häufen sich auf dieser Mülldeponie.

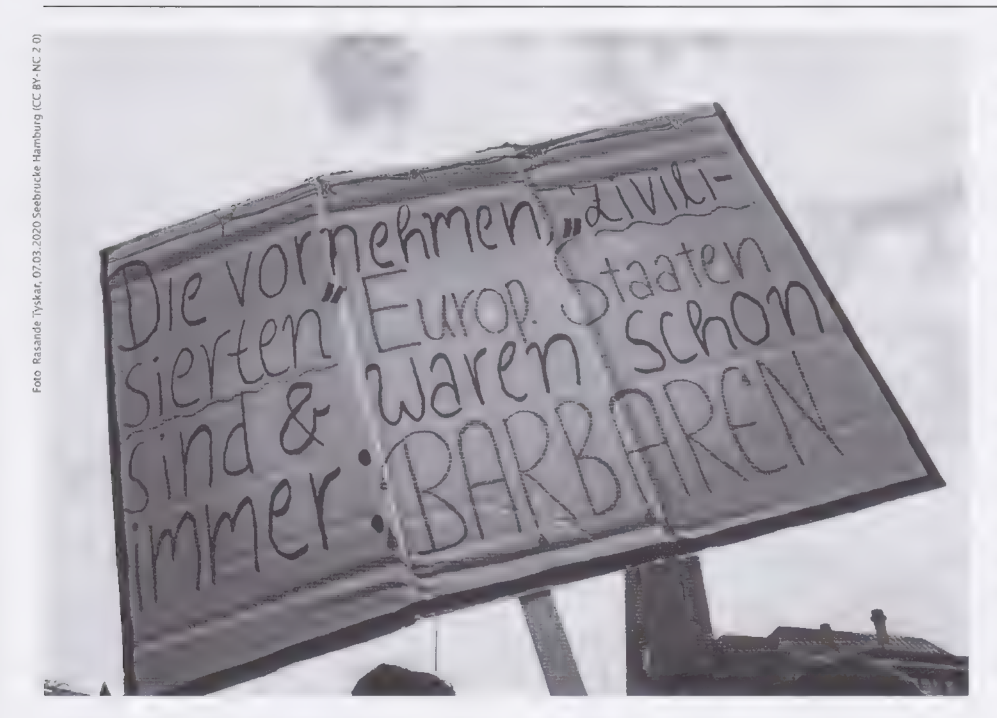


Foto Rasande Tyskar, 07.03.2020 Seebrücke Hamburg (CC BY-NC 2.0)

truppe sowie 700 Millionen Euro für „Migrationsmanagement".

Am 4. März wird Muhammad Gulzar von schwer bewaffneten griechischen Grenztruppen erschossen, mindestens sechs weitere Menschen werden von Schüssen verletzt. Die griechische Regierung bestreitet den Vorfall und spricht von „fake news", jedoch belegen Medienrecherchen im Mai, dass griechische Truppen die tödlichen Schüsse abgegeben haben. Am 9. Juli beschwichtigte von der Leyen kritische Europaparlamentarier_innen in einem Brief: Griechenland habe ihr „versichert, keinen Vorfall ausgelöst zu haben". Da es keinen „Serious Incident Report" (SIR) gab, der auf solch ein Geschehen hinweise und auch die Frontex-Beamten_innen vor Ort „keinen Gebrauch scharfer Munition der griechischen Strafverfolgungsbehörden beobachtet" haben, sei Griechenlands Version glaubhaft.

Die sogenannten SIRs sollen als interner Kontrollmechanismus der Frontex das Auftreten von Grundrechtsverletzungen anzeigen und somit die Grundlage für Ermittlungen gegen Tatbeteiligte sicherstellen. Wenn Frontex-Personal Grundrechtsverletzungen beobachtet, müssen sie diese zwingend – in Form eines SIR – an das Frontex Hauptquartier in Warschau melden, so zumindest die Theorie. In der Realität werden SIRs selten benutzt, im gesamten Jahr 2018 gab es laut Frontex nur zehn SIRs, 2019 waren es nur noch fünf.

Am 2. März verweigerte die Crew eines dänischen Patrouillenbootes, welches 33 Geflüchtete in der Ägäis gerettet hatte, den Befehl der Kommandozentrale der „Operation Poseidon", die Geretteten wieder in ihr Schlauchboot zu verfrachten und zurück über die Seegrenze zu schleppen. Als die dänische Crew nicht nachgab, da sie das Leben der Geflüchteten in massiver Gefahr sah, wurde der Befehl „angepasst" und die Geflüchteten an Land in Sicherheit gebracht.

Dem vorausgegangen war die Änderung der Aufgaben der Frontex-Schiffe in der Ägäis: Wo vorher Geflüchtete gerettet und an Land gebracht werden sollten, lautet der Befehl nun: Boote aus der Ferne aufzuspüren und der Hellenischen Küstenwache (HCG) zu melden, welche sich dann selbst um die in Seenot Geratenen „kümmert". Laut einem dänischen Grenzschützer hat die HCG Befehle, Geflüchtete an der Überquerung der Seegrenze zwischen Griechenland und der Türkei zu hindern.

Bei sogenannten „Pushbacks" werden Boote mit Geflüchteten von der HCG manövrierunfähig gemacht und entweder zurückgeschleppt oder abgetrieben. Dazu fahren Patrouillenschiffe schnell und sehr nah an den oft gefährlich überfüllten Booten vorbei, um sie mit den entstehenden Wellen zurück über die türkische Grenze zu treiben. Diese „Greek Water Polo" getaufte Praxis gehört 2020 zum Alltag auf der Ägäis. Die makabren, oft tage- und nächtelangen Manöver werden von Nato- und Frontex-Schiffen beobachtet und auch unterstützt. Eine weitere Art des „Pushbacks" ist das Aufgreifen Geflüchteter an Land, um sie dann in manövrierunfähige Rettungsinseln zu stecken und wieder über die türkische Grenze zu schleppen.

Laut dem Exekutivdirektor von Frontex, Fabrice Leggeri, war der „Pushback"-Befehl an die dänische Crew ein „Missverständnis". Auch sieht Frontex keinerlei Beweise für „Pushbacks" in der Region, da intern „keine Dokumente" dazu gefunden wurden und interne griechische Untersuchungen auch keine Beweise hervorbrachten. Von den eindeutigen Videoaufnahmen und Augenzeugenberichten ist nicht die Rede.

Die EU und Frontex weigern sich, Grundrechtsverletzungen an der EU-Grenze aufzuklären und zu unterbinden, und sie kommen scheinbar damit durch. Es häufen sich Berichte von geheimen griechischen Abschiebelagern in Evros, von paramilitärischen Einheiten, die Geflüchtete schwer misshandeln und wieder über die Grenze schaffen. Ähnliche Berichte kommen aus Kroatien. Auf dem Meer helfen Frontex-Schiffe der HCG bei gefährlichen „Pushback" Manövern, die nachweislich Menschenleben kosten.

Die Agenda von Frontex und EU ist, „illegale" Einreisen zu unterbinden. Seit Jahren steckt die EU viel Geld für „Migrationsmanagement" in Mittelmeerstaaten wie Libyen, die Türkei und auch Griechenland und hilft den örtlichen Küstenwachen mit Trainings und Material. Wie in der freien Wirtschaft hilft das Outsourcen von Grenzsicherung vor allem dabei, Verantwortung von sich zu schieben. Die „Operation Poseidon" ist zwar eine Frontex-Mission, sie untersteht aber formal den lokalen griechischen Behörden. Da interne Ermittlungen weder in Griechenland noch bei Frontex unabhängig sind, werden Grundrechtsverletzungen dort wohl ungestraft bleiben.

An der Außengrenze zeigt Europa sein hässliches Gesicht, seine Menschenverachtung und den Willen, mit Intransparenz, Taktieren und Lügen ohne Rücksicht auf Menschenrechte und Menschenleben eine Agenda durchzudrücken. •

RASSISMUS

Rassismus und Polizeigewalt in den USA

INTERVIEW MIT RACHEL HERZING

Wie sind die Massenproteste seit dem Tod von George Floyd am 25. Mai 2020 einzuordnen?
Wir erleben gerade einen historischen Augenblick. Vielerorts werden große und breite Bündnisse geschlossen, die die Grundlage für die Massenproteste gegen staatliche Gewalt und für Forderungen nach racial justice bilden. Gleichzeitig stecken wir in einer globalen Pandemie sowie in einer schweren Wirtschaftskrise, die andauern und sich noch vertiefen wird. Vor diesem Hintergrund findet eine Auseinandersetzung mit strukturellem Rassismus statt. Es geht darum, den Rassismus als viel mehr als das unterdrückerische Verhalten einer Person oder Personengruppe anderen gegenüber zu verstehen. Denn struktureller Rassismus schlägt sich auch als unterschiedlicher Zugang zu Ressourcen und zu unterschiedlichen Lebensgestaltungsmöglichkeiten je nach ethnischer Zugehörigkeit nieder. Das manifestiert sich auf allen Ebenen unserer Gesellschaft, inklusive im Strafrechtssystem. Es betrifft unsere Institutionen, Gesetze und Verhaltensweisen, aber auch die Bewegungsmöglichkeiten im ganz simplen Alltag. Vor dem Hintergrund von Pandemie und Wirtschaftskrise – die wegen der mangelnden Abfederung durch Washington viel schärfer daherkommen als etwa in Westeuropa – kommt es zu einer Reaktion auf diesen strukturellen Rassismus, und zwar dort, wo er am deutlichsten sichtbar geworden ist: bei der Polizeiarbeit.

Hat Black Lives Matter politisch etwas bewegt?
Die Leistung des weltweiten Black-Lives-Matter-Netzwerks, den Slogan „Black Lives Matter" zu verbreiten, ist wirklich beachtenswert. Dass er sich so tief eingegraben hat ins globale und kulturelle Bewusstsein, ist in der jüngeren Geschichte beispiellos. Mir fällt kein anderer kultureller Eingriff ein, der solch ein Gewicht angenommen hätte. Für problematisch halte ich allerdings, dass die Proteste auf der ganzen Welt von Mainstreammedien auf „Black-Lives-Matter-Proteste" reduziert werden. Denn zunächst macht eine solche Zuschreibung eine relativ kleine Gruppe von Menschen dafür verantwortlich, was Millionen weltweit tun. Das birgt die Gefahr, dass diese Menschen zu Zielscheiben werden. Der US-Heimatschutzminister hat öffentlich erklärt, dass er gegen die Anführer_innen der BLM-Bewegung ermittelt und deren Verhaftungen anstrebt. Die Hochphase von COINTELPRO liegt noch nicht weit zurück. Wir haben die gravierenden Folgen der Repressionsmaßnahmen, inklusive staatlicher Morde, nicht vergessen, die auf vermeintliche oder tatsächliche Anführer_innen Schwarzer Bewegungen abzielten. Der berühmt-berüchtigte hart rechte Fox-News-Hetzer Tucker Carlson schlug vor, BLM- und Antifa-Aktivist_innen festzunehmen wegen Konspiration. Als mögliche rechtliche Grundlage dafür nannte er die RICO-Gesetze. Dieser „Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act" von 1970 wurde gegen Anführer von Mafia-Gruppen angewandt. Wir müssen das also sehr ernst nehmen. Alles Mögliche als „Black Lives Matter" zu bezeichnen führt zweitens dazu, dass man vergisst, wie viele Jahre politischer Arbeit es braucht, um einen nachhaltigen strukturellen Wandel zu erreichen sowie die Bandbreite und den Umfang von Bewegungen, die sich heute für die Anliegen Schwarzer Menschen einsetzen. Meiner Meinung nach ist es unrealistisch, von „Black Lives Matter" als einzelner Gruppe zu erwarten, einen so umfassenden Systemwandel herbeizuführen, wie wir ihn jetzt brauchen. Darüberhinaus ist es unverantwortlich, diese einzelne Gruppe der geballten Macht staatlicher Unterdrückung auszusetzen.

Was bedeutet „Defund the Police" genau? Ist es eine sinnvolle Forderung?
Die Forderung, der Polizei die Mittel zu kürzen, die nach dem Tod von George Floyd immer lauter wurde, war eine Antwort auf den strukturellen Rassismus der Polizei und auf andere Formen von Staatsgewalt. Viele wünschen sich, dass die Mittel, die der Polizei gestrichen werden, also jener Institution, die am meisten Schaden anrichtet, Schwarzen Menschen zugute kommen, also in die Gesundheit und das Wohlergehen von Schwarzen Communities fließen. Diese zusätzliche Dimension basiert auf der Vorstellung, dass bessere Lebensbedingungen und mehr Sicherheit für Schwarze einen Aufschwung und bessere Bedingungen für die gesamte Bevölkerung bedeuten. Schließlich verbinden manche die Forderung, der Polizei die Mittel zu entziehen, auch mit der letztendlichen Abschaffung der Polizei. Ihrer Meinung nach sind Kürzungen nur ein erster Schritt, wenn es darum geht, die strukturelle Gewalt der Polizei in Angriff zu nehmen. Pauschal kann ich die Frage nach der



Foto: Thomas Hawk, Oakland 2010 (CC BY NC 2.0)

Sinnhaltigkeit der Forderung nicht beantworten. Im Großen und Ganzen aber denke ich, dass sie ziemlich schlau ist. Denn sie greift die Prioritäten der Community auf. Sie hebt die Tatsache hervor, dass viele Städte über die Hälfte ihres Haushalts für die Polizei ausgeben, während sie gleichzeitig Bibliotheken, Schulhorte, Parks und ähnliches schließen, also alles, das dem Wohl der Gemeinschaft dient. Die Forderung ist also eine Antwort auf die spürbaren Auswirkungen einer Politik, die Repressionen und Kontrolle über Wohlergehen und echte Sicherheit stellt.

Welche Auswirkungen haben die Wahlen vom 3. November auf die antirassistische Bewegung?

Vier weitere Jahre Trump hätten zu einer Verschärfung des strukturellen Rassismus geführt. Außerdem wären viele der dürftigen Schutzwälle weiter unterhöhlt worden, die derzeit jene Menschen schützen, die staatlichen Übergriffen am stärksten ausgesetzt sind – aufgrund ihrer „race", aufgrund ihres Geschlechts, aufgrund ihrer finanziellen Lage.

Und zu Biden-Harris: Das Leben unter neoliberalen Demokrat_innen ist dem unter einer rassistischen, faschistischen Trump-Regierung vorzuziehen. Über Biden machen wir uns trotzdem keine Illusionen. Seine Regierung wird sich einer Politik von Recht und Ordnung verschreiben, nicht zuletzt wegen Kamala Harris, deren Job das ja auch war. Bidens Verantwortungsgefühl gegenüber seinen Wähler_innen of Colour wird in den Hintergrund rücken. Und um es klar zu sagen: Der Wahlsieg von Biden ist Latinx und Schwarzen Wähler_innen zu verdanken. Er wird sich situationsbedingt für „racial justice" einsetzen. Was den Kampf gegen den systemischen Rassismus angeht, bin ich ganz und gar nicht optimistisch. •

Rachel Herzing ist die Co-Direktorin des Center for Political Education, eines Forschungs- und Bildungsinstituts in San Francisco für linke Organisationen, soziale Bewegungen, Basisgewerkschaften und People of Color. Rachel Herzing ist Mitgründerin von Critical Resistance, einer nationalen Basisorganisation, die sich der Abschaffung der Knastindustrie widmet.

Das gesamte Interview ist hier zu sehen:
www.rosalux.de/mediathek/media/element/1351
[Untertitel in Deutsch und Englisch]
Vierter Beitrag der Interview-Serie „Biden oder Trump – Die USA vor der Zerreißprobe"

GESCHICHTE

zweiteroktober90.de

Eine antifaschistische Dokumentation über die Gewalt der Vereinigung

KONSTANTIN BEHRENDS, LAURA PETER, JULIAN KUSEBAUCH UND THOMAS WICHER

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten vom 2. zum 3. Oktober 1990 ging mit einer Welle massiver, teils pogromartiger Angriffe von Neonazis auf Linke, Migrant:innen und schwarze Menschen einher. Der Schwerpunkt der Gewalt lag auf dem Gebiet der nun ehemaligen DDR, wo jeweils Dutzende bis Hunderte von Neonazis über Stunden Häuser belagerten und teils sogar anzündeten. In den Folgejahren wurde kaum an diese Ereignisse erinnert und auch ihr Gesamtausmaß blieb unerkannt. Erst 30 Jahre konnten wir mit unserer Recherche und Online-Dokumentation ein Bewusstsein für diese Seite der deutschen Einheit schaffen.

Antifaschistische Geschichtsschreibung und die Dokumentation zweiteroktober90.de

Der Kampf gegen den Faschismus setzt voraus, diesen - oft gegen die Trägheit und den Widerwillen der Gesellschaft und des Staats - überhaupt erst sichtbar zu machen und zu erklären. Dies ist nicht nur eine Aufgabe, die sich im Alltag immer und immer wieder stellt, sondern es ist eine Aufgabe, die auch unsere Vergangenheit berührt. Durch die bestimmte Geschichtspolitik und die gleichzeitige Nichtbeachtung kritischer Stimmen, die eine andere Geschichte erzählen könnten, soll die deutsche Nationalgeschichte nach 1945 um den untrennbar zu ihr gehörenden alten und neuen Nationalsozialismus bereinigt werden. Es braucht daher unabhängige und antifaschistische Initiativen, die die Erinnerungen der Opfer der NS- und Neonazi-Gewalt sowie bisher nicht berücksichtigte Quellen aufgreifen, aufarbeiten und sichtbar machen, wie sich eben diese Gewalt durch die gesamte deutsche Nachkriegsgeschichte zieht.[1]

Eine solche unabhängige Initiative sind wir. Durch Gespräche mit Bekannten, die 1989/90 in Jena, Weimar und Erfurt in der Hausbesetzer- und autonomen Szene aktiv waren, sind wir darauf aufmerksam geworden, dass es in der Einheitsnacht in all diesen Städten Angriffe auf die besetzten Häuser gab. Nach einer anfänglichen Internetrecherche haben wir herausgefunden, dass es mindestens in Hoyerswerda, Leipzig und Zerbst weitere Vorfälle gab und dass diese Seite der Vereinigung vom 3. Oktober 1990 nicht einmal der antifaschistischen Bewegung selbst in Erinnerung geblieben ist, geschweige denn einer breiteren Öffentlichkeit.

Wir haben daraufhin Interviews mit Zeitzeugen geführt, in stundenlanger Archivarbeit Tageszeitungen vom Oktober 1990 durchforstet und antifaschistische, zivilgesellschaftliche und staatliche Literatur zurate gezogen. Auf Grundlage unserer Rechercheergebnisse haben wir die Online-Dokumentation zweiteroktober90.de gestaltet und Ende September 2020 kurz vor dem 30. Jahrestag der Vereinigung und der Neonazi-Angriffe veröffentlicht.

Eine Welle der Gewalt am Vorabend des Einheitstags

Die Zusammenfassung unserer Ergebnisse zeugt von einer Welle der Gewalt erschreckenden Ausmaßes. Wir konnten für den Abend des 2. Oktober und den 3. Oktober 1990 Angriffe von Neonazis auf Linke, Migrant:innen und schwarze Menschen und ähnliche Vorfälle in 29 Städten in Ost- und Westdeutschland sowie der Schweiz ermitteln. Daran waren unmittelbar mindestens 1.000 Neonazis beteiligt.

Der Schwerpunkt dieser Gewaltwelle lag in Ostdeutschland: In Zerbst zündeten über 200 Neonazis das besetzte Haus an und ermordeten beinahe 17 Besetzer:innen; in Weimar griffen über 150 Neonazis mit Molotow-Cocktails das besetzte Haus an; in Leipzig randalierten 150 Neonazis in der Innenstadt und griffen ein Kulturzentrum an; 50 bzw. 80 Neonazis attackierten die Wohnheime der mosambikanischen Vertragsarbeiter:innen in Hoyerswerda und Guben; in Magdeburg randalierten 70 Neonazis in der Innenstadt und ein Mob aus Neonazis und Anwohner:innen belagerte das Wohnheim der vietnamesischen Vertragsarbeiter:innen im Stadtteil Olvenstedt - um nur die größten Vorfälle zu erwähnen.

Aber auch in Westdeutschland kam es zu Aktionen, inklusive Terroranschlägen: In Bonn wurde ein Brandanschlag auf das Stadthaus verübt und in Winterthur in der deutschsprachigen Schweiz warfen drei Neonazis einen Handgranate in die vermeintliche Wohnung eines antifaschistischen Journalisten.

Die Neonazis waren bei den Angriffen mit Flaschen, Pflastersteinen, schweren



Neonazis während des Angriffs auf das besetzte Haus in Weimar am 3. Oktober 1990. Die Straße brennt von ihren eigenen Molotow-Cocktails. Foto: Claus Bach (Weimar)

Schrauben, Holzknüppeln, Baseballschlägern, Messern, Schreckschusspistolen, Pistolen mit Reizgas, Feuerwerkskörpern, Kanistern, Fackeln und Molotow-Cocktails schwer bewaffnet und nahmen den Tod ihrer Opfer billigend in Kauf.

Staatlicher Rückzug mit Ankündigung

Für viele Städte lässt sich aus Zeitungsartikeln und Interviews rekonstruieren, dass die Angriffe vom 2. Oktober 1990 schon im Vorfeld angekündigt waren. Alle beteiligten Parteien wussten davon: die Linken, Migrant:innen und schwarzen Menschen und auch die staatlichen Behörden, einschließlich der Polizei.

Der Staat machte schnell deutlich, dass er nicht einschreiten würde. In Berlin wurde eine PDS-Demonstration abgesagt, da „die Partei durch das Innenministerium und Berliner Behörden gewarnt worden [sei], daß die Sicherheit nicht gewährleistet werden könne." In Jena riet man den Autonomen, ihr Haus zu verlassen, „da Magistrat und Polizei erneut Gewalttaten befürchteten." In Zerbst ließ das Kreisamt der Volkspolizei eine Pressemitteilung veröffentlichen, in der es erklärte, dass es von einem bevorstehenden Angriff wisse und „auf Grund seiner zur Verfügung stehenden Kräfte jedoch außerstande [sei], dort einzugreifen." Ähnliche Meldungen finden sich auch zu anderen Städten.

In manchen Städten gab es seitens der Polizei halbherzige Schutzkonzepte. In Hoyerswerda und Magdeburg wies die Polizei die mosambikanischen bzw. vietnameischen Vertragsarbeiter:innen schlicht an, sich in ihren Wohnungen zu verstecken. In Rostock wurden immerhin 25 sowjetische Juden und Jüdinnen an einen unbekannten Ort gebracht.

Diese Meldungen, Erklärungen und Maßnahmen hatte eine doppelte Signalwirkung. Den potenziellen Opfern der Neonazis wurde so klar gemacht, dass sie sich um ihren eigenen Schutz bemühen mussten. Den Neonazis wurde grünes Licht gegeben. Sie konnten davon ausgehen, dass sie weitgehend ungestört und weitgehend straffrei handeln konnten.

Genaue Einblicke in die Koordination der Neonazis konnten wir bisher nicht gewinnen. Jedoch waren die Angriffe angekündigt, die Neonazis kamen schwerbewaffnet, und an manchen Stellen wird erwähnt, dass sich auch Neonazis aus anderen Städten beteiligten. Dies lässt darauf schließen, dass einige der Angriffe von den Neonazis im Vorfeld geplant und zumindest regional koordiniert worden sind.

Antifaschistischer Selbstschutz und Gegenwehr

Vor diesem Hintergrund bereiteten sich viele Linke, Migrant:innen und schwarze Menschen auf den 2. Oktober vor: „Die Mehrzahl der im Osten Berlins wohnenden Ausländer hat die Feierlichkeiten zum und am Tag der Einheit wohl eher gemieden. Damit wollten Vietnamesen oder Afrikaner möglichen Auseinandersetzungen aus dem Wege gehen", hieß es später in der Zeitung. In ganz Ostdeutschland verbarrikadierten die Hausbesetzer:innen ihre Häuser und bewaffneten sich.

Als am Abend des 2. Oktober dann mindestens 1000 Neonazis loszogen, griff die Polizei erwartungsgemäß in vielen Fällen erst spät und nur halbherzig ein. Von mehreren angegriffenen besetzten Häusern wissen wir, dass die Besetzer:innen sich über ein bis zwei Stunden verbissen wehrten, auch mit Molotow-Cocktails, bis die Polizei anrückte, um die Neonazis zu vertreiben und dabei ein paar wenige Personen zuzuführen.

So beobachteten in Zerbst in der Nähe des besetzten Hauses stationierte Polizist:innen über ca. zwei Stunden, wie über 200 Neonazis das Haus belagerten, mit Molotow-Cocktails bewarfen und anzündeten, ohne einzuschreiten. Erst als das Haus vollständig in Flammen stand und die Besetzer:innen sich auf dem Dachgiebel sitzend auf den sicheren Tod vorbereiten, rückten Polizei und Feuerwehr an und retteten die Besetzer:innen.

Oliver, der den Angriff überlebte, hat 2013 in einem Interview mit „Miteinander e.V." erzählt: „Und dann war es im Endeffekt so, dass man sich von 22 Uhr bis kurz vor Mitternacht aus meiner jetzigen Sicht schon heftige Auseinandersetzungen geliefert hat. Also es wurde mit Steinen geschmissen, mit Raketen geschmissen, mit Molotow-Cocktails geschmissen. Es haben mehrere Leute immer wieder gebrannt. Es war, ja... Bis irgendwann es so war, dass das Haus brannte, und so brannte, dass wir nicht mehr aus dem Haus rauskamen, alle aufs Dach gegangen sind und aufm Giebel saßen. Zu der Zeit war es so, dass Zerbst ein Luftkissen hatte, was für eine Höhe von 5 Metern zugelassen war, wir auf dem Giebel in 18 Meter Höhe standen und die Zerbster Feuerwehr natürlich gar keine andere Chance hatte, als dieses

Auf den 3. vorbereitet

Vorbereitet ist die Volkspolizei, am morgigen Tag der deutschen Einheit für Ordnung und Sicherheit im Territorium zu sorgen. Die Veranstaltungen werden in enger Sicherheitspartnerschaft mit den Verantwortlichen abgesichert. Informiert ist die Volkspolizei, daß es in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober zu einem Zusammenstoß einer großen Anzahl rechtsgerichteter Jugendlicher aus Zerbst, Roßlau und Magdeburg mit linksgerichteten Jugendlichen aus Zerbst in der Ketschauer Mühle kommen soll. Das Zerbster VPKA sieht sich auf Grund seiner zur Verfügung stehenden Kräfte jedoch außerstande, dort einzugreifen.



Oben: Die folgenschwere öffentliche Ankündigung der Polizei, im Falle von Angriffen auf das besetzte Haus in Zerbst nicht einzuschreiten. Faksimile: Volksstimme, Lokalausgabe Zerbst, 2.10.1990.
Unten: Die Rettungskräfte bergen die schwer verletzten Jugendlichen aus dem brennenden besetzten Haus in Zerbst.

Luftkissen aufzubauen. Ja, und dann sind wir aus den 18 Metern Höhe auf dieses Sprungkissen draufgesprungen, sind danach wieder in die Höhe geschleudert worden und sind irgendwo außerhalb aufgekommen. Es gab mehrere Schwerverletzte."

Der Tag danach: Großangriff der Polizei auf die linke Demonstration in Berlin

Einen Tag nach den Neonazi-Angriffen fand in Berlin eine linke Großdemonstration mit über 15.000 Teilnehmer:innen gegen die deutsche Einheit statt. Zu diesem Anlass wurde ein Großaufgebot bestehend Polizei und Bundesgrenzschutz aus Ost- und Westberlin sowie den westlichen Bundesländern zusammengezogen, um die Demonstration zu kontrollieren und letzten Endes zu zerschlagen.

Wolfram Kempe, damals im Neuen Forum aktiv, schrieb eine Woche später in der Oppositionszeitung „die andere": „Viele der Demonstranten fanden es dagegen überhaupt nicht beruhigend, permanent von zwei Helikoptern in knapp fünfzig Meter Höhe überflogen zu werden. Von Doppelketten schwerbewaffneter Polizei und Polizei-Videoteams, die die Demo begleiteten, ganz zu schweigen. [...] Auf der Mühlenbrücke wurde der zweite Lautsprecherwagen der Demonstranten plötzlich ohne erkennbaren Anlaß aus der Polizeikette heraus angegriffen. Wahllos und mit unvorstellbarer Brutalität prügelten die ‚Beamten' auf die Leute ein, die den Wagen zu schützen suchten. Selbst auf am Boden Liegende wurde rücksichtslos eingeschlagen, meist von zwei oder drei Polizisten gleichzeitig. [...] In kleinen Gruppen von zehn bis zwanzig Mann stürmten die Polizisten wild um sich schlagend unter die Demonstranten und zogen sich immer wieder zurück."

Die Teilnehmer:innen der linken Demo mischten sich daraufhin unter das Volksfest am Alexanderplatz, wo die Polizei, so Kempe, ein zweites Mal angriff: „Nach dem Ende des Festes stürmte die Polizei den Platz und prügelte auf alles ein, was keine Uniform trug. [...] Durch eine – gelinde gesagt – schwachsinnige Taktik kurzer, schneller Angriffe wurde die Auseinandersetzung über Stunden in Gang gehalten. Tränengas wurde auf die Demonstranten abgefeuert, Wasserwerfer verspritzten mit CS-Reizstoff angereichertes Wasser – zeitweise mutete die Szenerie wie ein Giftgaskrieg im Herzen der Stadt an. Mit hoher Geschwindigkeit jagten Polizeitransporter in Gruppen von Menschen, die sich oft erst in letzter Sekunde in Sicherheit bringen konnten. Bürger, die versuchten, mit den Polizisten ein Gespräch zu beginnen, bekamen den Knüppel zur Antwort. Zu bedauern ist, daß es Plünderungen gegeben hat. Allerdings muß man darauf hinweisen, daß die Polizei dem seelenruhig zugeschaut hat."

Das polizeiliche Vorgehen gegen die linke Demonstration vom 3. Oktober zeigt deutlich, dass Staat und Polizei durchaus handlungsfähig und handlungswillig waren. Obwohl sie darüber informiert waren, dass es am 2. Oktober zu zahlreichen Neonazi-Angriffen kommen würde, entschieden sich die Behörden allerdings, wegzuschauen und erst spät einzugreifen. Damit nahmen sie bewusst Todesopfer in Kauf.

Die nachträgliche Vertuschung der Neonazi-Gewalt

Laut den Zeitungsberichten nahm die Polizei am Abend des 2. Oktober einige Neonazis fest und begann wohl auch Ermittlungen. Inwiefern diese tatsächlich zu Anklagen und Verurteilungen führten, konnten wir noch nicht rekonstruieren. Zumindest in Zerbst sind sich die Zeitzeugen einig, dass es eine Gerichtsverhandlung gab, bei der alle Verfahren eingestellt wurden.

Auch Presse und Öffentlichkeit nahmen die Angriffe vom 2. Oktober nicht ernst. Während die Berichte über Randale und Ausschreitungen der Berliner Autonomen für Aufsehen und Empörung sorgten, waren die Angriffe der Neonazis den allermeisten Zeitungen gerade eine Randnotiz wert. Nur in wenigen Fällen scheint die Neonazi-Gewalt für öffentliche Diskussion gesorgt zu haben.

Das Ausbleiben einer angemessenen medialen, öffentlichen und politischen Reaktion auf die massive Neonazi-Gewalt vom 2. Oktober 1990 führte dazu, dass die Opfer der Angriffe mit diesen Erfahrungen allein gelassen wurden und diese Erfahrungen nicht in das öffentliche Bewusstsein und die öffentliche Erinnerung aufgenommen wurden. 30 Jahre später konnten wir mit unserer Recherche diese Erfahrungen zutage fördern und zumindest in Ansätzen eine öffentliche Diskussion anregen. In Zerbst hat die Veröffentlichung unserer Dokumentation einige der Überlebenden aus dem brennenden Haus dazu ermutigt, kurzfristig eine Veranstaltung zu organisieren, bei der auch Vertreter:innen der Stadt und der Presse anwesend waren, was gewissermaßen eine verspätete Anerkennung des pogromartigen Angriffs darstellt.



Der Angriff der Polizei auf die Abschlussveranstaltung der Demonstration auf dem Berliner Alexanderplatz. Foto: GEZETT, Wolfram Kempe: „Tag der deutschen GemEinheit", in: die andere, Nr. 38, 10.10.1990, S. 4.

Der 2. Oktober 1990 als Teil der deutsch-deutschen Gewalttradition

Die Angriffe vom 2. Oktober waren der vorläufige Höhepunkt in der Eskalation der Neonazi-Gewalt. Das vorhandene Potenzial rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt hat sich in Ost und West schon vor der Wende in Angriffen, Hetzjagden, Pogromen, Anschlägen und Morden gezeigt. Mit der Wende wurde es v. a. in Ostdeutschland vollends freigesetzt. Die Neonazi-Gewalt wurde nun zum Alltag und es kam immer wieder auch zu größeren Angriffen mit Hunderten von Neonazis. Am 2. Oktober haben sie dann in mehreren Städten gleichzeitig unter teils pogromartigen Bedingungen Häuser und Wohnheime angegriffen. Diese Entwicklung setzte sich mit der Zunahme rechter Morde ab der Vereinigung fort und mündete schließlich in den Pogromen der Jahre 1991 und 1992. Diese unterscheiden sich von den Angriffen des 2. Oktober 1990 insofern, dass sich auch Hunderte von Anwohner:innen an den Angriffen der Neonazis beteiligten und dass sich die Presse aktiv einbrachte, die Pogrome begleitete bzw. inszenierte und so beförderte.

Die weitere Arbeit an der Dokumentation

Wir hoffen, dass wir sowohl innerhalb der antifaschistischen Bewegung als auch in der breiteren Öffentlichkeit ein Bewusstsein für die Neonazi-Gewalt während der Einheitsfeierlichkeiten vom 2. und 3. Oktober 1990 schaffen konnten. Auch hoffen wir, dass wir 30 Jahre danach dazu beitragen konnten, dass die Erfahrungen der Angegriffenen und Überlebenden endlich anerkannt und ernst genommen werden.

Wir werden unser Recherche- und Dokumentationsprojekt bis zum 3. Oktober 2021 in vier Richtungen fortsetzen:

1. Wir wollen mehr Hintergrundwissen über die damalige Neonazi-Szene zusammentragen, um so ihre Koordination um den 2. Oktober 1990 nachvollziehen zu können.
2. Wir wollen weitere Vorfälle ermitteln, um so das Bild zu vervollständigen.
3. Wir wollen uns genauer mit den polizeilichen Reaktionen und Gerichtsprozessen im Anschluss an den 2. Oktober 1990 beschäftigen, um so das staatliche Verhalten besser einschätzen zu können.
4. Wir wollen Vorfälle vor und an den Jahrestagen der der Einheit seit 1990 ermitteln, um so die 1990 begründete Gewalttradition zum Einheitstag zu rekonstruieren.

Die so ergänzte Dokumentation soll dann in Form einer Broschüre erscheinen. Wer uns bei dieser Arbeit durch Hinweise und Mitarbeit helfen möchte und auch wer die Herausgabe der Broschüre unterstützen oder diese vertreiben möchte, ist herzlich dazu eingeladen, mit uns Kontakt aufzunehmen. •

Die Autor:innen
Konstantin Behrends, Laura Peter, Julian Kusebauch und Thomas Wicher leben in Jena und engagieren sich in unterschiedlichen Organisationen und Initiativen der unabhängigen Linken. Im Frühling und Sommer 2020 haben sie die Online-Dokumentation zweiteroktober90.de gestaltet und veröffentlicht.

1 Einige solcher Projekte, die sich mit Rassismus und Neonazis in der DDR, der Wendezeit und den 1990er Jahren beschäftigen, haben wir auf unserer Seite aufgeführt, siehe https://zweiteroktober90.de/links

REPRESSION

Seit dem Tod eines 55-jährigen Falange-Sympathisanten im spanischen Saragossa im Dezember 2017 saß der Antifaschist und Anarchist Rodrigo Lanza in Untersuchungshaft. Am 23. September 2020 wurde er nun zu 20 Jahren Haft verurteilt.

20 Jahre Gefängnis

Zu dem, was genau an jenem Abend vom 7. auf den 8. Dezember 2017 passierte, gibt es unterschiedliche Versionen. Fest steht, dass es in jener Nacht vor einer Bar in Saragossa zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Anhänger der faschistischen Bewegung[1], Victor Laínez, und dem Antifaschisten Rodrigo Lanza und seinen drei Freund_innen kam. Und dass Lainez schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden musste, wo er einige Tage später an seinen Verletzungen starb. Als Tatverdächtiger wurde Rodrigo Lanza festgenommen.

Der erste Prozess gegen Rodrigo im November 2019 führte zu einer Verurteilung wegen schwerer Körperverletzung mit Todesfolge zu fünf Jahren Haft. Staatsanwaltschaft und Nebenklage legten jedoch beim Obersten Gericht von Aragon Berufung ein, woraufhin es zu einer Wiederaufnahme des Verfahrens kam. Diesmal forderte die Jury Lanza des Mordes für schuldig zu sprechen und zu 25 Jahren Haft und einer Entschädigung von 500.000 Euro zu verurteilen. Die Staatsanwaltschaft hatte 20 Jahre Haft und 150.000 Euro Entschädigung gefordert, die Nebenklage – bestehend aus der Familie des Verstorbenen mit Unterstützung der rechten Partei „VOX" – forderte 23 Jahre Haft und 500.000 Euro Entschädigung. Am 23. September 2020 fällte die Richterin das Urteil: Rodrigo wurde des „heimtückischen" und politisch motivierten Mordes für schuldig erklärt und zu 20 Jahren Haft und einer Entschädigungszahlung von 200.000 Euro verurteilt. Rodrigo selbst hatte in seiner Verteidigung stets erklärt, dass er aus einer Selbstverteidigungssituation heraus auf einen Messerangriff von Laínez reagiert habe. Angehörige und Freund_innen von ihm veröffentlichten eine Stellungnahme, in der sie den Angehörigen des Opfers ihre Anteilnahme aussprachen und die Sicht Rodrigos darstellten. Demnach hatte Laínez Rodrigo in der Bar zu sich gerufen und ihn als „sudaca de mierda" beleidigt. Hierbei handelt es sich um eine rassistische Beleidigung gegen Lateinamerikaner_innen, Rodrigo stammt aus Chile. Als Rodrigo mit seinen drei Begleiter_innen später das Lokal verließ, sei ihm Laínez gefolgt und habe ihn mit einem Messer attackieren wollen, worauf er ihm ins Gesicht geschlagen habe. Ein Freund von Rodrigo bestätigt dies und gibt an, er habe laut „Achtung, er hat ein Messer!" gerufen; Rodrigo musste also mit einem Angriff gerechnet haben. Da das Messer jedoch nie gefunden wurde, würdigte das Gericht diesen Umstand nicht. Da Rodrigo seither in Untersuchungshaft saß, werden diese drei Jahre auf die Haft angerechnet. Der Anwalt von Rodrigo kündigte an, gegen das Urteil Berufung einzulegen. Der Fall erregte Aufsehen in der spanischen Öffentlichkeit, es wurde eine Kampagne gegen Rodrigo gefahren und eine spekulative Version lanciert, die Rodrigo vorverurteilte. Die Presse nannte es das „Verbrechen der Hosenträger" und behauptete, Laínez sei nur deshalb angegriffen worden, weil er Hosenträger mit den Farben der spanischen Flagge getragen habe. Die Hosenträger wurden jedoch nie gefunden. Der Diskurs in den bürgerlichen bis extrem rechten Medien steht im Kontext der katalanischen Unabhängigkeitserklärung im selben Zeitraum. Die politische Situation beeinflusste das Verfahren und der Fall wurde gegen die katalanische Bewegung verwendet. Aufgegriffen wurde hierzu auch ein Fall aus der Vergangenheit: Im Jahr 2008 war Rodrigo wegen schwerer Körperverletzung an einem Polizisten verurteilt worden. Er soll am 4. Februar 2006 einen Blumentopf auf einen Polizisten geworfen und diesen dabei schwer verletzt haben. Bei der Räumung einer Party in einem besetzten Haus in Barcelona war es zu Auseinandersetzungen gekommen, es flog ein Blumentopf aus dem Haus und traf einen unbehelmten Polizisten am Kopf. Die Polizei nahm noch in der Nacht wahllos zahlreiche Personen zum Teil weit über das Stadtgebiet verstreut fest, die äußerlich der linken Szene zugerechnet wurden. Auch Rodrigo, der sich jedoch zur Tatzeit nicht im Haus, sondern auf der Straße aufhielt, wurde festgenommen und angeklagt. Als sich der Auftenthaltsort Rodrigos nicht mit der Flugbahn des Blumentopfes in Einklang bringen liess, wurde kurzerhand die Version des Tatgeschehens geändert. Damals kam es zu einem langen Prozess, es gab viele Verhaftungen und am Ende wurden vier Personen zu Haftstrafen verurteilt. Patricia Heras, eine der in dem Fall angeklagten Jugendlichen, nahm sich bei einem Freigang das Leben. Bekannte und Angehörige beschrieben Patricia Heras als Transfeministin, die unter anderem in der Queer-Szene in Barcelona sowie bei Initiativen wie „Post-Porno" aktiv war. Patricia Heras habe sich freiwillig für den Tod entschieden, wobei „absolut keinen Zweifel daran bestehe, dass die Umstände der Repression ihre Entscheidung beeinflussten", betonten Freund_innen und Genoss_innen.[2] Ein im Jahr 2013 erschienener Dokumentarfilm „Ciutat morta" zu dem Fall – bekannt als „Fall F4" (4. Februar) – kommt in seinen Recherchen zu dem



Der Fall des Antifaschisten und Anarchisten Rodrigo Lanza wurde im Kontext der Unabhängigkeitsbewegung zum Politikum, der Prozess von rechts instrumentalisiert.

Schluss, dass die Urteile ungerechtfertigt waren und beschreibt Vorurteile, Erniedrigungen und Gewalt bei der Polizei und die Tendenz zur Straffreiheit bei der Strafverfolgung von Polizist_innen. Ein Netzwerk aus polizeilicher und administrativer Korruption wird skizziert. Das lokale Fernsehen TV3 weigerte sich bis 2015, den Film zu produzieren oder zu zeigen. Als er doch ausgestrahlt wurde, waren auf Anordnung des Gerichts fünf Minuten gekürzt worden. Nachdem Rodrigo Lanza fünf Jahre im Gefängnis verbracht hatte, zog er nach Saragossa, nicht zuletzt, weil er in Barcelona fortwährenden Polizeischikanen ausgesetzt war. Vor dem Hintergrund hatte Rodrigo nach seiner Freilassung geäußert, er glaube nicht an das Rechtssystem und suche nach Vergeltung für das, was ihm widerfahren ist. Eine Debatte über „Schuld" und „Unschuld", die Konstruktion von Gerechtigkeit und ob diese Kategorien in dieser Gesellschaft überhaupt Sinn ergeben (um dann an die Unschuld zu appellieren), beschäftigte Gefangenensolidaritätsgruppen und die anarchistische Bewegung. Die Aussagen von Rodrigo griffen nun nicht nur rechte Medien auf und bezeichneten die Auseinandersetzung von Saragossa als eine angekündigte Vergeltungstat. Die Zeitung „El Periodico" übertitelte ihre Berichterstattung mit: „Ich suche nach Rache, das habe ich ganz klar." Rodrigos politische Aussagen wie „Ich glaube heute mehr als denn je an die rechtsmäßige Selbstverteidigung, an den Antifaschismus, an meine Geschwister auf den Straßen, an meine Familie, an meine Prinzipien", werden nunmehr von der Anklage so gedeutet, dass aufgrund seiner politischen Einstellung eine Auseinandersetzung mit einem neofaschistischen Falangisten keine Selbstverteidigung sein könne, sondern ein bewusstes Verbrechen (Hassverbrechen), bei dem der Gegner nur aufgrund seiner Gesinnung angegriffen worden sei.

Die extreme Rechte in Spanien bezeichnet den getöteten Víctor Laínez als einen von ihnen. Er sei seit den 1980er Jahren Mitglied der „Falange Española de las JONS" (die 1934 gegründete spanische faschistische Partei) gewesen. Zu seiner Beerdigung sollen Vertreter der Falange mit roten Rosen erschienen sein. Die rechte Partei „VOX" machte sich als Nebenklägerin im Verfahren gegen Rodrigo den Fall zu Eigen, Rechtsanwalt David Arranz war als Vertreter der Partei im Prozess. Der Fall war auch Thema im spanischen Kongress, die „VOX"-Sprecherin Macarena Olona zeigte dem zweiten Vizepräsidenten ein Foto von Rodrigo Lanza und verkündete: „Sie kannten diesen Kerl, Mr. Iglesias". Währenddessen berichtete Rodrigos Mutter kurz nach der Verhaftung von Morddrohungen durch Neonazis gegen sie und andere Familienmitglieder. Sie fürchten um ihr Leben. Freunde und Unterstützer_innen rufen dazu auf, Rodrigo im Gefängnis zu schreiben:

Rodrigo Lanza Huidobro
Centro Penitenciario De Zuera
Autovía A-23, Km 328
50800, Zaragoza
Spanien

1 Die Falange war eine faschistische Bewegung in Spanien, die von 1933 bis 1937 bestand. Ihre Mitglieder wurden als Falangisten bezeichnet. Am 19. April 1937 wurden die faschistischen Falangisten zusammen mit den monarchistischen Carlisten von General Francisco Franco zur Staatspartei F.E.T y de las JONS vereinigt, deren Parteichef Franco wurde.
2 marina.blogsport.de/2011/07/08/ehemalige-gefangene-in-spanien-begeht-selbstmord/#more-59

REPRESSION

In Basel werden Antifaschist*innen zu Haftstrafen verurteilt, weil sie sich 2018 einem genehmigten Neonazi-Aufmarsch entgegenstellten. Und weil sie damit erfolgreich waren.

Breite Solidarität gegen massive Repression

PAUL KELLNER FÜR DIE KAMPAGNE 500K.CH

Aufgrund der Pandemie hält sich die Schweizer Linke gerade ziemlich zurück mit öffentlichen Mobilisierungen. Doch es gibt Ausnahmen. Etwa jene vom 28. November 2020 in Basel: Unter der Parole „Für einen revolutionären Antifaschismus" zogen etwa 3.500 Personen durch die Grenzstadt am Rhein. Es war die mit Abstand größte Antifa-Demonstration seit den antifaschistischen Abendspaziergängen in Bern Anfang der Nullerjahre. Die Demonstrant*innen kamen zu Hunderten aus Bern, Zürich, der Romandie und anderen Gegenden der Alpenrepublik nach Basel. Hintergrund dieser Massenmobilisierung ist eine Repressionswelle gegen die antifaschistische Bewegung. Und ein durchschlagender Erfolg einer „Anti-Nazi-Blockade" vom 24. November 2018.

Testlauf der Schweizer Neonazi-Szene

Vor zwei Jahren empörten sich Rechte weltweit über den neuen UNO-Migrationspakt. Die „Partei national orientierter Schweizer" (PNOS), eine völkisch-nationalistische Kleinstpartei und zugleich die einzige parteilich organisierte Neonazistruktur in der Schweiz, nahm den Migrationspakt zum Anlass, in Basel eine Protestkundgebung „gegen überbordende Migration" anzumelden. Eine Kundgebung hatte die PNOS schon seit Jahren nicht mehr hinbekommen, erst recht keine Demonstration. Und noch nie seit ihrer Gründung im Jahr 2000 hat es die PNOS gewagt, in einer links dominierten Großstadt des Landes aufzumarschieren.

Ihre Basler Kundgebung hatte also eindeutig den Charakter eines Tabubruchs und eines Testlaufs. Das realisierten bald auch andere neonazistische Spektren, die nach und nach den PNOS-Aufruf unterstützten. So etwa die „Kameradschaft Heimattreu" und die Sammlungsbewegung „Nationale Aktionsfront" aus aus dem Kanton Schwyz, die „Résistance Hélvetique" aus der Westschweiz sowie „Blood & Honour Schweiz". Kurzum: fast alle aktiven Schweizer Neonazi-Strukturen propagierten die Fahrt nach Basel. Alte Rivalitäten und Ressentiments gegen die umstrittene PNOS solle man begraben und nun zusammenstehen, hieß es in den extrem rechten Kreisen.

2000 gegen 50

Antifaschist*innen rätselten, wie viele Teilnehmende wohl zusammenkommen würden. Umso mehr, als der damalige Basler PNOS-Chef Tobias Steiger für seine Kundgebung eine polizeiliche Genehmigung erhielt, das Gesuch für eine Gegenkundgebung in Hör- und Sichtweite hingegen abgelehnt wurde. Davon unabhängig rief das Bündnis #Baselnazifrei dazu auf, die PNOS-Kundgebung mit allen nötigen Mitteln zu verhindern.

Schließlich war der große Tag gekommen. Doch für die PNOS begann er ernüchternd. Statt der 450, die Tobias Steiger in der Presse angekündigt hatte, erschienen nur knapp 50 Rechte, die einer Übermacht von 2000 Antifaschist*innen gegenüberstanden. Dies zu Beginn sogar ohne Polizeischutz. Die später herbeieilende Polizei konnte eine Konfrontation gerade noch verhindern. Erleichtert rollten die Neonazis ihre Fahnen aus. Doch aus ihrer misslichen Lage, in die Ecke gedrängt und umringt von einer schützenden Polizeikette, kamen sie vorerst nicht mehr heraus. So verhallte Steigers Hetzrede gegen eine angeblich jüdische „Neue Weltordnung" fernab jeder Öffentlichkeit, ebenso jene von Karl Richter, damals noch NPD-Stadtrat in München.

„Ablenkung" mit Gummischrot

Im Zuge der Versammlung entschied sich die Polizei mehr Bewegungsfreiheit für die Neonazis zu schaffen. Die polizeilichen Überlegungen, wie das erreicht werden könne, sind heute dank geleakter Polizeivideos und -audios bekannt: Die Antifaschist*innen, die sich zu diesem Zeitpunkt völlig friedlich verhielten, sollten „abgelenkt" werden, damit die Rechten ungestört abziehen konnten. Der Polizeiangriff begann wie aus dem Nichts. Und zwar – wie in der Schweiz üblich – per Gummischrot. Mindestens zehn Polizei-Schützen schossen während einer ganzen Minute in die Menge hinein. Drei schwere Gesichts- und Augenverletzungen waren die Folge. Den vorgeschriebenen Mindestabstand von 20 Metern ignorierte die Polizei. Die für schweizerische Verhältnisse relativ brutale Attacke löste sofort einen kleineren Krawall samt Barrikadenbau aus, wobei die Menge gegen die hochgerüstete Polizei eher schlecht vorbereitet war und wohl mehr Bierdosen und andere harmlose Gegenstände flogen als Steine.





Trotz der Polizeigewalt war der Tag ein Erfolg für die Antifaschist*innen und eine peinliche Schlappe für die Neonazis. Obwohl sie für diese Generalprobe alles aufgeboten hatten, kam nur ein trauriges Häuflein zusammen. Auffallend war aber noch ein anderer Punkt: Trotz einiger Schlägereien, den militanten Auseinandersetzungen und einem Heer von Polizei ließen sich die Verhaftungen letztlich an einer Hand abzählen. Vorerst.

Razzien und Pranger

Bald folgten schweizweit Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Nach den Razzien, die mit DNA-Entnahmen einhergingen, folgte der zweite Schlag. Die Basler Staatsanwaltschaft stellte Bilder von 30 gesuchten „Krawallmachern" ins Internet. Den Onlinepranger nahm die SVP-nahe „Basler Zeitung" dankend auf und druckte ihn 1 zu 1 ab - ein Novum in der Schweiz. Ebenfalls neu war, dass die Staatsanwaltschaft insgesamt 60 Strafverfahren eröffnete - so viele wie noch nie bei einem Strafdelikt in Basel, auch nicht bei Ausschreitungen nach Demonstrationen oder Fußballspielen.

Seit Juli 2020 stehen nun fast wöchentlich Antifaschist*innen vor dem Basler Strafgericht. Und dieses folgt den haarsträubenden Anklagen der Staatsanwaltschaft weitgehend. Allen Angeklagten wird „Landfriedensbruch" und „Teilnahme an nicht bewilligter Demonstration" vorgeworfen. Also der Verstoß gegen zwei „Gummiparagrafen", mit denen auch jene abgeurteilt werden können, die nichts anderes verbrochen haben, als anwesend zu sein.

Knast für „Gesinnungstäterin"

Die verheerende Urteils-Bilanz bisher: schon über zehn Haftstrafen sind verhängt worden. Zu jeweils 6, 7, 8 oder mehr Monaten, meist ausgesetzt auf mehrjährige Bewährung. Nicht so bei einer 28-jährigen Basler Antifaschistin. Ihr Urteil lautet auf 8 Monate Haft ohne Bewährung, obwohl sie nicht vorbestraft ist, ihr keine aktive Gewalttat und nicht einmal Vermummung vorgeworfen wurde. Schuldig sei sie jedoch der „passiven mehrfach qualifizierten Gewalt und Drohung gegen Beamte". Sie habe allein durch ihre Anwesenheit die „gewalttätige und aggressive Stimmung" vor Ort unterstützt und gebilligt. Diese „unbedingte" Haftstrafe begründete der Gerichtspräsident damit, dass die Frau eine „Gesinnungstäterin" sei, wie ihr vorgetragenes Plädoyer für einen revolutionären Antifaschismus beweise.

Alle Urteile sind bisher auffällig drakonisch. So sehr, dass sich schon mehrfach Rechtsexpert*innen empört an die Öffentlichkeit gewandt haben, darunter sogar der ehemalige Basler Gerichtspräsident. Die Anwaltschaft der Angeklagten fordert die Verlegung der Prozesse an ein unbefangenes, außerkantonales Gericht. Noch skandalöser als die Urteile sind freilich die Strafforderungen. Einen kurdischen Angeklagten wollte die Staatsanwaltschaft an die Türkei ausliefern, wo er politisch verfolgt ist. Für einen Demonstranten, der am 24. November 2018 sein Augenlicht durch Gummischrot weitgehend verloren hatte, forderte der Staat 14 Monate Haft auf 4 Jahre Bewährung. Seine Augenverletzung habe er sich möglicherweise mit seiner Fahnenstange selbst zugefügt. Doch diese Version hielt sogar der Richter für „abwegig".

Spenden- und andere Erfolge

Verzweifeln müssen die Verurteilten und Angeklagten wegen all dem nicht. Zum einen, weil eine historisch einmalige antifaschistische Spendenkampagne unter dem Namen 500k.ch mit solcher Kraft gestartet ist, dass binnen weniger Wochen über 100.000 Franken zusammengekommen sind. Das Ziel einer halben Million Franken für Repressions- und Anwaltskosten dürfte spätestens Ende 2021 erreicht sein. Und zum andern, weil die Schweizer Neonazis seit 2018 noch an Mobilisierungsfähigkeit verloren haben. Die PNOS dümpelt in ihrer vielleicht tiefsten Krise überhaupt und ist fast inaktiv. Mehrere andere Gruppen haben sich kürzlich aufgelöst. Und der oberste Basler Repressionsverantwortliche, FDP-Regierungsrat Baschi Dürr, wurde abgewählt. Demgegenüber beweist die antifaschistische Bewegung in diesen Monaten, dass sie nicht nur mit Neonazis, sondern auch mit einem Massen-Schauprozess umzugehen weiss. •

Mehr Informationen zur Solikampagne findet ihr auf www.500k.ch und Twitter 500kCh.

„Freiheit für Lina“

SOLIDARITÄTSGRUPPE FÜR LINA (FREIHEITFUERLINA.NOBLOGS.ORG)



Am 5. November 2020 wurde die Antifaschistin Lina von der Generalbundesanwaltschaft und der Leipziger „Soko LinX“ inhaftiert. Ihr wird vorgeworfen Teil einer kriminellen Vereinigung (Paragraf 129 StGB) zu sein und Straftaten im Rahmen dieser Vereinigung begangen und geplant zu haben. In Leipzig versuchen die Strafverfolgungsbehörden mit freundlicher Unterstützung der Medien eine Stimmung zu schüren, die sich gegen antifaschistisches Engagement und linke Ideen im Leipziger Stadtteil Connewitz richtet. Das hiesige Verfahren stellt dabei keinen Einzelfall dar. In der Vergangenheit wurden mehrfach Ermittlungen nach den Paragrafen 129 StGB gegen Antifaschist_innen unter Einsatz von Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) und Observationen durchgeführt. Die Betroffenen erfuhren meist erst Monate oder Jahre später davon, zusammen mit der Mitteilung, dass die Ermittlungen zu keinem Ergebnis geführt haben. Das zeigt, dass der Vorwurf ein beliebtes und gängiges Instrument der Strafverfolgungsbehörden ist, um linke Strukturen zu durchleuchten und mithilfe von Repressionen zu zerschlagen. Am 1. Dezember 2019 gründete sich dazu eine Sonderkommission der Polizei (Soko LinX). Diese kürte Leipziger Antifaschist_innen zu ihrem Ermittlungsobjekt und verkaufte den Fall Lina als Etappenerfolg, dem weitere folgen sollen. Auf Basis der kalkulierten Weitergabe von persönlichen Informationen, Ermittlungserkenntnissen und Akteninhalten wurde Lina von Teilen der Presse zur „Chef-Chaotin“ und quasi-Terroristin erklärt. Implizit wurden ihr politische Straftaten im ganzen Landkreis zugerechnet und das Bild einer Person konstruiert, die sich in den Untergrund absetzte. Dies entlarvt das politische Kalkül, Repressionen gegen Antifaschist_innen gesellschaftlich zu legitimieren und ein deutliches Feindbild zu kreieren. Dafür spricht auch, dass die Verletzungen des vermeintlichen Opfers in Pressemitteilungen der Polizei kurz nach dem vermeintlichen Übergriff als „leicht“ bezeichnet wurden, mittlerweile aber von „schwersten“ oder „erheblichen Verletzungen“ die Rede ist. Dass es sich bei der Beschuldigten um eine Frau handelt, führte dazu, dass sich die mediale Berichterstattung vornehmlich auf die Farbe der Fingernägel, die Länge des Rockes und die Körperfigur konzentrierte. Durch diese Konzentration auf weiblich-zugeschriebene Attribute wird das Bild der „weiblichen Unschuld“ gezeichnet, das im vermeintlichen Kontrast zum männlich konnotierten Tatvorwurf zu einem sexistischen Konstrukt wird. Offenbar bedroht die Vorstellung einer kämpfenden Frau bis heute die Männerwelt des „natürlichen“ Geschlechterverhältnisses. Kämpfende antifaschistische Frauen wurden im 2. Weltkrieg zum Schreckbild der kastrierenden „Flintenweiber“. Prof. Klaus Theweleit hat das in seinen Studien über faschistische Gewaltfantasien und soldatische Männlichkeit näher beschrieben. Das Nachrichtenportal „tag24“ zeigt sich verwirrt: „Für manche war sie die schöne, schlanke Studentin mit den dunkelblonden, langen Haaren. Für den Generalbundesanwalt ist sie die Anführerin eines hochorganisierten linken Schlägerkommandos.“ Warum eigentlich nicht beides, wenn man sich denn ohnehin nicht für die Unschuldsvermutung interessiert. Die „BILD“ hat als Titel „Chef-Chaotin im Mini-Rock zum Richter“ zu bieten und widmet sich – journalistisch offenbar unverzichtbar – dem Aussehen: „Rote Fingernägel, schwarzer Mini-Rock, offenes Haar – so steigt Lina E. (25) aus dem Hubschrauber der Bundespolizei.“

Wir sind mit hohen Haft- und Anwaltskosten konfrontiert. Daher bitten wir um Spenden an:

Rote Hilfe e.V., GLS-Bank,
IBAN: DE55 4306 0967 4007 2383 17
BIC: GENODEM1GLS
Stichwort: unverzagt

„Yoga and Sports for Refugees“ auf Lesbos

EINE GEMEINSAME KAMPAGNE VON LESS TALK & KONFRONT STREETWEAR (KONFRONT-STREETWEAR.DE/MORIA)

Wir wollen den Verein „Yoga and Sport for Refugees“ aktiv supporten. Dieser unterstützt Geflüchtete dabei Kampfsportkurse auf Lesbos und in Athen zu organisieren. Der Verein bietet dafür einen rechtlichen Rahmen und stellt Räume für Trainings bereit. Der Fokus liegt auf der Selbstorganisierung der Geflüchteten. Außerdem gibt es spezielle Angebote für Frauen. So zielen z.B. die Selbstverteidigungskurse darauf ab, Frauen physisch und psychisch zu stärken und ihnen damit mehr Selbstvertrauen zu geben. Sie sollen in ihrem Alltag direkt und effektiv unterstützt werden. Empowerment ist das oberste Ziel. Wir wollen mit dieser Kampagne Menschen vor Ort gezielt und direkt helfen. Für einige Geflüchtete schafft dies konkrete Perspektiven. Außerdem nimmt es Menschen, die helfen wollen, ein Stück weit ihre Ohnmacht. Für den politischen Kampf gegen das unmenschliche Lagersystem und die rassistische und ausgrenzende Migrationspolitik der EU sind solche Kampagnen zwar eine gute Ergänzung, jedoch niemals ein Ersatz.

Ihr wollt unterstützen? Checkt die Homepage. Aktiviert eure Kampfsport Community vor Ort und nehmt Kontakt mit uns auf.

Neonazi als „Umbrella Man"?



■ Als „Umbrella Man" ist in den USA ein Mann bekannt, der nach dem Attentat auf Kennedy 1963 als Zeuge gesucht wurde. Seit 2020 hat die USA einen neuen Umbrella-Man. Nach dem Tod von George Floyd durch Polizeigewalt kam es in den gesamten USA zu Demonstrationen und Protesten – fast alle hiervon friedlich. In Minneapolis (Minnesota) tauchte am 27. Mai 2020 am Rand einer solchen Demonstration ein Mann auf. Er trug schwarze Kleidung, Gasmaske und einen großen aufgespannten Regenschirm und begann systematisch mit einem Hammer die Scheiben eines Autohauses einzuschlagen. Demonstranten redeten auf ihn ein und baten ihn aufzuhören. Die Polizei in Minneapolis konstatierte später, dass erst durch diesen Mann ein bis dahin friedlicher Protest in gewalttätige Auseinandersetzungen kippte. Diese vermutete den Täter nicht im Umfeld der BLM-Bewegung, sondern eher im Lager der „White Supremacisten". Als am 27. Juni 2020 eine Gruppe der rassistischen Biker- und Gefängnisgang „Aryan Cowboys" die Muslima Sophia Rashid und ihre 4-jährige Tochter in Stillwater im Osten von Minneapolis bedrängten, machte diese Fotos von den Angreifern. Auf Ihnen zu sehen: Der 1988 geborene Mitchell Wesley Carlson. Dieser war der Polizei kein Unbekannter: Er war bereits wegen häuslicher Gewalt und Körperverletzung vorbestraft. Die Polizei verglich die Fotos mit dem „Umbrella Man" und erkannte ihn wieder. Minneapolis war kein Einzelfall. Auch in Richmond, Virginia, nahm die Polizei im Juli 2020 sechs „White Supremacists" fest, die aus BLM-Protesten heraus Geschäfte und die Polizei angriffen. Auch aus Kalifornien und Boston wurden solche Aktivitäten gemeldet. Offensichtlich gab es unter den „White Supremacisten" über den Messenger-Dienst Telegram gezielte Absprachen sich unter die Protestierenden zu mischen und den Protest durch ungezielte Gewalttaten zu delegitmieren. •

Ein rassistischer Mord – Portugal

■ Am 25. Juli 2020 wurde der POC Schauspieler Bruno Candé in Moscavide auf einer Parkbank von Evaristo Marinho erschossen. Der Ex-Militär wurde noch am Tatort von Passanten überwältigt, seine Waffe war in den 1990er Jahren aus Polizeibeständen entwendet worden. Der geständige Mörder bestritt gegenüber der Polizei rassistische Motive gehabt zu haben. Doch laut Zeugenaussagen soll der Täter sein Opfer schon drei Tage zuvor rassistisch beleidigt und mit dem Tod bedroht haben. Der 76-jährige Ex-Kämpfer verkündete: „In Angola habe ich etliche wie den umgebracht". In Portugal kommt es zu massiven Drohungen gegen AntirassistInnen, AntifaschistInnen, Flüchtlinge, POC und LGBTI. Vor einer Anti-Rassismus-Organisation kam es zu einem Aufmarsch im Stil des Ku Klux Klan. Mit dem Einzug der ultrarechten Partei „Chega" ins Parlament gibt es in Portugal auch einen parlamentarisches Sprachrohr für Rassismus. Der Chega-Chef und Parlamentarier André Ventura forderte im Januar 2020 die Deportation der POC Parlamentarierin Joacine Katar Moreira von der Linkspartei Livre (Frei). Die „Chega" ist auch ein Anziehungspunkt für Neonazis. So wurden bei einer Parteiveranstaltung in Porto Hitlergrüße gezeigt und der Gründer der „Hammerskins" in Portugal, Mário Machado, rief seine Anhänger dazu auf, in die „Chega"-Partei einzutreten. Machados kann als eine Art schwerkriminelle Serientäter bezeichnet werden, er geriet u.a. wegen Waffenbesitz, Erpressung und Entführung in den Fokus der Behörden und ging im Gefängnis ein und aus. Schon 1995 war er an einer rassistischen Hetzjagd auf POC in Lissabon beteiligt, bei der neun Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Alcindo Monteiro wurde von dem rassistischen Mob ermordet. Tiago Monteiro war bis Januar 2020 Berater der „Chega"-Führung. Er musste sein Amt erst niederlegen, nachdem er zugeben musste, auch Mitglied von der Neonazi-Gruppe „Nova Ordem Social" (NOS) gewesen zu sein. Diese Organisation wurde 2014 von Machando aufgebaut, nachdem er die „Hammerskins" im Streit verlassen hatte. Mittlerweile hat sich auch die „Nova Ordem Social" (NOS) wieder aufgelöst und aus ihren Reihen entstand die Neonazi-Gruppe „Resistência Nacional" (RN) um Nuno Cardoso. Der Neonazi galt zeitweilig als rechte Hand von Machado und ist nun in der „Chega" im Bezirk Covilhã aktiv geworden. Auch die bekannten „Resistência Nacional"-Anhänger Ana Cardoso und Luís Mártires sind mittlerweile in der „Chega" gelandet. Der frühere „Nova Ordem Social"-Mitbegründer Luís Filipe Graça schaffte es mittlerweile sogar bis in die Führungsetage der „Chega". •



GRIECHENLAND

Griechische Neonazis als kriminelle Vereinigung verurteilt

Die „Goldene Morgenröte" ist Geschichte

JOHN MALAMATINAS

■ Vorhang zu heißt es in dem wohl historischsten Gerichtsprozess der neueren griechischen Geschichte, der vorerst mit der Inhaftierung von 37 der 57 verurteilten Neonazis endete, denen vorgeworfen wurde einer kriminelle Vereinigung anzugehören. Nach fünfeinhalb Jahren und 466 Prozesstagen gehört die Partei „Chrysi Avgi" der Vergangenheit an. Gründer und Chef der Partei, Nikolaos Michaloliakos muss, wie auch sechs weitere Führungsmitglieder, für dreizehneinhalb Jahre ins Gefängnis. Der Preis dafür, dass er nicht nur die kriminellen Aktivitäten der Organisation lenkte, sondern die einstige Neonazi-Randgruppe in eine politische Kraft verwandelte, deren Modus Operandi die Ausschaltung politischer Feinde durch Killerkommandos war. Haftstrafen von bis zu zehn Jahren bekamen vor allem die Anführer und Mitglieder eben dieser Kommandos. Giorgos Roupakias, der Mörder des antifaschistischen Rappers Pavlos Fyssas, war das einzige Mitglied, das zu einer lebenslangen Haftstrafe plus zehn Jahre verurteilt wurde. Sechs der Verurteilten erhielten Bewährungs- oder Geldstrafen und weitere zwölf müssen vorläufig gegen die Zahlung einer Kaution nicht in Haft, darunter Michaloliakos' Ehefrau Eleni Zaroulia. Die Neonazipolitikerin war als Abgeordnete ausgerechnet im „Ausschuss für Gleichheit und Nicht-Diskriminierung" des Europarates tätig. In einer Sitzung des griechischen Parlamentes nannte sie Immigrant_innen „Untermenschen".

Gerechtigkeit ist nicht genug

Niemand, der nach Verkündung des Urteils am 7. Oktober 2020 vor dem Gerichtsgebäude stand und den Erleichterungsschrei von Magda Fyssas, der Mutter des ermordeten Pavlos, mit den Worten „mein Sohn du hast es geschafft" miterlebte, wird diese Szene je vergessen. Das Urteil ist eine längst überfällige Gerechtigkeit für alle Opfer und Angehörigen dieser neonazistischen Gewalt. Dennoch war der Prozess für sie ein langer und schmerzhafter Weg, denn als Nebenkläger mussten sie sich oft Erniedrigungen gefallen lassen, sei es durch die Neonazis und ihre Anwälte, oder durch die Staatsanwältin Adamantia Oikonomou, die nichts unversucht ließ, um die Strafen der Angeklagten zu mildern. Doch die 54.000 Menschen, die am Tag des Urteils auf der Straße demonstrierten, wissen, dass keine Strafe je genug sein kann. Denn es habe viel zu lange gedauert, bis die Behörden aktiv wurden, um diese allzu offensichtlichen Verbrechen zu ahnden. Zu den verhandelten Verbrechen der Partei zählten die Ermordung von Fyssas im Jahr 2013 sowie die Anschläge auf ägyptische Fischer und kommunistische Gewerkschafter in den Jahren 2012 und 2013. Sowohl

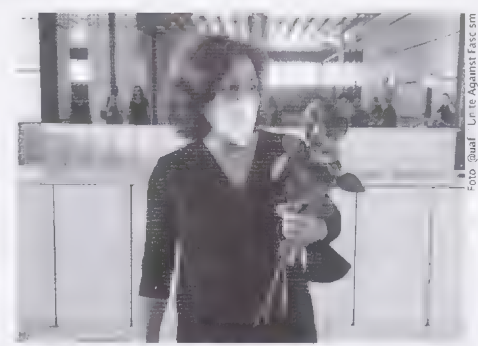
die Familie Fyssas als auch die ägyptischen Fischer werden in Berufung gehen, um eine Haftzeitverschärfung zu erwirken. Auch die Gegenseite hat Berufung angekündigt. Weil das neue Verfahren bis zu zehn Jahre dauern könnte, könnten die Neonazis nun von einem Gesetz profitieren, das 2019 von der linken Regierung verabschiedet wurde und es ermöglicht, nach zwei Fünfteln der Haftzeit auf Bewährung entlassen zu werden.

Fester Bestandteil der griechischen Realität

Auch wenn „Chrysi Avgi“ erst seit der griechischen Staatsverschuldungskrise einem breiten internationalen Publikum ein Begriff ist, war sie bereits seit Jahrzehnten fester Bestandteil der griechischen Realität. Ihr Gründer Michaloliakos war schon mit 16 Jahren Jungkader der (neo)faschistischen Partei „Komma Tetartis Avgoustou“ (K4A[1], „Partei des 4. August“) des heute noch bekanntesten Antisemiten Griechenlands Konstantinos Plevris. Gemeinsam mit dem „Chrysi Avgi“- Gründungs- (und heutigem Ex-)Mitglied Aristotelis Kalentzis wurde er 1974 bei dem Versuch festgenommen, die britische Botschaft anzuzünden, um gegen die britische Untätigkeit im Zypern Konflikt zu protestieren. Der Name „Chrysi Avgi“ tauchte erstmals Anfang der 1980er Jahre als Magazin eines kleinen neonazistischen Clubs in Athen auf. Einen ersten Mitgliederzuwachs erhielt die Gruppierung im Schatten der Entstehung des Namensgebungsstreits mit Mazedonien in den 1990er Jahren durch die Teilnahme an nationalistischen Demonstrationen. In vielen Fällen genoss „Chrysi Avgi“ den Schutz der griechischen Polizei - bei der sie traditionell zahlreiche Sympathisanten hatte - und bot sich ihr im Gegenzug als Schlägertrupp gegen Linke an. Bei den Kommunalwahlen 2010 erzielte „Chrysi Avgi“ erstmals einen Wahlerfolg. Michaloliakos zog als Abgeordneter in den Stadtrat von Athen - und provozierte gleich mit einem Hitlergruß. In den Folgejahren entwickelte sich die Partei zur drittstärksten politischen Kraft mit zwischenzeitlich 440.000 WählerInnen. Zur gleichen Zeit erreichte sie auch den Höhepunkt ihrer Mobilisierungskraft auf der Straße. In vielen griechischen Städten unterhielt sie Stoßtrupps, verübte Angriffe auf Migrant_innen und Andersdenkende und organisierte Demonstrationen mit tausenden Teilnehmenden. Mit Beginn der staatlichen Repression - der Verhaftung der gesamten Führungsriege der Partei nach der Ermordung von Pavlos Fyssas im September 2013 - begann der Weg des internen Zerfalls. Die staatliche Finanzierung wurde entzogen, Parteibüros geschlossen und Parlamentarier machten sich unabhängig. Bei den letzten Parlamentswahlen 2019 verfehlte „Chrysi Avgi“ mit 2,93 Prozent den Einzug ins Parlament. Der Abgeordnete Ilias Kasidiaris, einst junges Aushängeschild der Partei, gründete erst kürzlich eine neue Partei („Griechen für das Vaterland“), was ihn jedoch nicht vor der Verurteilung als Teil der Führungsriege von „Chrysi Avgi“ rettete. Der Führungskader Christos Pappas befindet sich auf der Flucht und wurde zur Fahndung ausgeschrieben. Das Mitglied des Europaparlaments Giannis Lagos, ebenfalls zu 13 Jahren Haft verurteilt, wartet in Brüssel auf die Aufhebung seiner Immunität. Für die griechischen Sicherheitsbehörden eine Blamage, hatten diese doch vorher versichert, alle Verurteilten rund um die Uhr zu überwachen. Auch erstaunlich ist, dass die Homepage der Partei täglich aktualisiert wird.

Rassismus und Nationalismus bleiben

„Chrysi Avgi“ war kein Unfall der griechischen Politik. Ein Polizeibericht von Oktober besagt, dass bis zu 16 extrem rechte Gruppierungen bereitstünden, das von „Chrysi Avgi“ hinterlassene Vakuum zu füllen. Das Wählerpotential für extrem nationalistische Positionen wird es immer geben. Mal drückt es sich in Wahlerfolgen kleiner extrem rechter Formationen aus, aber vor allem als fester Bestandteil der rechtskonservativen Regierungspartei „Nea Dimokratia“, deren Anliegen es ist, das gesamte rechte Spektrum in sich zu vereinen. Ein Schritt, den die Verurteilung „Chrysi Avgis“ einfacher macht. Und dafür muss sich die Partei nicht einmal verstellen: Der derzeitige Vizepräsident und Entwicklungsminister ist Adonis Georgiadis, bekannt geworden durch rechte Trash-Marketingsendungen, in denen er



Magda Fyssas vor dem Gericht

regelmäßig Bücher des eingangs erwähnen Konstantinos Plevris anpreist. Dessen Sohn, Thanasis Plevris, ist EU-Parlarmentarier der Partei. Der Gesundheitsminister Makis Voridis patroullierte in den 1980er Jahren als Teil der Jugendorganisation der diktaturtreuen Partei „Ethniki Politiki Enosis“ (EPEN) mit einer selbstgebauten Axt gegen linke Studierende. (Siehe AIB Nr. 126). Ob die griechische Gesellschaft durch die Verurteilung der „Chrysi Avgi“ eine bessere geworden ist, muss sie noch beweisen. Deren einstige 440.000 WählerInnen sind nicht verschwunden und nationalistische Mobilisierungen gehen weiter. Der künftige Rassismus in Griechenland ist systematischer Natur und geht von der „Nea Dimokratia“ und den Sicherheitsbehörden aus. Daneben existiert ein diffuses Organisierungspotential - prominentestes Beispiel die rechtspopulistische Partei „Elliniki Lisi“ (Griechische Lösung) - ausgehend von neuen Strategien der extremen Rechten. Der rechtskonservative Albtraum, der jetzt unter dem Ministerpräsidenten Kyriakos Mitsotakis stattfindet, hat reaktionäre Züge und setzt auf Nationalismus zur Ablenkung von den ökonomischen Problemen des Landes. In der Coronakrise zeigte sich das Gesicht dieses rechten Konglomerats: Tourist_innen wurden nach Griechenland eingeladen, kein Krankenhauspersonal aufgestockt, dafür aber mehr Polizei eingestellt. Paradox, denn dies ist Anlass und Vorbereitung zugleich für die kommenden Aufstände der griechischen Jugend. •

1 1965 von Kostas Plevris gegründete NS-Organisation. Nach dem Fall der Diktatur wurden Parteikader, wie etwa Aristotelis Kalentzis, wegen terroristischer Aktivitäten verurteilt. Michaloliakos selbst charakterisiert in seinen Büchern „Chrysi Avgi“ als Fortsetzungsprojekt von K4A.

POLEN

Ende Oktober 2020 fällt das von der nationalistisch-autoritären PiS-Regierung kontrollierte Verfassungsgericht in Warszawa ein Urteil, dass einem fast vollständigen Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen gleichkommt. Die Folge sind andauernde Proteste mit Großdemonstrationen, Blockaden und Störaktionen in ganz Polen. Ohne die Bedeutung und Komplexität der feministischen Bewegung schmälern zu wollen, soll im Folgenden die Situation der politischen Rechten im Fokus stehen.

„Kulturkrieg“ in Polen

@KAPTURAK

Einen ersten Versuch das Recht auf Abtreibung in Polen zu verschärfen gab es bereits 2016. Nach landesweiten Massenprotesten, den sogenannten „Schwarzen Protesten“, nahm die PiS-Regierung jedoch Abstand von dem heiklen Thema. Warum nun doch das unpopuläre Verbot? Entscheidend sind dabei mehrere Faktoren: die Partnerschaft mit der Kirche als machtpolitische Grundlage, ein wachsender fundamentalistisch rechtskatholischer Einfluss sowie die extrem rechte Parteienkonkurrenz.

Kirche, Fundis und extreme Rechte

Seit Jahren durchläuft die polnische Gesellschaft einen tiefgreifenden Säkularisierungsprozess. Eine Mehrheit der Bevölkerung lehnt inzwischen nicht nur das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen ab, sondern ist für eine generelle Liberalisierung des Abtreibungsrechts. Gleichzeitig bilden PiS und die katholische Kirche einen Abwehrpakt der Reaktion. Die Partei geriert sich als Schutzmacht des Katholizismus in Polen und kann im Gegenzug mit Wahlkampfmobilisierung unter den gläubigen Massen rechnen. So wird etwa regelmäßig die große Nähe zu Radio Maryja-Gründer Pater Tadeusz Rydzyk symbolträchtig zelebriert und es fließen große Mengen öffentlicher Gelder an das einflussreiche rechtskatholische Medienimperium.

Einfluss auf PiS und die polnische Politik im Allgemeinen üben seit geraumer Zeit zudem international vernetzte christliche Fundamentalist_innen aus. Zentral ist dabei die Ordo Iuris-Stiftung, die mittelbar mit der global tätigen, brasilianischen Organisation „Tradition, Family and Property“ (TFP) verbunden und damit Teil einer länderübergreifenden „Lebensschutz“-Bewegung ist. Im Mai 2020 wurde Ordo Iuris-Gründer Aleksander Stępkowski zum Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs in Polen ernannt. Auf Ordo Iuris geht zum Teil auch die Konzeption sogenannter „LGBT-Ideologiefreier“ Zonen in diversen Gemeinden und Region Polens zurück. Ebenfalls enge Verbindungen zu Ordo Iuris unterhält die extrem rechte Parteiformation Konfederacja, die 2019 ins Parlament eingezogen ist und sich seither bemüht, PiS mit Maximalforderungen von rechts unter Druck zu setzen. Wichtiger Ansatzpunkt ist dabei stets das Thema Schwangerschaftsabbruch.

Für PiS gab es somit genügend Gründe, die rechtskatholischen Forderungen sowie die Erwartungen der Stammwählerschaft zu erfüllen und der extremen Rechten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Der Zeitpunkt mitten in der Corona-Pandemie und ohne Wahlen in der näheren Zukunft mochte günstig erscheinen. Der Weg über die Hintertür eines Gerichtsverfahrens entzog das Verbot einer vorangehenden öffentlichen Debatte.

Kulturkrieg

Der Versuch die katholische Hegemonie zu sichern, die gesellschaftliche Säkularisierung und Liberalisierung zurückzudrängen sowie eine nationalistisch-autoritäre Ordnung zu etablieren, wird von der polnischen Rechten generell als „Kulturkrieg“ geframet. Dementsprechend folgte zuletzt auch die monatelange LGBT-feindliche Hetzkampagne von Regierung, Medien und Kirche einem äußerlich defensiven Postulat. Behauptet wird ein vermeintlicher Abwehrkampf gegen einen vom Westen herrührenden antichristlichen Moralverfall; häufig verbunden mit dem antisemitisch-antikommunistischen Verschwörungsnarrativ des „Kulturmarxismus“.

Als sich nun der aktuelle feministische Protest direkt gegen Kirchen und katholischen Klerus richtete, erklärte man im rechten Lager schnell den Moment einer konkrete Materialisierung jenes imaginierten Kampfes für gekommen. So wandte sich etwa der Vorsitzende der PiS-Partei Jarosław Kaczyński mit einer Videobotschaft an seine Anhänger*innen: „Wir müssen die polnischen Kirchen um jeden Preis schützen. Ich rufe alle dazu auf, an der Verteidigung der Kirche teilzunehmen. [...] Das ist ein Angriff der Polen vernichten soll. [...] Der Angriff soll zu einem Triumph jener Kräfte führen, deren Herrschaft im Grunde die Geschichte der polnischen Nation, wie wir sie bislang kennen, beenden wird.“ Der Organisator des in Warschau jährlich stattfindenden extrem rechten „Unabhängigkeitsmarschs“ Robert Bąkiewicz rief zum Schutz der Kirchen gar eine sogenannte „Nationalwehr“ ins Leben und erklärte: „Wir befinden uns mitten in einer linken, neo-



26. Oktober 2020 in Warschau. Demonstration gegen das neue Abtreibungsgesetz in Polen.

bolschewistischen Revolution, wie man sie aus den Ländern des Westen und aus Südamerika kennt. [...] Diese Menschen wollen uns zerstören und zermalmen. [...] Wenn nötig, werden wir sie zu Asche zermalmen und diese Revolution zerstören." Eine ähnliche Initiative ging von der extrem rechten Organisation „Allpolnische Jugend" aus, die unter der Losung „Selbstverteidigung der Gläubigen" vor den Kirchenportalen mit Zustimmung der Pfarrhäuser Wehrbereitschaft inszenierte. Zudem organisierte die Hooliganszene landesweit Wachkommandos an den örtlichen Gotteshäusern.

Hooligans für Tradition und gegen PiS

Beim passiven Gebäudeschutz blieb es keineswegs. Mit einer Serie von gewalttätigen, bewaffneten Angriffen auf die feministischen Demonstrationen setzten rechte Hooligans in verschiedenen Städten in Polen die Kampfrhetorik in Taten um. Auch der „Unabhängigkeitsmarsch" am 11. November diesen Jahres - seit 2010 einer der größten extrem rechten Aufmärsche Europas - stand ganz unter dem kulturkriegerischen Vorzeichen. „Unsere Zivilisation, unsere Grundsätze" lautete das offizielle Motto in diesem Jahr. Auf dem Marsch kam es nicht nur zu heftigen Auseinandersetzung mit der Polizei. Mit Feuerwerkskörpern wurde auch eine Wohnung in Brand gesetzt. Auslöser des Angriffs waren eine Regenbogenflagge sowie das Symbol des feministischen Protests gegen das Abtreibungsverbot. In den von PiS kontrollierten staatlichen Medien wurden die Ausschreitungen auf dem Marsch, der Logik des postulierten Abwehrkampfes gemäß, als Reaktion auf die feministischen Proteste dargestellt.

Trotz der vermeintlich einheitlichen Schlagrichtung treten gegenwärtig auch immer wieder die inneren Gegensätze der polnischen Rechten hervor. Harsche Angriffe gegen PiS erfolgten angesichts eines angeblich überzogenen Polizeieinsatzes auf dem „Unabhängigkeitsmarsch", wohingegen die Regierung den feministische Protest gewähren lasse. Unzweideutig sind auch die vielfach gegen die Regierungspartei gerichteten Parolen auf dem Marsch aus der Masse der Hooligans, die den großen, gewaltbereiten Kern der Demonstration bilden. Doch gerade im Kontext der Proteste gegen das Abtreibungsverbot sorgte die Positionierung der Hooliganszene für Irritationen. Die organisierten Anhänger_innen verschiedener Klubs veröffentlichten ähnlich lautende Erklärungen, in denen Solidarität mit dem Kampf „der Frauen" bekundet, zugleich aber die Angriffe auf Kirchen verurteilt und zum Traditionsschutz aufgerufen wurde. PiS erklärte man genauso den Kampf wie Linken oder Anarchist_innen.

Diese diffuse Mischung aus inszenierter Männlichkeit, vermeintlich apolitischem Autonomieanspruch und Anti-Parteienhaltung sollte keineswegs dazu verleiten, bei den Hooligans eine Partnerschaft für emanzipatorische Kämpfe zu sehen. Die polnische Hooliganszene ist generell nationalistisch geprägt, pflegt ein enges Verhältnis zur katholischen Kirche und ist in lokalen Variationen vielfach direkt mit extrem rechten Strukturen verbunden. Der klubübergreifend organisierte brutale Angriff auf die LGBT-Pride in Białystok 2019 ist nur ein besonders gravierendes Beispiel für die in der Szene dominierende Gesinnung.

Die aufgestachelte Hooliganszene, die Attacken der extrem rechten Konfederacja und der Druck von Klerus und Fundamentalist_innen bieten auch zukünftig Konfliktpotential. Die Fortsetzung des selbsternannten „Kulturkriegs" bleibt für PiS ein Balanceakt am rechten Rand, während die Regierung zugleich mit dem dauerhaften Protest einer zunehmend kirchenkritischen Bevölkerung und einer wachsenden feministischen Bewegung rechnen muss. •

MEXIKO

43 mexikanische Studenten sind seit über sechs Jahren verschwunden. Auch ein Strafverfahren in Deutschland brachte keine Klarheit über das Verbrechen von „Ayotzinapa“. Nun könnte die Verhaftung des früheren Verteidigungsministers neue Erkenntnisse bringen.

Wenn die Zeit keine Wunden heilt

TIMO DORSCH

Seit sechs Jahren ist das Schicksal von 43 mexikanischen Lehramtsstudenten ungewiss, die, aus marginalisierten, oftmals bäuerlichen und mehrheitlich indigenen Familien stammend, in der Nacht des 26. September 2014 entführt und ermordet wurden. Ayotzinapa heißt der Ort ihrer Schule „Raúl Isidro Burgos“ im Bundesstaat Guerrero. Sie ist bekannt für ihren Aktivismus und hohen studentischen Organisierungsgrad. Am 26. September kaperten Studenten mehrere Reisebusse in der nahe gelegenen Kleinstadt Iguala, um mit diesen zu einer Gedenkveranstaltung an das Massaker an Studierenden vom 2. Oktober 1968 nach Mexiko-Stadt zu fahren. Das Kapern von Transportmitteln ist in Mexiko übliche Praxis einer linken außerparlamentarischen Politik, die über knappe Ressourcen verfügt. In dieser Nacht wurden zwei Studenten und drei Zivilist_innen von lokalen Polizisten erschossen. Ein dritter Student, Julio César Mondragón, wurde am nächsten Morgen verstümmelt und tot aufgefunden. 43 weitere Studenten wurden in Polizeifahrzeugen abtransportiert und einer bewaffneten Organisation mit dem Namen „Guerreros Unidos“ übergeben. Auch konnte bewiesen werden, dass das örtlich stationierte 27. Infanteriebataillon sowie Strukturen der Landes- und Bundespolizei auf unterschiedlichen Ebenen darin verwickelt waren.

In Guerrero wurden Regierungsgebäude in Brand gesteckt, da schon früh ersichtlich wurde, dass die mexikanischen Behörden die Aufklärung des Verbrechens nicht aktiv unterstützen würden. Von Anfang an wurde Zutritt zur örtlichen Militärgarnison gefordert, um die Soldat_innen zu befragen. Der damalige Verteidigungsminister General Salvador Cienfuegos Zepeda verweigerte jedoch seine Zustimmung dafür. Es ist dem politischen Druck der Straße und dem internationalen Druck auf diplomatischer Ebene zu verdanken, dass Ermittlungen eingeleitet wurden. Auf Drängen der Eltern und der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) wurde eine fünfköpfige internationale Expertenkommission (GIEI) ins Leben gerufen, die durch ein Mandat der mexikanischen Regierung zu unabhängigen Untersuchungen ermächtigt wurde. Bis 2016 veröffentlichte die GIEI zwei Berichte, die über 1.000 Seiten umfassen. Sie gehören zu den detailliertesten Dokumenten, die das mexikanische System der Straffreiheit und Korruption bloßstellen. Sie berichten, wie sich die mexikanischen Behörden verschiedener Strategien von Desinformation, manipulierten Beweisen und Tatorten sowie unter Folter erzwungenen Geständnissen bedienten, um eine eigene staatliche Version der Wahrheit zu entwerfen, nach der die Studenten auf einer Müllhalde nahe dem Dorf Cocula verbrannt worden sein sollen. Im Mai diesen Jahres wurde von der Regierung die Präsidentielle Kommission für Wahrheit und Zugang zu Gerechtigkeit im Fall Ayotzinapa (CoVAJ-Ayotzinapa) ins Leben gerufen. Denn bis heute ist insbesondere die Verstrickung des Militärs nicht aufgeklärt. Unklar bleibt weiterhin, warum die letzte GPS-Ortung des Handys von Julio César López auf das Gelände des 27. Infanteriebataillons verweist. Zwar hatte die heute aufgelöste Generalstaatsanwaltschaft (PGR) einige der dort stationierten Soldaten befragt, doch stießen Mitglieder der CIDH erst nach erneuter Auswertung im Juni 2018 auf belastende Informationen, nach denen einige der Militärs in einem „Verwandtschaftsverhältnis ersten Grades mit führenden Mitgliedern des organisierten Verbrechens“ stehen, zu dem auch die „Guerreros Unidos“ zählen.

Mix aus Gewalt, Politik und Ökonomie

Wenngleich das Motiv für das Verbrechen noch nicht abschließend geklärt werden konnte, verdichten sich die Hinweise auf eine Drogenlieferung in die USA. Die GIEI und der Journalist José Reveles[1] deckten auf, dass die Studenten mit fünf, anstatt mit vier Bussen gereist sind. Der fünfte Bus soll, ohne dass sie davon wussten, eine größere Menge Heroin enthalten haben, das nach Chicago transportiert werden sollte. Bekannt ist, dass über die Bergkette Sierra Madre beachtliche Mengen Drogen in die USA geschmuggelt werden. Auch wenn der Gewaltexzess, dem die Studenten zum Opfer fielen, auf den ersten Blick als willkürlich erscheint, folgt er doch einer gezielten Logik: Staatliche und nicht-staatliche Akteure, Polizei und orga-



43. Demonstration der Eltern in Ayotzinapa am 28. April 2016. Die Eltern, Freunde und Verwandten der Verschwundenen leiden bis heute. Die Morde in Mexiko werden auch ermöglicht durch deutsche Waffenexporte.

nisierte kriminelle Gruppen, legale und illegale Unternehmer nutzen die Gewalt als Mittel der Einschüchterung, die der Kontrolle eines bestimmten Territoriums sowie der dort lebenden Bevölkerung zur Durchsetzung ihrer ökonomischen Interessen dient. Ohne es zu beabsichtigten, störten die Studenten vermutlich das Heroin-Geschäft. Die Gewalt, die sie deshalb erleiden mussten, konnte anfangs deshalb für die Täter ohne Konsequenzen bleiben, weil sie von denen geschützt wurden, die in der Region das Sagen haben: einer Verbindung von kriminellen und staatlichen Akteuren, welche die politischen und ökonomischen Abläufe in der Region bestimmen und mitunter hohe offizielle Posten bekleiden. Mitte Oktober 2020 wurde der ehemalige Verteidigungsminister Cienfuegos in Los Angeles von der US-Drogenaufsichtsbehörde DEA festgenommen. Er soll mit dem sogenannten H-2 Kartell, Nachfolgestruktur der kriminellen Beltrán-Leyva-Organisation (BLO) aus dem Bundesstaat Guerrero, zusammenarbeiten. Laut Anklage wird ihm die Beteiligung am internationalen Drogenhandel vorgeworfen. Auch die „Guerreros Unidos“ gingen aus der BLO hervor. Ende November wurde der General nach Bestrebungen des mexikanischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador jedoch nach Mexiko überbracht, wo er nun auf freiem Fuß ist.

The German Connection

Eine Spur der Mitverantwortung im Fall „Ayotzinapa“ führt auch nach Deutschland. Ohne das Zutun deutscher Behörden wäre ein illegaler Waffenexport nach Mexiko nicht möglich gewesen. Waffen, von denen ein Teil in die Hände derjenigen Polizeieinheit fiel, die in Iguala auf die Studenten schoss und sie an die „Guerreros Unidos“ übergab. Ein Vertrag der deutschen Firma Heckler & Koch (HK) mit einer Tochterfirma des mexikanischen Militärs machte möglich, dass zwischen 2006 und 2009 knapp 10.000 G-36 Sturmgewehre nach Mexiko exportiert wurden. Bei Rüstungsexporten müssen bestimmte Ausfuhrgenehmigungen der Bundesregierung befolgt werden. Allen voran die sogenannte Endverbleibserklärung, ein staatlicher Kontrollmechanismus, der das Empfängerland dazu verpflichtet, die Regelungen und Bestimmungen des Herkunftslandes zu befolgen. Dazu zählt auch, keine aus Deutschland importierten Rüstungsgüter in Regionen weiterzuverschicken, für die es keine Ausfuhrgenehmigung gibt. In Mexiko fielen zu diesem Zeitpunkt die vier Bundesstaaten Chihuahua, Jalisco, Guerrero und Chiapas unter die Verbotsregelung. Doch zwei der vier Regionen tauchten in den Lieferverträgen als Bestimmungsort auf und ganze 4.767 G36-Sturmgewehre wurden dorthin geliefert. Der Gesamtwert dieser Ausfuhren: 4,1 Millionen Euro. Es ist einem Whistleblower des Unternehmens sowie den Recherchen von Anwält_innen, Journalist_innen und Friedensaktivist_innen zu verdanken, dass einer der größten Waffenskandale der Bundesrepublik aufgedeckt und vor dem Stuttgarter Oberlandesgericht verhandelt werden konnte. Beim Prozessauftakt im Mai 2018 mussten sich lediglich sechs der ursprünglich 15 Angeklagten wegen Verstößen gegen das Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetz verantworten. Aufgrund der achtjährigen Verzögerung des Verfahrens trat eine Verjährungsfrist in Kraft, die die neun Beamt_innen des Bundesausfuhramts (BAFA) und des Bundesministeriums für Wirtschaft (BMWi) vor einer Anklage schützt. In Mexiko nennt man solch einen behördlichen Akt gemeinhin „carpetazo“. Mit ihm wird eine staatlich garantierte Straflosigkeit assoziiert. Die Firma H&K wurde im Februar 2019 zu einer Strafe von 3,7 Millionen Euro verurteilt, zwei ehemalige Geschäftsführer hingegen freigesprochen. Der Vorsitzende Richter hielt in seinem Urteil fest, dass die Endverbleibserklärungen nicht Teil des Genehmigungsverfahrens für Waffenexporte sind. Damit vertritt das Gericht eine andere Rechtsauffassung als die Bundesregierung. Doch ob Teil oder nicht, praktische Kontrollmöglichkeiten haben das BAFA und BMWi ohnehin nicht, da ihnen die Befugnisse fehlen, Geschäftsverträge einzusehen und im Empfängerland Untersuchungen durchzuführen. Und während in Deutschland noch über die Rechtslage gestritten wird, leiden die Eltern der Studenten noch immer an der Ungewissheit, was mit ihren Söhnen tatsächlich geschehen ist. •

1 Er veröffentlichte das Buch „Échale la culpa a la heroína“ (Gib dem Heroin die Schuld).

Thomas Billstein
Kein Vergessen
Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland nach 1945
ISBN 978-3-89771-278-2
344 Seiten; 19,80 €
Unrast Verlag, Münster, 2020



Das neu erschienene Buch ‚Kein Vergessen' geht auf den Twitter-Account #KeinVergessen (https://twitter.com/OpferNaziGewalt) und den Facebook-Account (https://www.facebook.com/OpferRechterGewalt) zurück. Thomas Billstein richtete sie ein, um einerseits die unbekannten Opfer aus dem Vergessen zu holen, andererseits um die alltägliche rechte Gewalt zu dokumentieren. Die Fälle werden detailliert beschrieben und enthalten auch Informationen zur juristischen Strafverfolgung. Eingeleitet wird das Buch durch die Definition der „Todesopfer rechter Gewalt", einem Kapitel zu extrem rechter Ideologie und Gewalt sowie den TäterInnen und ihren Motiven. Der Hauptteil ist die Dokumentation der Todesopfer rechter Gewalt, die am Ende ergänzt wird von Getöteten innerhalb des extrem rechten Milieus, den Fällen mit Anfangsverdacht und einem möglichen rechten Tatmotiv, Anfangsverdachtsfällen bei Polizei und Behörden sowie Todesfällen „bei denen sich die Verdachtsmomente nicht bestätigt haben". Zum Schluss wird von Thomas Billstein die Normalisierung und Enttabuisierung von rechten, rassistischen und faschistischen Positionen, mit ihrer diffusen Szene von rechten Friedensbewegten und AnhängerInnen von Verschwörungserzählungen über Prepper und Reichsbürger bis zur Identitären Bewegung, für eine immer größer werdende Bedrohung einer Vielzahl von Menschen verantwortlich gemacht, die bekämpft werden muss. Das Buch ist für eine Weltflucht an einem Winterabend wenig geeignet, sondern zeigt die tödliche Realität menschenverachtender Ideologie. •

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e.V.
Naturliebe und Menschenhass
Völkische Siedler*innen in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen und Bayern
63 Seiten, kostenlos



Mit der vorliegenden Broschüre gibt die Heinrich-Böll-Stiftung einen lesenswerten Überblick zu Ideologie und Geschichte der völkisch-nationalistischen Szene heraus. Kernstück der Publikation sind fünf von Andrea Röpke verfasste Länderberichte zu regionalen Strukturen und Netzwerken extrem rechter und völkischer Akteure in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen und Bayern. Die bisherige „Auseinandersetzung mit den Völkischen" beschränke sich in jüngster Zeit „weitestgehend auf das Personal des inzwischen aufgelösten ‚Flügel' innerhalb der AfD", betont Röpke. Deutlich macht sie in ihren Länderberichten jedoch, dass sich losgelöst davon bereits seit Jahrzehnten ein rechtes Netzwerk entwickelt hat, was oft außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung aktiv ist.

In diesen Netzwerken verbindet sich Esoterik mit NS-Ideologie, ein rechter Kulturkampf mit völkischer Jugendarbeit, ökologischer Landbau mit Antisemitismus und vermeintlich „naturgemäßer" Lebensweise. Bei der Vorstellung rechter Siedlungs- und Wohnkonzepte tauchen langjährige Neonaziaktivisten wie Thorsten Heise und Steffen Hupka genauso auf wie AnhängerInnen der Anastasia-Bewegung. Letztere verbinden ihre verschwörungsideologischen, parawissenschaftlichen, esoterischen und antisemitischen Vorstellungen mit der „Errichtung sogenannter Familienlandsitze, im Bereich der Permakultur, der Pflanzenzucht oder in der Kindererziehung", wie Matthias Pöhlmann in seinem Beitrag verdeutlicht. Besonders die Relevanz von Erziehung im völkischen Kontext stellt Esther Lehnert heraus. „Im Kern geht es auch hier darum, Kinder möglichst früh geschlechtergetrennt zu ‚richtigen deutschen Müttern' und Soldaten für Deutschland zu erziehen."

Der Broschüre gelingt es einen kompakten Einstieg in die völkische Szene mit all ihren vielfältigen Ausformungen zu geben. Als Handreichung ist sie auch dadurch geeignet, dass sich die jeweiligen Beiträge unabhängig voneinander lesen lassen und zur jeweils weiteren Vertiefung anregen. •

PDF und Bestellmöglichkeit unter:
www.boell.de/de/2020/10/02/naturliebe-und-menschenhass

Eine Biografie über den Neonazi Jürgen Rieger erklärt sich möglicherweise denjenigen nicht auf Anhieb, die mit dem Namen nichts anfangen können. Der 2009 mit 63 Jahren in Berlin gestorbene Neonazi war einerseits ein Sonderling, prägte aber auf unterschiedlichen Ebenen jahrelang die bundesdeutsche Neonaziszene und war mit führenden Protagonisten bestens vernetzt. Er fungierte als Ideologieproduzent, entwickelte die nationalsozialistischen Rassevorstellungen weiter und wirkte als Brückenbauer zwischen verschiedenen Kreisen der extremen Rechten. Zudem vertrat er als Szeneanwalt regelmäßig diverse Neonazis und Holocaustleugner vor Gericht und war in den 2000er Jahren Anmelder und Mitorganisator der „Rudolf Heß Gedenkmärsche“ in Wunsiedel. Er versuchte für die Szene Immobilien zu erwerben und der von ihm geführte völkisch-rassistische Verein „Artgemeinschaft“ wurde „funktional zu einer prägenden Milieuorganisation des militanten Neonazismus“. So waren der im Lübcke-Mord angeklagte Stefan Ernst und mehrere Protagonisten des NSU-Unterstützungsnetzwerkes Mitglieder im Verein oder nahmen an Veranstaltungen der „Artgemeinschaft“ teil, darunter auch Beate Zschäpe selbst. Zuletzt war Rieger stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD, wobei er die Partei jahrelang als zu gemäßigt kritisierte und in ihr als Repräsentant des traditionalistisch-nationalsozialistischen Flügels fungierte.

Rieger stand zudem im Austausch mit wichtigen Protagonisten der „Neuen Rechten“. Seine Warnungen vor einem „Volkstod“ durch einen „Bevölkerungsaustausch“ sowie die Nutzung „von Migration als Kampagnenthema“ finden sich bis heute in deren politischen Agenda: Riegers „Rassismus bildet eine Brücke zu neueren neonazistischen Dogmen, zu den rassistischen bevölkerungspolitischen Schriften eines Thilo Sarrazin bis zu den Parolen der Identitären Bewegung“, so Schulze.

Rieger war also nicht nur seit Jahrzehnten Teil des bundesdeutschen Neonazismus, sondern prägte die extreme Rechte an einigen Stellen selbst mit. Darüber hinaus oder gerade deswegen lassen sich anhand seiner Vita Entwicklungen und Geschichte der bundesdeutschen extremen Rechten nachzeichnen und auch veranschaulichen, wie Protagonisten des historischen Nationalsozialismus im Nachkriegsdeutschland weiter agierten und Anhänger ihrer Ideen keineswegs verschwanden. Dies ist ein Aspekt, den Autor Christoph Schulze mit seinem Buch bewusst mitdenkt: „Jürgen Rieger eignet sich als Exempel, um diese Kontinuität des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik nachzuzeichnen. Seine Biografie berührt allgemeine Tendenzen, die in der Lagerbildung, bei den politischen Reproduktionstechniken und bei der direkten politischen Einflussnahme des Rechtsextremismus anzutreffen sind. Mehr noch agierte Rieger als Protagonist mehrerer konkreter, für den Rechtsextremismus wichtiger Organisationen.“

Konkret gliedert Schulze seine Rieger-Biografie in zehn Kapitel, die die verschiedenen Aspekte seines Wirkens eingehender beleuchten. Es steigt mit einer knappen Schilderung Riegers Lebensstationen und seiner Politisierung ein, untersucht dann in den Kapiteln „Rassismus in nationalsozialistischer Tradition“ und „Rassen-Religion und Antisemitismus“ seine Aktivitäten in der Weiterentwicklung der nationalsozialistischen Rassenlehre, die für das neonazistische Milieu prägend wurden. Die Folgekapitel widmen sich Einzelaspekten der Aktivitäten Riegers, die unter selbsterklärenden Überschriften „Rechtsanwalt“, „Gewalt- und Straftäter“, „Bewegungsförderer“, „Organisator und Mittler“ sowie „Engagement für die NPD“ stehen. Den Abschluss bildet das Kapitel „Nachleben“, in dem Schulz resümiert: „Das Vermächtnis Riegers wirkt also fort. Sein Leben widmete er der Stabilisierung und Stärkung eines militanten, rassistisch-antisemitischen Rechtsextremismus in der Tradition des Nationalsozialismus. Die Gefahren, die von diesem Lager ausgehen, sind nicht gebannt.“

Die Rieger-Biografie von Christoph Schulze ist eine angenehm zu lesende, zeitgeschichtliche Untersuchung eines wichtigen Akteurs des deutschen Neonazismus, der als „Brückenbauer zwischen den Generationen“ mit anderen dafür sorgte, „dass die NS-Ideologie an jüngere Rechtsextreme weitergegeben wurde. (...) Trotz seiner unverbrüchlichen Treue zur NS-Ideologie war Jürgen Rieger daran interessiert, an programmatischen und begrifflichen Innovationen mitzuwirken“. Zum Verständnis und auch zur Bekämpfung der aktuellen extremen Rechten ist das Wissen um ihre Entstehung und Entwicklung von wichtiger Bedeutung. Mit seiner Publikation leistet Schulze einen gewinnbringenden Teil dazu bei. •



Christoph Schulze
Rassismus in nationalsozialsitischer Tradition
Der Neonazi Jürgen Rieger (1946-2009)
ISBN 978-3-86331-544-3
144 Seiten, 16,00 €
Metropol Verlag, Berlin, 2020

Schuldspruch für Timothy McVeigh



Foto: U.S. Department of Defence, Public Domain

1997 berichtete das AIB in der Ausgabe 39 über den „Schuldspruch für Timothy McVeigh". Dieser war Hauptangeklagter im Prozess wegen des Bombenanschlags auf ein Bundesgebäude in Oklahoma City am 19. April 1995. Die Geschworenen befanden ihn des Mordes an acht Bundesbediensteten und der Verschwörung zum Gebrauch von Massenvernichtungswaffen für schuldig. Die Staatsanwaltschaft in Oklahoma City plante noch einen zweiten Prozess gegen Timothy McVeigh wegen der 160 weiteren Todesopfer des Bombenanschlags. Auch Terry Nichols, wie McVeigh Mitglied der rechten Bürgermilizbewegung, musste nun damit rechnen, dass sein abgetrenntes Verfahren vor Gericht kommt. Neben Terry Nichols galt Michael Fortier als ein weiterer Mittäter. Direkt vor Prozessbeginn gegen Timothy McVeigh reichte dessen Hauptanwalt Stephen Jones einen 150-seitigen Antrag ein. Darin wurde u.a. behauptet, dass der Bombenanschlag das Werk von deutschen Neonazis gewesen sei. Jones verweist dabei auf den deutschen Staatsbürger Andreas Straßmeir als das Bindeglied in einer Verschwörung, an der möglicherweise US-amerikanische und deutsche Geheimdienste beteiligt seien. Andreas Straßmeir, Sohn des ehemaligen parlamentarischen Staatssekretärs im Bundeskanzleramt und Generalsekretärs der Berliner CDU Günter Straßmeir, hat fast vier Jahre lang in Elohim City gelebt, dem Camp einer Gruppierung um Robert G. Millar innerhalb der ultra-rechten „Christian Identity"- Bewegung in der Nähe von Oklahoma City. Wenige Monate nach dem Bombenanschlag kehrte er über Mexiko nach Berlin zurück. Diese Verteidigungsstrategie spiegelt den Versuch der „Christian Patriots"- Bewegung wieder, sich von dem Bombenanschlag zu distanzieren, indem auf Straßmeir verwiesen wird. Bis zum Ende des Prozesses wurde Andreas Straßmeir im Gerichtssaal allerdings nicht ein einziges Mal erwähnt. Der Verteidigung gelang es nicht, Andreas Straßmeir oder das Camp in Elohim City in den Prozess einzuführen. Verteidiger Jones hätte beispielsweise die Zeugen der Anklage in Bezug auf den Neonazi Richard Snell befragen können - das hat er aber nicht getan. Richard Snell wäre die Verbindungslinie zum „Christian Identity"- Camp in Elohim City gewesen. Am Tag des Bombenanschlags wurde Richard Snell, der einige Zeit in Elohim City gelebt hatte, wegen eines rassistischen Mordes im Bundesstaat Arkansas hingerichtet. Teile der Bürgermilizbewegung verbreiten folgende Thesen: McVeigh und Terry Nichols seien Mitglieder der „Aryan Republican Army" (ARA) und der Bombenanschlag von Oklahoma City eine Aktion der ARA gewesen. Andreas Straßmeirs Mitbewohner in Elohim City, Michael William Brescia und Richard Lee Guthrie Jr. wurden mittlerweile wegen Beteiligung an mehreren ARA-Aktionen - vor allem an Banküberfällen - angeklagt. Dem FBI liegt eine Zeugenaussage von McVeighs Schwester vor, die aussagte, dass McVeigh ihr gegenüber mit Geld aus einem Banküberfall geprahlt habe. Andreas Straßmeir sei über Michael Brescia in die internen Planungen der ARA eingeweiht gewesen. Die Verschwörungstheoretiker behaupten weiter, dass Andreas Straßmeir als Informant der Drogenfahndungsbehörde (ATF) gearbeitet hätte. Angeblich habe Andreas Straßmeir das ATF über den geplanten Bombenanschlag informiert. Ein Spezialkommando des FBI hätte die Attentäter auf frischer Tat ertappen wollen, sei am 19. April aber zu früh vor dem Bundesgebäude gewesen und schließlich unverrichteter Dinge wieder abgezogen. Daher hätten die Attentäter wenige Stunden später freie Bahn gehabt. Soweit die Verschwörungserzählungen, die vor allem aus rechten Kreisen gefüttert und an die Medien lanciert wurden. Auch wenn sie der Entlastung der US-amerikanischen Neonaziterrorszene dienten, machen sie die internationale Vernetzung der Neonazis deutlich. In einem Interview mit dem deutschen Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" bestätigte Andreas Straßmeir seine guten Kontakte zu den Größen der US-amerikanischen Neonazi- und Bürgermilizszene, wie beispielsweise zu dem Neonazianwalt Kirk Lyons und dem Führungsmitglied der „White Knights of the Ku Klux Klan" Dennis Mahon. Die Tatsache, dass er den Waffenkauf und -verkauf für Elohim City organisiert hatte, möchte er als „Beratung in Sicherheitsfragen" verstanden wissen. Die Anschuldigungen einer ATF-Agentin, er habe gemeinsam mit Dennis Mahon Pläne für Bombenanschläge auf Behörden geschmiedet, bestreitet er nach wie vor. •

KONTAKT

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/Antifaschistisches Infoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF
8DC1 51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM

Antifaschistisches Infoblatt
34. Jahrgang
Nummer 129 | 4.2020

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Herausgeber: AIB e.V.
Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Abonniert

das Antifaschistische Infoblatt

ABOKONDITIONEN

Preise*

• 5 Ausgaben im Abonnement	17,50 Euro
• 10 Ausgaben im Abonnement	35,00 Euro

Weiterverkauf

• ab 3 Exemplaren je	3,50 Euro
• ab 5 Exemplaren	20 % Rabatt
• ab 50 Exemplaren	25 % Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 128

TITEL
DER NSU.
Das Urteil, das Netzwerk und neue Spuren

NS-Szene
Neukölln-Komplex

Antifa
NS-Verherrlichung stoppen

Repression
Der Mordanschlag in Solingen



AIB 127

TITEL
Der Antifasommer.
20 Jahre Aufstand der Anständigen

NS-Szene
Aryan Circle

Antifa
Interview mit Migrantifa-Initativen

Geschichte
Die dunklen Schatten des Robert-Koch-Institutes

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe ☐
für 5 ☐ 10 ☐ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle ☐ Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

☐

Datum, Unterschrift

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin